

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

**Die Fortnahme von Tieren aus tierschutzrechtlicher Sicht unter
der besonderen Berücksichtigung der Probleme in Fällen des
Animal-Hoarding**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Jennifer Senft

Studienjahr 2011/2012

Erstgutachter: Prof. Wolfgang Altpeter
Zweitgutachterin: Frau Martina Dann

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einführung	1
2. Grundlagen des behördlichen Handelns im Tierschutz	3
3. Fortnahme von Tieren	5
3.1. Generelles zur Fortnahme	5
3.1.1. Schutzbereich	5
3.1.2. Wie wird die Behörde aufmerksam?	6
3.1.3. Zutrittsrecht	7
3.2. Vorhergehende Sofortmaßnahmen	8
3.3. Voraussetzungen für die Fortnahme	8
3.3.1. Halten des Tieres im weiten Sinne	8
3.3.2. Vernachlässigung	10
3.3.2.1. Ernährung	10
3.3.2.2. Pflege	11
3.3.2.3. Unterbringung	12
3.3.2.4. Bewegung	13
3.3.3. Verhältnismäßigkeit	14
3.3.4. Anordnung der Fortnahme	16
3.3.4.1. Sofortvollzug	17
3.3.4.2. Unmittelbare Ausführung	17
3.4. Fortnahme – und dann?	18
3.4.1. Unterbringung	18
3.4.2. Wiedergestattung der Haltung	19
3.4.3. Veräußerung	19
3.4.4. Tötung	20
3.5. Kosten	22
3.6. Beispiel: Fortnahme eines Graupapageis	23
4. Animal Hoarding	25
4.1. Definition und Allgemeines	25
4.2. Hintergründe der Krankheit	27

4.3.	Die verschiedenen Typen	29
4.3.1.	Der Pfleger	29
4.3.2.	Der Züchter	29
4.3.3.	Der Retter	29
4.3.4.	Der Ausbeuter	30
4.4.	Erkennung der des Syndroms	30
4.5.	Probleme bezüglich der Fortnahme	32
4.5.1.	Entdeckung des Problems und Beginn des Verfahrens	32
4.5.2.	Ortswechsel	33
4.5.3.	Unterbringung und Vermittlung	35
4.5.4.	Rückfall	38
4.5.5.	Sonstiges	39
5.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	40
6.	Literaturverzeichnis	44
	Erklärung der Verfasserin	47

1. Einführung

„Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit.“ Dies erkannte einst schon Albert Schweitzer. Ein Teil dieser Erziehung wird durch die notwendigen Eingriffe auf Grundlage des Tierschutzgesetzes von den Tierschutzbehörden übernommen. Sie sollen dort eingreifen, wo Menschen im Bezug auf die Behandlung ihrer Tiere versagen und ihnen dadurch Schmerzen und Leid zufügen. Mit Menschlichkeit haben weder Gewalt gegenüber Tieren noch unzureichende Haltungsbedingungen und Behandlung aufgrund von fehlendem Wissen oder Gleichgültigkeit gegenüber leidenden Tieren zu tun. Während meiner Praktikumszeit im Ordnungsamt der Stadt Pforzheim konnte ich viele Eindrücke über Missstände in Tierhaltungen gewinnen und nahm dies als Anlass, die Möglichkeiten, welche sich der Behörde in solchen Fällen bieten, näher zu untersuchen.

Überall werden immer mehr Extremfälle tierschutzwidriger Haltungen publik, aus welchen Tiere geholt werden müssen. Manchmal trifft man auf bis zu hunderte von Tieren, die in erbärmlichem Zustand auf engstem Raum eingepfercht sind und mit ihnen ihre Besitzer. Auch in unserem Raum werden ganz in der Nähe immer wieder Fälle publik, in denen Tiere unter miserablen Bedingungen vegetieren müssen:

26 Katzen beschlagnahmt

EISINGEN/PFORZHEIM. Das Zentraltierheim hat gestern erheblichen Katzen-Zuwachs erhalten. Aus einer verwahrlosten Haltung in Eisingen mussten die Tierschützer nach PZ-Informationen 26 Katzen der Rasse „Maine Coon“ holen, die offensichtlich bereits längere Zeit nicht zum Tierarzt gebracht worden sind.

„Fast alle sind in einem schlimmen Zustand“, sagte Ute Andok auf PZ-Anfrage. Die Katzen röchelten, es liefen ihnen Eiter aus der Nase und sie seien auch abgemagert, so Andok. Was mit den Tieren geschehen wird, ist laut Ulrich Dura, Leiter des Verbraucherschutz- und Veterinäramt abhängig von der heute stattfindenden tierärztlichen Untersuchung. dok

Quelle: PZ-News.de, 14.02.2011.

Vor Kurzem berichtete der Fernsehsender VOX über einen Animal Hoarding Fall der Fernsehmoderatorin Sonja Zietlow. Ein Jahr nachdem sie ihr Anwesen in der Vulkaneifel an eine angebliche Hundexpertin und Tierschützerin vermietet hatte, war das Haus komplett verwüstet und zentimeterhoch mit Kot bedeckt. Es sollen dort bis zu 90 Hunde gelebt haben, die in ihrer Panik und Verzweiflung Wände, Möbel und Fensterrahmen zerbissen und zerkratzt haben.

Das Sammeln von Tieren wird in Deutschland immer mehr zum Problem, genießt jedoch längst nicht die Aufmerksamkeit, welche es aufgrund der katastrophalen Folgen haben sollte. Mit den Folgen des Animal Hoarding müssen sich wegen der stetig ansteigenden Anzahl der Fälle auch immer mehr die Tierschutzbehörden beschäftigen. Für sie gilt es Auswege für Probleme zu finden, die hauptsächlich zutage treten, wenn das Horten ein solches Ausmaß angenommen hat, dass die Behörde eingreifen und die Tiere fortnehmen muss.

Diese Arbeit soll zum einen darstellen, inwieweit die zuständige Behörde in Tierschutzfällen durch die Fortnahme der Tiere eingreifen kann und welche spezifischen Probleme es speziell in den Fällen des Tierhortens gibt. Da das Thema der Fortnahme von Tieren eine große Anzahl von Fällen anspricht, wird hauptsächlich auf das Gebiet der Haustiere und auf Tiere, die aus Hobby- und Freizeitwecken gehalten werden, eingegangen.

Angefangen bei den rechtlichen Grundlagen, die ein behördliches Handeln im Tierschutzbereich und eine Fortnahme erst möglich machen, geht diese Arbeit ebenfalls kurz auf Maßnahmen ein, die vor einer Fortnahme ergriffen werden können, gerade auch um diese zu vermeiden. Weiter wird dargestellt, welche tierschutzrechtlichen Verstöße einer Fortnahme zugrundeliegen und welche sonstigen Voraussetzungen dafür vorliegen müssen.

Dieser erste Themenbereich wird abgeschlossen mit der Beantwortung der Frage, welche Möglichkeiten der Unterbringung, Behandlung, Weitervermittlung usw. es für die Tiere aus einer Fortnahme gibt, sowie der Darstellung der Kostenfrage in diesem Zusammenhang. Anhand eines Beispiels aus der Praxis wird außerdem der theoretische Teil veranschaulicht. Das zweite, größere Themengebiet widmet sich dem Thema Animal Hoarding. Zunächst wird definiert, um was genau es sich bei diesem Syndrom handelt, welche Ursachen es hat und wie es erkannt werden kann. Weiter werden die verschiedenen Typen dieses Syndroms erläutert. Schlussendlich und basierend auf den vorangegangenen Ausführungen über die tierschutzrechtliche Fortnahme von Tieren und das Animal Hoarding werden Probleme und eventuelle Lösungsansätze bei der Wegnahme in diesen Fällen aufgezeigt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in der Regel die männliche Schreibweise verwendet.

2. Grundlagen des behördlichen Handelns im Tierschutz

Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) bindet die Verwaltung als ausführende Gewalt an das Recht und die Gesetze. Für den Bürger bedeutet dies, der Staat und somit auch die Verwaltung darf nur aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen in seine Rechte eingreifen. Grundlagen für Eingriffe aus tierschutzrechtlichen Gründen bietet das Tierschutzgesetz (TierschG), welches durch Rechtsverordnungen nach § 2 a TierschG oder Verwaltungsvorschriften konkretisiert wird. Bisher wurden beispielsweise die Tierschutz-Hundeverordnung vom 02.05.2001 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.04.2006 (BGBl. I S. 900)), die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vom 02.08.06 (zuletzt geändert durch Verordnung vom 30.11.2006 (BGBl. I S. 2759)) und die Tierschutztransportverordnung vom 11.06.1999 (zuletzt geändert durch Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407) erlassen.

Hinsichtlich der Rechtsverordnungen ist darauf zu achten, dass diese nur erlassen werden dürfen, wenn sie „einen ethisch begründeten Tierschutz befördern, ohne die Rechte der Tierhalter übermäßig einzuschränken“¹. Das Gesetz schreibt somit einen in der Rechtsverordnung nachzuzeichnenden Interessenausgleich vor. Werden in der erlassenen Rechtsverordnung also nicht sämtliche im Tierschutzgesetz enthaltenen Ge- und Verbote bezüglich der Tierhaltung vollständig, ausreichend und zutreffend konkretisiert, so handelt die zuständige Behörde im Falle eines Verstoßes auf Grundlage des Tierschutzgesetzes, selbst wenn die zur Erfüllung angeordneten Maßnahmen im Einzelfall über die Mindestanforderungen der Rechtsverordnung hinausgehen. Die konkretisierenden Vorschriften schließen die Anwendung der allgemeinen Vorschriften meist ohnehin nicht aus. Sind beispielsweise die Mindestanforderungen einer Haltungsverordnung erfüllt und dem Tier entstehen trotzdem Leiden oder Schmerzen, gilt für die Mindestanforderungen nunmehr das Tierschutzgesetz.²

Zuständig für den Vollzug des Tierschutzgesetzes sind gemäß Art. 83, 84 I GG die Länder. Die Durchführung des Gesetzes und der darauf beruhenden Rechtsverordnungen, die aufgrund des TierschG erlassen wurden, obliegt gemäß § 15 Abs. 1 TierschG den nach Landesrecht zuständigen Behörden.³ In Baden-Württemberg ist nach der „Verordnung des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum über Zuständigkeiten nach dem Tierschutzrecht vom 29.04.2002, GBl. S. 199“ in der Regel die untere Verwaltungsbehörde (meist Kreisverwaltungsbehörde oder Landratsamt) zuständig.

Seit dem 01.08.2002 ist der Tierschutz auch im Grundgesetz verankert. Hierzu wurde der Artikel 20 a GG durch Gesetz vom 26.07.2002 (BGBl. I

¹ BVerfG 101, 1 36 = NJW 1999, 3253, 3255 zitiert aus Hirt/Maisack/Moritz, S. 105.

² Hirt/Maisack/Moritz, S. 105.

³ Akademie für Tierschutz, Eingriffsrecht der Behörden,
<http://www.tierschutzakademie.de/822.html?&0=> .

S. 2862) neben dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen um den Schutz der Tiere erweitert und lautet nun wie folgt:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Aus dem Staatsziel Tierschutz folgt für die Gesetzgeber, die Vollzugsbehörden, die Staatsanwaltschaften und Gerichte „die Verpflichtung, Tiere in ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen vermeidbare Leiden zu ersparen“⁴. Tiere vor nicht artgerechter Haltung, Leiden sowie der Zerstörung ihrer Lebensräume zu schützen sind dabei die wesentlichen drei Elemente, die von dieser Verpflichtung umfasst werden.⁵

3. Fortnahme von Tieren

3.1. Generelles zur Fortnahme

3.1.1. Schutzbereich

Grundlage für die Fortnahme eines Tieres sind Verstöße gegen § 2 TierschG, welcher die allgemeinen Anforderungen an einen Tierhalter oder Betreuer beschreibt. § 2 TierschG schützt jedes, sich in den Händen eines Menschen befindendes Tier.

Eingeschlossen sind also neben Haus- und Nutztieren auch Farmtiere, Heimtiere, Liebhabertiere sowie Zoo- und Zuchttiere, in Gefangenschaft lebende (gefährliche) Wildtiere, Schlachttiere, Versuchstiere und Fundtiere.⁶

⁴ Lorz/Metzger, S.67.

⁵ Lorz/Metzger, S.67.

⁶ Lorz/Metzger, S.67.

Die Gebote und Verbote des § 2 Nr. 1 und 2 TierschG gelten unmittelbar auch ohne Konkretisierung durch Rechtsverordnung nach § 2 a TierschG oder Verwaltungsvorschrift.

Auch das drohende Bestehen eines Verstoßes verschafft der Behörde das Recht zum präventiven Eingriff, sie „trifft [...] diejenigen Anordnungen, die zur Abwendung dieser Gefahr nötig sind.“⁷ Der Begriff der Gefahr leitet sich aus dem Polizeirecht ab und wird durch „die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts“ definiert, an welche „umso geringere Erwartungen zu stellen [sind], je größer und schwerer der möglicherweise eintretende Schaden wiegt“⁸. Schaden wiederum bedeutet in diesem Fall die Verletzung einer Norm des Tierschutzrechts.

3.1.2. Wie wird die Behörde aufmerksam?

Aufmerksam auf einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz werden die Behörden in der Regel durch Hinweise auf einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz, beispielsweise bei einer planmäßiger Kontrolle, durch Hinweise anderer Veterinärämter, Schlachthöfe oder Behörden, aber auch Bürger liefern den Behörden oftmals Hinweise auf eine unzulässige Tierhaltung. Mehr als die Hälfte der vorliegenden Anzeigen sind jedoch unbegründet, da lediglich Streitigkeiten, wie beispielsweise persönliche Konflikte zwischen den betroffenen Personen vorliegen. Trotzdem muss auch hierfür jedes Mal Zeit und Personal eingesetzt werden. Es gibt außerdem immer wieder Fälle, in denen die Behörde nicht eingreifen kann, da die kritisierten Haltungsbedingungen trotzdem noch den Minimalstandards des TierschG entsprechen. Von den Personen, die sich beschwerten, werden jedoch Idealbedingungen erwartet, welche die Behörde aus rechtlichen Gründen nicht durchsetzen kann. Auch können Beschwerden teilweise nur sehr schwer nachgeprüft werden (beispielsweise ist eine 24-stündige Observation bei angeblich unzureichendem Auslauf von Pferden nicht möglich, es muss daher eine

⁷ Hirt/Maisack/Moritz, S. 424.

⁸ BVerwG NJW 1974, 815 zitiert bei Hirt/Maisack/Moritz: S. 424.

Indizienkette erarbeitet werden). In anderen Fällen scheinen die Zeugenaussagen zwar zunächst belastend, jedoch können bei genauer Nachfrage keine konkreten Angaben gemacht werden, die dem betroffenen Tierhalter angelastet werden können. Daher sollte die Öffentlichkeit besser darüber informiert werden, dass eine umfassende Dokumentation für die Überprüfung eines Falles immens wichtig ist.⁹

3.1.3. Zutrittsrecht

Zur Überprüfung von Tierhaltungen oder auch um die Tiere schlussendlich fortnehmen zu können, benötigt die Tierschutzbehörde ein Zutrittsrecht zu den Räumlichkeiten der Tierhalter. Zunächst könnte die Behörde einen Antrag für einen Durchsuchungsbeschluss gemäß § 31 Abs. 2 Nr. 2 Polizeigesetz und Artikel 13 Abs. 2 Grundgesetz stellen, jedoch werden diese Anträge von den Amtsgerichten regelmäßig abgelehnt. Dessen ungeachtet handelt es sich bei der Kontrolle einer Tierhaltung um eine Informationsbeschaffung, welche zur Vorbereitung für eine spätere Anordnung nach § 16 a TierschG dient. Somit liegt also überhaupt keine vom Gericht genehmigungsbedürftige Durchsuchung der Wohnung im Sinne des Art. 13 Abs. 2 GG vor, die nämlich im Gegensatz zur vorbereitenden Informationsbeschaffung, dem ziel- und zweckgerichteten Suchen von Personen und Sachen dient.

Da die untere Verwaltungsbehörde in Tierschutzfällen nicht als Polizeibehörde sondern als Tierschutzbehörde handelt, gilt für die Auskunfts- und Zutrittsrechte die spezialgesetzliche Regelung des § 16 Abs. 2 und 3 TierschG. Jedoch war nicht klar, ob die Zutrittsrechte der Behörde lediglich für die in § 16 Abs. 2 und 3 TierschG genannten Betriebe gelten oder ob sie auch bei der Überprüfung von privaten Tierhaltungen durchgesetzt werden können.

Mit Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichtes aus dem Jahr 2007 wurde jedoch bestätigt, dass das Auskunfts- und

⁹ Ludwig, Stephan, Animal Hoarding - Tagung.

Betretungsrecht „alle Formen der den Anforderungen des Tierschutzgesetzes unterliegenden Tierhaltungen“ betrifft. Das Betretungsrecht betrifft also sowohl Gewerbetreibende als auch private Tierhalter.¹⁰

3.2. Vorhergehende Sofortmaßnahmen

§ 16 a TierschG gibt der zuständigen Behörde ausdrücklich das Recht, Verstöße in der Tierhaltung durch Anordnungen oder Maßnahmen zu beseitigen sowie die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um künftigen Verstößen vorzubeugen.

Zunächst kann die zuständige Behörde dem Verantwortlichen verschiedene Auflagen erteilen, um eine artgerechte Tierhaltung zu erwirken. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass die Anordnung hinreichend bestimmt ist. Beispielsweise muss dem Tierhalter bei Anordnung einer verhaltensgerechten Unterbringung genau beschrieben werden, welche Maßnahmen er zu ergreifen hat, beziehungsweise was genau die Behörde von ihm erwartet.¹¹

Folgt der Halter den Anweisungen der Behörde innerhalb der gesetzten Frist, kann er sein Tier behalten. Die von der Behörde erlassenen Gebote oder Verbote können im Falle der Nichterfüllung gemäß den Vorschriften des LVwVG durch Zwangsgeld, Ersatzvornahme oder unmittelbaren Zwang durchgesetzt werden bevor es zu einer Fortnahme des Tieres kommt.

3.3. Voraussetzungen für die Fortnahme

3.3.1. Halten des Tieres im weiten Sinne

Der in § 16 a S. 2 Nr. 2 TierschG verwendete Begriff „Haltung“ meint den in § 2 TierschG verwendeten weiten Begriff. Von einer Fortnahme können also diejenigen Personen betroffen sein, welche ein Tier in ihrer Obhut

¹⁰ Hirt/Maisack/Moritz, S. 420;

OLG Schleswig Holstein, 12.04.07, 2 Ss OWi 44 / 07 (36/07).

¹¹ Lorz/Metzger, S. 274.

haben, es also halten, betreuen oder betreuen müssen und somit in tatsächlicher Beziehung zu diesem Tier stehen. Maßgebend für diese Beziehung sind deren Beginn, Dauer und Ende. Auch Minderjährige und juristische Personen werden eingeschlossen.

Beim Halter besteht eine tatsächliche Beziehung zwischen ihm und dem Tier, d.h. er entscheidet über die Pflege, Beaufsichtigung usw. Weiterhin ist die Herrschaftsbeziehung „nicht ausschließlich im fremden Interesse“¹² und läuft nicht ausschließlich nach Maßgaben anderer Personen ab. Die Herrschaft über das Tier muss eine gewisse Zeit andauern, d.h. nicht nur kurzfristig sein. Unerheblich ist außerdem, ob es dem Tierhalter erlaubt ist, das Tier zu halten oder nicht.

Im Gegensatz zum Halter hat ein Betreuungspflichtiger beispielsweise aufgrund eines Gesetzes oder Vertrages die rechtliche Pflicht für ein Tier zu sorgen oder es zu beaufsichtigen. Beispiel hierfür wäre ein Tiertrainer oder ein Transportbegleiter.

Der Begriff des Betreuers beschreibt einen Auffangtatbestand, für den Fall, dass die betroffene Person weder Halter noch Betreuungspflichtiger ist, aber dennoch eine derartige tatsächliche Möglichkeit der Einwirkung auf das Tier hat, dass sich Pflichten des § 2 TierschG ergeben.¹³ Beispielsweise wäre das bei einem Stallburschen oder der Übernahme eines Wildtieres zum Überwintern der Fall. Die tatsächliche Übernahme der Sorge und Beaufsichtigung kann in solchen Fällen also „auch nur ganz kurzfristiger Natur sein [...] und [...] ausschließlich im fremden Interesse und/oder nach den Weisungen eines anderen ausgeübt werden.“¹⁴

Demnach spielen auch die Eigentumsverhältnisse am betroffenen Tier für eine Fortnahme keine Rolle. Sind mehrere Personen betroffen, können diese außerdem gleichzeitig belangt werden.

¹² Hirt/Maisack/Moritz, S. 105.

¹³ Lorz/Metzger: S.100 f.; Hirt/Maisack/Moritz: S. 105 f.

¹⁴ Hirt/Maisack/Moritz, S. 105 f.

Zur Vereinfachung wird im Folgenden der Begriff Tierhalter verwendet werden.

3.3.2. Vernachlässigung

Weitere Voraussetzung für die Fortnahme ist eine erhebliche Vernachlässigung oder schwerwiegende Verhaltensstörung, die aufgrund mangelnder Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierschG eingetreten sein muss, wobei schwerwiegend bzw. erheblich in diesem Fall „nach Art oder Dauer gewichtig“¹⁵ bedeutet. Folglich müssen die Anforderungen des § 2 TierschG entweder über eine längere Zeit oder in besonderer Intensität verletzt worden sein, um eine Fortnahme zu rechtfertigen. Unerheblich hierbei ist, ob die Nichterfüllung der tierschutzrechtlichen Anforderungen durch ein Tun oder Unterlassen herbeigeführt wurde. Auch ist unerheblich, ob der Tierhalter schuldhaft, d.h. vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat. Denn handelt es sich um eine Vernachlässigung gemäß den oben genannten Kriterien, führt diese in jedem Fall zu erheblichen Leiden oder Schmerzen des Tieres, was keinesfalls toleriert werden kann.

Die Anforderungen des § 2 TierschG bezüglich der Tierhaltung sind untergliedert in artgemäße und bedürfnisgerechte Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung. Außerdem muss das Tier die Möglichkeit zur artgemäßen Bewegung zumindest insofern besitzen, dass ihm durch die Einschränkung dieser Möglichkeit keine Schmerzen, vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden. Der Tierhalter muss über die entsprechenden Kenntnisse dieser Anforderungen verfügen.¹⁶

3.3.2.1. Ernährung

Eine der Art und den Bedürfnissen des Tieres angemessene Ernährung bedeutet, die Nahrung muss den individuellen Gegebenheiten der Situation, in welcher sich das Tier befindet, angepasst sein. Das heißt, die

¹⁵ Hirt/Maisack/Moritz, S. 430.

¹⁶ Lorz/Metzger, S. 275; Hirt/Maisack/Moritz, S. 430.

Ernährung hat auf Alter, gesundheitlichen Zustand, Trächtigkeit, körperliche Arbeit und andere individuelle Merkmale abgestimmt zu sein. Die Nahrung muss folglich in der richtigen Menge verabreicht werden, die richtigen Bestandteile und Inhaltsstoffe enthalten und darf weder verdorben, verschmutzt noch von Ungeziefer befallen sein.

Weiterhin muss bei der Fütterung auf die Art des Tieres Rücksicht genommen werden, d.h. Ausgangspunkt ist das Normalverhalten bei der wildlebenden Exemplaren dieser Art, wobei zu beachten ist, inwieweit sich die Tiere an das Leben beim Menschen angepasst haben. Innerhalb einer bestimmten Art ist es unter Umständen notwendig, auf Unterschiede der verschiedenen Rassen einzugehen. Beispielsweise bedeutet für manche Schlangen die Verfütterung von lebenden Tieren eine artgemäße Ernährung während Greifvögel meist mit frisch getöteten Tieren artgemäß ernährt werden können.¹⁷ Jeder Tierhalter oder Betreuer „muß sich [daher] über eine artgemäße Futtermenge und –zusammenstellung unterrichten.“¹⁸

Eine unangemessene Ernährung des Tieres kennzeichnet sich folglich durch zu wenig oder zu viel zur Verfügung gestellte Nahrung, eine falsche Zusammensetzung, keine einwandfreie Beschaffenheit oder eine nicht artgemäße Fütterung.

3.3.2.2. Pflege

Der Begriff der Pflege umfasst allgemein „Fütterung, Tränkung, Reinhaltung, Reinigung, Gesundheitsfürsorge [...], Geburtshilfe, Heilbehandlung, Schutz vor Witterungseinflüssen und die Schaffung günstiger Luft- und Lichtverhältnisse“¹⁹ – kurz gesagt alles, was im Allgemeinen unter guter Behandlung verstanden wird. Dem Tier muss es außerdem möglich sein, eine seiner Art entsprechende Eigenkörperpflege, einschließlich sozialer Hautpflege, durchzuführen. Beispielsweise

¹⁷ Lorz/Metzger, S.110 f.; Hirt/Maisack/Moritz, S. 104 f.

¹⁸ Lorz/Metzger, S.105.

¹⁹ Lorz/Metzger, S.106.

beinhaltet die Fellpflege des Pferdes das Wälzen in Schlamm oder Staub. Gegebenenfalls sollte haltungsbedingt eingeschränktes Pflegeverhalten des Tieres durch die Pflege des Tierhalters ausgeglichen werden. Regelmäßige Kontrollen des Pflegezustandes – in der Regel mindestens einmal täglich - sind unerlässlich.²⁰

3.3.2.3. Unterbringung

Die Unterbringung beinhaltet Raum, wo sich das Tier aufhalten kann und ihm Obhut gewährt wird. Dazu gehören unter anderem Stallungen, Weideplätze mit oder ohne Einfriedung, Gehege, Teile von Wohngebäuden, Transportmittel, Verschläge, Käfige, Körbe, Kleinställe und Zwinger.

Diese Räumlichkeiten müssen dem jeweiligen Tier entsprechend angemessen beschaffen, ausreichend groß und gesundheitlich einwandfrei sein. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Unterbringungsmöglichkeit des Tieres stets instandgehalten sowie regelmäßig gesäubert wird.

Größe und Beschaffenheit des Raumes richten sich wie auch bei Ernährung und Pflege nach Art bzw. Rasse des unterzubringenden Tieres. Die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Verhaltensforschung sollen berücksichtigt werden. Dies bedeutet bei der Unterbringung, dass sich das Tier seiner Art/Rasse entsprechend verhalten und bewegen kann.²¹ Beispielsweise muss ein Pferd als Herdentier die Möglichkeit sozialer Kontakte oder ein Schwein die Möglichkeit sich zu suhlen und zu wühlen haben.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Erkenntnisse, welche die Verhaltensforschung nach sich zogen, dann ausreichend berücksichtigt werden, wenn dem Tier selbst oder einem anderen Tier keine Leiden oder Schäden dadurch entstehen, dass die „angeborenen, arteigenen und

²⁰ Hirt/Maisack/Moritz, S. 113 f.

²¹ Lorz/Metzger, S. 106 f.

essentiellen Verhaltensmuster des Tieres²² zu massiv verändert oder eingeschränkt wurden.

3.3.2.4. Bewegung

Die Bewegungsfreiheit des Tieres hängt meist eng zusammen mit der Unterbringung, da die Tiere dort den Großteil ihrer Zeit verbringen. Daher sollte die Unterbringung dem Bewegungsbedürfnis des jeweiligen Tieres angepasst sein. Natürlich können manche Tierarten – vor allem Hunde oder Pferde – durch Training oder ähnliches bewegt werden, jedoch sollte bedacht werden, dass die meisten Tiere den Großteil ihrer Zeit im Stall, Käfig, Wohnung etc. untergebracht sind und folglich dort auch ein gewisses Bewegungsbedürfnis haben, welches nicht zu sehr eingeschränkt werden sollte.

Anbindevorrichtungen, Kleinkäfige, überbelegte Ställe oder fehlender Auslauf können das Bewegungsbedürfnis von Tieren stark einschränken und somit zu Schmerzen, Leiden oder Schäden des Tieres führen. Eine erhebliche Vernachlässigung oder schwerwiegende Verhaltensstörungen müssen durch ein Gutachten des Amtstierarztes bestätigt sein.²³

Beim Pferd beispielsweise, können Laufen und Bewegung als Grundbedürfnis bezeichnet werden. In freier Natur bewegen sich Pferde täglich bis zu 16 Stunden im Schritt, während dessen sie auch ihr Futter zu sich nehmen. Bei zu wenig Bewegung können sowohl körperliche Schäden am Bewegungsapparat oder im gesamten Stoffwechsel, als auch psychische Schädigungen entstehen.

Sollte das Pferd also nicht entsprechend seines Bewegungsdranges untergebracht sein, muss dem zumindest durch tägliches Training und Arbeit entsprochen werden, wenn dies auch die freie Bewegung nicht

²² Lorz/Metzger, S. 107.

²³ Lorz/Metzger, S.108 f.; Hirt/Maisack/Moritz, S. 119 f.

vollständig ersetzen kann. Es sollte daher so oft wie möglich Weidegang sowie anderweitiger Auslauf angeboten werden.²⁴

Eventuelle Schäden oder Leiden durch die Einschränkung der artgemäßen Bewegung gelten als unvermeidbar, wenn sie aus dem arteigenen Verhalten der Tiere resultieren (z.B. Rangordnungsverhalten), es bei der Tierhaltung einen vernünftigen Grund für die gewählte Unterbringungsart gibt oder das Nutzungsinteresse des Menschen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit gegenüber der artgemäßen Bewegung des Tieres überwiegt.²⁵

3.3.3. Verhältnismäßigkeit

Wie jeder andere Verwaltungsakt, bei dem die Behörde einen Ermessensspielraum hat, muss die Fortnahme geeignet, erforderlich und angemessen beziehungsweise zumutbar sein. Sie muss folglich zum einen den Halter so wenig wie möglich beeinträchtigen, zum anderen jedoch den Tierschutz in bestmöglicher Weise dienen und somit das Tier schützen.²⁶

„Aus Verhältnismäßigkeitsgründen kann es sinnvoll sein, dem Halter vor der Fortnahme eine Frist zur Mängelbeseitigung einzuräumen und die Fortnahme erst nach erfolglosem Fristablauf anzuordnen“²⁷. Nun stellt sich jedoch die Frage, wie viel Zeit dem Tierhalter zu Mängelbeseitigung gegeben werden sollte. Die Frist muss einerseits lange genug sein, damit der Tierhalter die Möglichkeit hat, alle Beanstandungen auszumerzen, jedoch dürfen andererseits die Tiere nicht noch größerer Gefahr, Schmerzen oder Leiden ausgesetzt sein. Leider geschieht dies trotzdem immer wieder, wie ein Fall des Landratsamts Haßberge (LRA) aus dem Jahr 2007 zeigt:

²⁴ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten, http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Tier/Tierschutz/GutachtenLeitlinien/HaltungPferde.pdf?__blob=publicationFile.

²⁵ Lorz/Metzger, S. 108 f.

²⁶ Lorz/Metzger, S. 23.

²⁷ Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

Seit dem Jahr 2002 wurde die Pferdehaltung des Betroffenen trotz verschiedener Anordnungen mit Androhung von Bußgeldern immer wieder beanstandet, häufig handelte es sich um sich wiederholende Mängel. Im Jahr 2006 wurde vom Landratsamt Haßberge außerdem festgestellt, dass das obere Stockwerk des Stallgebäudes für die Pferdehaltung baulich weder geeignet noch genehmigt wurde, daher sei die Nutzung zu untersagen gewesen. Neben der Gefährdung durch die Unterbringung im einsturzgefährdeten Stall wurden die Pferde außerdem weder angemessen ernährt noch gepflegt. Durch ungenügende Hufpflege, welche zu einer falschen Stellung der Gliedmaßen führte, waren bleibende Schäden am Bewegungsapparat entstanden. Verletzungen waren nicht behandelt worden, ebenso wenig der durch die unhygienische Haltung entstandene Parasitenbefall. Im September 2007 stürzte das Obergeschoss des Stallgebäudes, in welchem sich noch immer Pferde befanden, teilweise ein. Mehrere Pferde wurde dadurch (schwer) verletzt, einige sogar getötet. Dem Betroffenen wurde daraufhin die Haltung und Betreuung von Pferden untersagt, zusammen mit der Anordnung, die Pferde an einen zuverlässigen Tierhalter mit geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten abzugeben. Aufgrund seiner Weigerung wurde dies schließlich im Rahmen der Ersatzvornahme getätigt.²⁸

Seit der ersten Beanstandung bis zur Fortnahme der Tiere waren fünf Jahre vergangen, in welchen die Tiere unter den unzureichenden Haltungsbedingungen leiden mussten. Dies ist bei Weitem keine angemessene Frist, die der Tierhalter benötigt, um seine Pferdehaltung zu optimieren. Selbst wenn einzelne Mängel behoben werden, ist es im Sinne des Tierschutzes nicht vertretbar, dass ständig weitere, sich wiederholende Mängel festgestellt werden. Dies bezeugt lediglich, dass der Tierhalter keinerlei Einsicht bezüglich der fehlerhaften Tierhaltung hat und daher ungeeignet dafür ist.

²⁸ VG Würzburg, 06.11.07, W 5 S 07.1309.

Des Weiteren wurde im Jahr 2006 festgestellt, dass das Gebäude, in welchem die Pferde untergebracht waren einsturzgefährdet war, die Nutzung wurde untersagt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Tiere ein weiteres Jahr im beanstandeten Gebäude gehalten werden konnten – was abermals von der Ungeeignetheit des Betroffenen zeugt -, ohne dass von Seiten der Behörde durchgegriffen wurde. Vielmehr mussten erst Tiere schwer verletzt werden und zu Tode kommen, bevor die Behörde durch geeignete Maßnahmen weitere Vorfälle verhinderte. Die Gefahr von künftigen Leiden, Schmerzen oder Schäden reicht jedoch aus, um die Fortnahme der Tiere zu rechtfertigen.²⁹ Das einsturzgefährdete Gebäude sowie die jahrelange Vernachlässigung füllen diesen Tatbestand wohl aus. Die Beeinträchtigung des Tierhalters sollte in solch einem Fall schon früher in den Hintergrund treten.

Erlässt die zuständige Behörde Anordnungen, ist sie in der Regel verpflichtet, „nach den einzelnen Tieren zu differenzieren.“³⁰, um die Rechtmäßigkeit der Anordnung nicht zu gefährden. Das bedeutet, sofern der betroffene Halter mehrere Tiere besitzt, müssen diese einzeln betrachtet und gegebenenfalls differenzierte Anordnungen getroffen werden. Allerdings ist diese differenzierte Betrachtungsweise nicht immer sinnvoll. „Auch wenn nur einige Tiere vernachlässigt sind, ist es im Interesse eines wirksamen Tierschutzes möglich, dem Halter alle Tiere wegzunehmen“³¹. Dies betrifft diejenigen Fälle, in denen die Gefahr besteht, dass den Tieren, welche beim Tierhalter verbleiben würden, erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt werden und Massentierhaltungen.

3.3.4. Anordnung der Fortnahme

Gegenüber dem Halter ergeht eine Anordnung, welche die genaue Bezeichnung der Tiere sowie die Duldung von Fortnahme und Unterbringung auf dessen Kosten beinhaltet. Der Halter kann nun

²⁹ Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

³⁰ Lorz/Metzger, S.273.

³¹ Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

innerhalb einer Frist bestimmte Auflagen erfüllen, um die festgestellten Mängel zu beheben und somit bei der Tierhaltung den Anforderungen des § 2 TierschG gerecht zu werden. Auch kann der Tierhalter dafür sorgen, dass die Tiere anderweitig tierschutzgerecht untergebracht werden.

Widerspricht der Tierhalter, hätte dieser Widerspruch aufschiebende Wirkung, was dazu führt, dass der Halter die Anordnungen nicht erfüllen muss und die Tiere nicht fortgenommen werden können bis das Widerspruchs- oder Verwaltungsgerichtsverfahren entschieden ist.³²

3.3.4.1. Sofortvollzug:

Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4, 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann die Anordnung für sofort vollziehbar erklärt werden und anknüpfend – oder nach Abwarten der Bestandskraft des Verwaltungsaktes – entsprechend der Vorschriften des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) durch unmittelbaren Zwang vollstreckt werden.

Ist die tierschutzwidrige Situation jedoch dringlich oder besteht die Gefahr der Dringlichkeit und das Abwarten der Zeit des Vollstreckungsverfahrens kann nicht verantwortet werden, so kann die Fortnahme der Tiere im Rahmen des Sofortvollzugs auch nur nach mündlicher Anordnung erfolgen, d.h. die Dauer von der schriftlichen Anordnung der Fortnahme bis hin zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach Fristablauf entfällt.³³

3.3.4.2. Unmittelbare Ausführung:

Sollte der Halter nicht anwesend, jedoch eine Fortnahme dringend geboten sein, d.h. liegen Anhaltspunkte vor, gemäß denen ein Verstoß gegen tierschutzrechtliche Vorschriften hinreichend wahrscheinlich ist oder sein wird, erfolgt die Vollziehung der Fortnahme durch unmittelbare Ausführung gemäß § 8 Polizeigesetz (PolG). Der Verantwortliche wird folglich erst später ermittelt und benachrichtigt.

³² Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

³³ Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

Streitig ist, ob die Wohnung in solch einem Fall betreten werden darf, da sie immerhin durch Art. 13 GG geschützt ist. Nach wohl herrschender Meinung ist eine drohende dringende Gefahr ausreichend, um die Wohnung des abwesenden Wohnungsinhabers zu betreten und die Tiere wegzunehmen, pfleglich unterzubringen sowie die Kosten im Wege eines Leistungsbescheides vom Tierhalter einzufordern.³⁴

Dürfte die Wohnung im Falle der Abwesenheit des Tierhalters bei dringender Gefahr nicht betreten werden, wären die Tiere gegebenenfalls weiteren erheblichen Leiden und Schmerzen ausgesetzt. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung muss in solchen Fällen hinter den Schutz der Tiere zurücktreten.

3.4. Fortnahme - und dann?

Nachdem dem Halter das Tier fortgenommen wurde, muss je nach Einzelfall entschieden werden, was mit dem betroffenen Tier geschieht und dies dem Halter entsprechend bekannt gegeben werden.

3.4.1. Unterbringung

Die Unterbringung des Tieres soll dem Halter die Möglichkeit geben, die Bedingungen unter denen er das Tier gehalten hatte, zu verbessern und auf den Standard zu bringen, welchen das TierschG vorschreibt. Hierfür setzt die Behörde eine bestimmte Frist, innerhalb dieser die vorgeschriebenen Haltungsbedingungen sicherzustellen sind. Sofern dem Tierhalter das gelingt und sicher ist, dass er die Haltungsbedingungen auch künftig einhalten wird, kann er das Tier wieder zurück bekommen.

Untergebracht werden die fortgenommenen Tiere meist in Tierheimen oder sonstigen Tierschutzorganisationen. Die Kosten, welche für die Unterbringung des Tieres, einschließlich Transport, Behandlung durch den Tierarzt, Pflege und Futter anfallen, trägt der Tierhalter.

³⁴ Hirt/Maisack/Moritz, S. 431.

Problematisch wird es dann, wenn in dringenden Fällen keine geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden können, sei es dass es in der Nähe keine Tierheime gibt oder diese bereits belegt sind.

3.4.2. Wiedergestattung der Haltung

Zeigt sich der Tierhalter einsichtig und besteht „eine begründete Hoffnung, dass eine Rückgabe in näherer Zukunft möglich sein wird“³⁵, kann die Haltung des Tieres wieder gestattet werden. Hierfür ist es außerdem notwendig, dass der Halter sicherstellen kann, dass das Tier künftig eigenverantwortlich tierschutzgerecht gehalten wird. Dies „setzt die Feststellung eines individuellen Lernprozesses der Betroffenen voraus, der zu einem Umdenken hinsichtlich seines Verhaltens gegenüber potentiell zu haltenden bzw. zu betreuenden Tieren geführt hat.“³⁶ Gibt es keinen Anlass mehr zu der Annahme, dass weitere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz erfolgen, hat der Halter einen Anspruch darauf, dass ihm die Tierhaltung wieder gestattet wird.

3.4.3. Veräußerung

Ist ersichtlich, dass der Halter nicht in der Lage ist, die vorgegebenen Anordnungen bezüglich der Tierhaltung zu erfüllen und auch künftig sicherzustellen oder ist davon auszugehen, dass es nicht möglich ist, das Tier auf Kosten des Halters für die Dauer der gesetzten Frist zur Erfüllung der Anforderungen unterzubringen, kann die Behörde das Tier veräußern.

Auch fehlende Unterbringungsmöglichkeiten führen dazu, dass das Tier veräußert werden darf. Allerdings muss in diesem Fall nachgewiesen werden, dass die Behörde alles Mögliche versucht hat, um für das betroffene Tier eine vorübergehende Unterkunft zu finden.

Weitere Gründe für eine sofortige Veräußerung des Tieres können sein:

³⁵ Lorz/Metzger, S.276.

³⁶ VG Göttingen, 09.02.11, 1 A 184 / 09.

- Unterbringung ist verbunden mit unverhältnismäßig hohem *Kostenaufwand*
- Unterbringung ist verbunden mit untermhältnismäßigen *Schwierigkeiten*
- Anordnung eines *Tierhalteverbotes* nach § 16 a S. 2 Nr. 3 TierschG gleichzeitig mit der Fortnahme des Tieres

Veräußert werden die Tiere durch eine öffentliche Versteigerung oder Verkauf. Erscheinen beide Wege aussichtslos, ist es möglich, dass die Veräußerung „ausnahmsweise durch unentgeltliche Überlassung an eine gemeinnützige Einrichtung“³⁷ erfolgt.

Von dem Erlös der Veräußerung werden sämtliche vorhergehenden Kosten, welche während der Fortnahme entstanden sind, beglichen. Der Rest des Erlöses steht dem Tierhalter zu. Sollte der erzielte Erlös nicht ausreichen, die entstandenen Kosten zu decken – beispielsweise bei vorhergehender Unterbringung – trägt der Tierhalter die restlichen Kosten der Fortnahme.

Es gibt jedoch auch immer wieder Fälle, in denen sich der Tierhalter in Form von Rechtsbehelfen gegen die Fortnahme wehrt. Geht der Fall dann vor Gericht, darf das Tier in dieser Zeit nicht veräußert werden, d.h. die Kosten für die Unterbringung steigen weiter an.³⁸

3.4.4. Tötung

Sofern die Voraussetzungen für die Veräußerung eines Tieres vorliegen, jedoch die Behörde dieses aus „rechtlichen oder tatsächlichen Gründen“³⁹ nicht veräußern kann, ist es möglich die Tötung des Tieres anzuordnen. Jedoch ist zu bemerken, dass die „Voraussetzungen für eine Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit nach § 80 Abs. 2 Nr. 4, Abs. 3 VwGO [hier] regelmäßig nicht vorliegen, sodass die Bestandskraft des Bescheides

³⁷ Hirt/Maisack/Moritz, S. 432.

³⁸ Hirt/Maisack/Moritz, S. 432 f.

³⁹ Tierschutzgesetz, § 16 a S. 2 Nr. 2.

abgewartet werden muss, bevor das Tier getötet wird.“⁴⁰ Dies ergibt sich aus der Natur der Sache, da das Einlegen eines Widerspruchs nach der Tötung des Tieres nicht mehr viel Nutzen hätte, zumal das Tier nicht wieder erlangt werden kann.

Gemäß Nr. 15.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 09. Februar 2000 wird bei der Tötung eines Tieres vorausgesetzt, dass bei einem schlachtbaren Tier eine Lebensmittelgewinnung rechtlich untersagt ist. Die Behörde hätte sonst aufgrund der Gewinnerzielung Argumente, die Tötung einer Unterbringung vorzuziehen und könnte möglicherweise sogar einen Nutzen daraus ziehen. Außerdem muss nachgewiesen werden, dass das betroffene Tier weder verkauft, verschenkt noch anderweitig abgegeben werden kann. „In die Vermittlungsversuche sollen andere Fachbehörden und Tierschutzorganisationen einbezogen werden.“⁴¹ Auch eine Vermittlung über die Medien ist möglich. Sämtliche Vermittlungsmöglichkeiten müssen also gescheitert sein.

Hinsichtlich des Staatsziels Tierschutz sollte die Tötung zum einen ausschließlich der allerletzte „Ausweg“ sein, zum anderen müssen die Voraussetzungen für die Tötung äußerst streng ausgelegt werden.

Strittig ist, ob eine fehlende Unterbringungsmöglichkeit die Tötung eines gesunden Tieres rechtfertigt oder ob nicht die Behörde in solch einem Fall für eine geeignete Unterkunft für das Tier sorgen muss. Es muss bedacht werden, dass in vielen Fällen die Behörde für die durch die Fortnahme verursachten Kosten aufkommen muss, weil die Tierhalter aufgrund mangelndem oder keinem Einkommen die angefallenen Kosten nicht erstatten (können). Natürlich kann versucht werden im Wege der Beitreibung an das Geld zu kommen, doch in den eben genannten Fällen wird auch dies nicht sehr erfolgversprechend sein.

⁴⁰ Hirt/Maisack/Moritz, S. 433.

⁴¹ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 09. Februar 2000, 15.1.

In Städten mit wenig Geld, in denen es jedoch viele Fortnahmen von Tieren gibt, kann die Kostenfrage durchaus problematisch werden. Trotzdem sollten sich - im Hinblick auf das Staatsziel Tierschutz - Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht sehen, für solche Fälle vorzusorgen und entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten oder sogar Gelder bereit zu halten.

Weiter kann ein fortgenommenes Tier dann getötet werden, wenn ein Weiterleben nur unter anhaltenden Schmerzen und Leiden denkbar wäre. Ist es jedoch möglich diese Schmerzen oder Leiden durch die Veterinärmedizin erheblich zu mildern oder zu beheben, kann eine Tötung des Tieres nicht gerechtfertigt werden. Auch hohe Behandlungskosten ändern daran nichts.⁴²

3.5. Kosten

Grundsätzlich ist der Tierhalter dazu verpflichtet, für die Kosten der Fortnahme und anderweitigen pfleglichen Unterbringung aufzukommen. Beinhaltet werden Transport-, Futter-, Pflege- und Unterbringungskosten sowie die Kosten für tierärztliche Behandlungen. Vorausgesetzt wird, dass die Fortnahme- und Unterbringungsanordnung entweder bestandskräftig ist oder gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung für sofort vollziehbar erklärt wurde.

Ebenso fällt gemäß § 16 S. 2 Nr. 2 TierschG gegebenenfalls die Tötung unter die Kostenerstattungspflicht des Tierhalters.⁴³

Hinsichtlich der sofortigen Vollziehbarkeit des Kostenerstattungsbescheides nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO ist jedoch strittig, ob diese rechtmäßig ist.

Der Bejahung der sofortigen Vollziehbarkeit aufgrund des Vorliegens von Kosten im weiten Verständnis im Sinne des § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO

⁴² Hirt/Maisack/Moritz, S. 433; Akademie für Tierschutz, Eingriffsrecht der Behörden, <http://www.tierschutzakademie.de/822.html?&0=> .

⁴³ Hirt/Maisack/Moritz, S. 432.

steht die Ansicht entgegen, dass unter dem Begriff der Kosten im Sinne der genannten Vorschrift lediglich „die in einem Verwaltungsverfahren nach tariflichen Vorgaben oder doch leicht erkennbaren Merkmalen erhobenen (Verwaltungs-)Gebühren nebst den mit ihnen verbundenen Auslagen zu verstehen“⁴⁴ sind. Hierunter fallen demnach nicht die Kosten, die im Einzelfall dadurch entstanden sind, dass die Behörde die entstandenen finanziellen Aufwendungen ersetzt und somit vorerst für den Schuldner, also den Tierhalter, beglichen hat.

3.6. Beispiel: Fortnahme eines Graupapageis

Der nun aufgeführte Fall der Stadt Pforzheim soll beispielhaft veranschaulichen, wie eine Fortnahme vonstattengehen kann. Die Namen wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen abgeändert.

Der Tierschutzbehörde der Stadt Pforzheim lagen Hinweise bezüglich der tierschutzwidrigen Haltung eines Papageis vor, aufgrund derer eine Überprüfung der Haltung durchgeführt wurde. Die betroffene Tierhalterin (B) gewährte sowohl dem Veterinärdienst als auch dem Mitarbeiter der Tierschutzbehörde bereitwillig Zutritt zur Wohnung.

Vorgefunden wurde hier der Papagei in einem sehr schlechten Zustand und unter Anzeichen stereotyper Bewegungen und einer Schnabelfehlbildung. Das Federkleid war total zerrupft, teilweise waren komplett kahle Stellen zu sehen und auch die Schwung- sowie Schwanzfedern waren zernagt. Außerdem war der Papagei gar nicht oder zumindest kaum flugfähig. Der 90 x 60 x 80 cm große, offenstehende Papageienkäfig war total mit Kot, Staub und Futterresten verdreckt und derart mit Sitzstangen, Ketten und Fressnapfen bestückt, dass sich der Papagei nicht mehr frei bewegen konnte. Dem Vogel stand kaum Wasser, dafür jede Menge Futter zur Verfügung. Das Futter beinhaltete jedoch weder Obst und Gemüse, noch war es frisch.

⁴⁴ VGH Baden-Württemberg, 27.11.06, 1 S 1925/06.

Die B wurde angewiesen, noch am selben Tag sowohl den Käfig zu reinigen, als auch das Trinkwasser des Papageis zu erneuern. B sagte dies zu und eine erneute Kontrolle nach zwei Wochen wurde angekündigt.

Als bei der erneuten Kontrolle immer noch kaum sichtbare Verbesserungen wahrzunehmen waren, da lediglich der Schmutz am Boden des Käfigs grob zusammengefedt wurde, wurde die B nochmals eindringlich aufgefordert, den Käfig zu reinigen und dem Vogel ausreichend Futter und Wasser zur Verfügung zu stellen. Auf eine Fortnahme des Tieres wurde die B ausdrücklich hingewiesen, sollte sie der Aufforderung nicht nachkommen und das Tier somit weiterhin tierschutzwidrig halten.

Die Tierhaltung wurde kurz darauf erneut kontrolliert. Abermals wurde festgestellt, dass sich an der Situation des Papageis nichts geändert hatte. Der Aufforderung, dem Vogel sofort Wasser zur Verfügung zu stellen, kam die B nur sehr zögerlich nach, eine tierärztliche Behandlung der Schnabelfehlbildung des Vogels lehnte die B ab, da sie schließlich schon beim Tierarzt gewesen sei. Mehrfach betonte die B außerdem, dem Vogel würde es an nichts fehlen.

Aufgrund der unzureichenden Versorgung des Vogels mit Wasser drohte die Gefahr, dass das Tier verdurstet. Außerdem stand dem Vogel kein artgerechtes, frisches Futter (Obst, Quark, frisches Körnerfutter usw.) zur Verfügung. Durch das Unterlassen der Reinigung des Käfigs sowie der mangelnden Bewegungsfreiheit wurde eine ernsthafte Erkrankung des Tieres in Kauf genommen. Auch das Rupfen des Papageis wurde weder beachtet noch behandelt. Es handelt sich hier eindeutig um Verstöße gegen die Haltungsbestimmungen des Tierschutzgesetzes. Die Anforderungen des § 2 TierschG hinsichtlich Ernährung, Pflege und Unterbringung wurden über einen längeren Zeitraum nicht erfüllt. Der Papagei, welcher sich klar in der Obhut der B befand, wurde erheblich vernachlässigt und wies zudem Verhaltensstörungen auf.

Trotz der Hinweise des Veterinäramts und der Tierschutzbehörde blieb die B uneinsichtig und nahm so schwere körperliche und psychische Schmerzen, Leiden und Schäden des Papageis in Kauf. Der Vogel wurde daher von der Tierschutzbehörde gemäß § 16 a S. 2 Nr. 2 TierschG fortgenommen und anderweitig untergebracht. Die Fortnahme und anderweitige Unterbringung des Papageis waren geeignet und erforderlich, um den tierschutzwidrigen Umständen, in welchem sich das Tier befand entgegenzuwirken. Aufgrund der vorangegangenen tierschutzwidrigen Haltung des Papageis und der fehlenden Einsicht bezüglich der Verstöße war außerdem kein milderer Mittel ersichtlich.

Die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO wurde aufgrund des Zustandes des Tieres angeordnet, da das Abwarten über die Entscheidung eines eventuellen Widerspruchs, welche sich über Monate hinziehen kann, nicht zu vertreten war.⁴⁵

4. Animal Hoarding

Das Animal Hoarding führt zwar grundsätzlich auch zu einer Fortnahme der Tiere, jedoch haben solche Fälle zum einen andere Hintergründe und bergen außerdem weitaus größere Probleme als die Wegnahme nur einzelner Tiere. Dies soll im Folgenden erläutert werden.

4.1. Definition und Allgemeines

„Animal Hoarding, das so genannte „Tierhorten“ oder die „Tiersammel-Sucht“, ist eine psychische Störung, die zum unkontrollierten Sammeln und Halten von lebenden Tieren führt, die nicht angemessen versorgt und betreut werden. Der Halter ist nicht mehr oder nur eingeschränkt in der Lage zu erkennen, dass es den Tieren in seiner Obhut schlecht geht.“⁴⁶

Sowohl die Tiere als auch die Tiersammler verwaarloosen mit der Zeit immer mehr. Für die Tiere steht nicht genug Wasser und Futter zur Verfügung, auch Pflege und medizinische Versorgung sowie

⁴⁵ Stadtverwaltung Pforzheim, Verfügung.

⁴⁶ Ofensberger, E., Animal Hoarding Problematik, Hintergründe, Rechtslage.

Unterbringungsmöglichkeiten sind jenseits der vorgeschriebenen Mindestanforderungen. Die Wohnungen der betroffenen Personen sind meist dreckig, vermüllt und voller Exkreme. Selbst die Kadaver verendeter Tiere werden nicht entsorgt.⁴⁷

In Deutschland gab es zunächst nur Einzelfälle, jedoch war während der letzten Jahre eine deutlich steigende Tendenz erkennbar. Im Jahr 2006 erreichten den Deutschen Tierschutzbund neun Meldungen von Fällen mit einer durchschnittlichen Anzahl von 97 Tieren. Seit dem Jahr 2008 werden inzwischen fast wöchentlich Fälle des Animal Hoarding gemeldet.⁴⁸ Alleine in Baden-Württemberg gab es in den Jahren 2007 – 2009 88 Fälle, in denen bis über 100 Tiere gehortet wurden.⁴⁹



Quelle: <http://titdilapa.blogspot.com>



Quelle: www.petanim.com

Es soll weiterhin kurz angemerkt werden, dass beim Thema Animal Hoarding öffentlich zwar immer der Begriff „Krankheit“ verwendet wird, diese in Deutschland – im Gegensatz zu Amerika – jedoch noch nicht als solche anerkannt ist.

⁴⁷ Ofensberger, E., Aktuelle Entwicklungen zu „Animal Hoarding“, S. 271.

⁴⁸ Gross, W., S. 85.

⁴⁹ Landtag von B.-W., Drucksache 14/6270, http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6270_d.pdf.

4.2. Hintergründe der Krankheit

Über die Krankheit des Tierhortens wurde im Jahr 1981 durch amerikanische Ärzte erstmals berichtet. Aufgrund der Vielzahl an Fällen *dort* (mehr als 1000 Fälle pro Jahr) stammen sämtliche wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Krankheit daher aus den USA. Im Jahr 1999 wurde dort die erste Studie veröffentlicht, in der insgesamt 54 Animal Hoarding Fälle untersucht wurden. Zwar ist diese Studie nicht komplett übertragbar, sie liefert jedoch wichtige Hinweise für den Umgang mit solchen Fällen. Folgende Merkmale wurden erarbeitet:

- gehortet wurden zu 65 % Katzen und zu 60 % Hunde ohne angemessene Versorgung
- im Durchschnitt horteten die Erkrankten 39 Tiere pro Fall, in vier Fällen handelte es sich um über 100 Tiere
- 76 % der Animal Hoarder sind weiblich
- etwas mehr als die Hälfte der betroffenen Frauen sind 50 – 59 Jahre alt, das Alter der restlichen Frauen liegt bei über 60 Jahren
- mehr als die Hälfte der betroffenen Personen leben alleine
- knapp 60 % der an der Sucht erkrankten Personen bemerken ihr Problem nicht
- in knapp 70 % der Fälle war der Boden und bei einem Viertel der Fälle sogar das Bett mit Tierkot verschmutzt
- in 80 % der Fälle waren kranke und tote unter den gesammelten Tieren⁵⁰

„Animal Hoarder sind [dieser Studie zufolge] ganz überwiegend ältere Einzeltäterinnen, die alleine leben und eine exzessive Tierhaltung in einem Lebensabschnitt beginnen, in dem eine zunehmende Einschränkung der Gesundheit und Mobilität zu erwarten ist.“⁵¹

⁵⁰ Gross, W., S. 85.

⁵¹ Ofensberger, E., Animal Hoarding – Tiere Sammeln, S. 117.

Ursache oder Teil der Krankheit – welche in sämtlichen Gesellschaftsschichten auftritt - können vielfältige körperliche oder psychische Krankheiten, wie beispielsweise Suchtkrankheiten, Zwangskrankheiten, Neurosen und Persönlichkeitsstörungen sein.

Es werden außerdem des Öfteren Alterserkrankungen, wie Demenz oder Alzheimer und das Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom (AD(H)S) festgestellt. Zudem birgt die Krankheitsgeschichte der Patienten vielfach Kränkungen und schwere psychische Verletzungen, sodass sie sich von den Menschen abwenden.⁵²

Bei den betroffenen Personen sammeln sich in dieser Zeit viele Probleme und innere Konflikte an. Auslöser der Krankheit, welcher von der Ursache, also der Vorgeschichte abgegrenzt werden muss, ist dann eine bestimmte Situation, wie zum Beispiel der Tod eines nahestehenden Menschen, aber auch subjektive Erlebnisse, die von außen betrachtet nicht so dramatisch zu sein scheinen, für die betroffenen Personen jedoch äußerst schlimm sind.

Oft kommt es auch vor, dass nicht nur eine sondern mehrere Situationen gehäuft für den Ausbruch der Krankheit sorgen. In dieser stark belastenden Lebenslage versucht der Erkrankte nun bei seinen Tieren Trost zu finden.

Trotz des einheitlichen Krankheitsbildes gibt es verschiedene Ausprägungen des Animal Hoarding. Neben den nachfolgend genannten Typen finden sich auch Mischformen sowie das beginnende Stadium des Tierhortens, in welchem sich die Tiere noch in einem Zustand befinden, der tierschutzrechtlich akzeptabel ist.⁵³

⁵² Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding S. 3; Gross, W., S. 86 f.

⁵³ Gross, W., S. 86 f., Akademie für Tierschutz, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 3.; Ofensberger, E., Animal Hoarding, Tiere Sammeln, S. 117 f.

4.3. Die verschiedenen Typen

4.3.1. Der Pfleger

Der Typ „Pfleger“ überschaut die Anzahl seiner Tiere mit der Zeit nicht mehr, da er die Tiere weder kastriert noch nach Geschlechtern trennt und diese sich dadurch unkontrolliert vermehren können.

Weiterhin ist die in dieser Form erkrankte Person nicht in der Lage eigenständig Probleme in sinnvoller Form zu lösen, führt ein zurückgezogenes Leben und hat kaum oder gar keine sozialen Kontakte zu anderen Menschen. Daher sind ihm seine Tiere auch überaus wichtig. Zwar bestreitet der Pflegertyp sein Problem nicht komplett, verharmlost dieses jedoch in nicht unerheblicher Weise.⁵⁴

4.3.2. Der Züchter

Dieser Typ verliert, wie auch der Pflegertyp durch unterlassene Kastration und Trennung der Geschlechter mit der Zeit den Überblick über die Vermehrung seiner Tiere. Allerdings hat er die Tiere anfangs zu Verkaufs- und Ausstellungszwecken gezüchtet und sie auch aus diesem Grund angeschafft.⁵⁵

4.3.3. Der Retter

Der Rettertyp sieht sich als selbstlosen Tierschützer, nimmt sämtliche Tiere bei sich auf und kann auch kein Tier ablehnen, denn Tiere aufzunehmen ist für ihn eine Berufung. Er ist der festen Überzeugung, die Tiere hätten es nur bei ihm gut und er würde ihnen helfen. Durch die stetig steigende Anzahl der Tiere ist es der betroffenen Person irgendwann nicht mehr möglich die Tiere zu versorgen.

Problematisch ist, dass dieser Typ Tiersammler meist ein normales Sozialleben führt und dadurch sowohl seine Umwelt als auch die

⁵⁴Ofensberger, E., Animal Hoarding, Tiere Sammeln, S. 117 f.; Gross, W., S. 85 f.; Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 2 f.

⁵⁵Ofensberger, E., Animal Hoarding, Tiere Sammeln, S. 117 f.; Gross, W., S. 85 f.; Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 2 f.

Behörden geschickt täuschen kann. Er folgt außerdem keinen Weisungen und meidet Autorität. Sehr oft haben die erkrankten Personen dieses Typs mit einer extremen Angst vor dem Tod zu kämpfen, welche sie dadurch kompensieren möchten, dass sie die Tiere retten. Die Erlösung schwer leidender und unheilbar kranker Tiere lehnt er daher auch kategorisch ab.⁵⁶

4.3.4. Der Ausbeuter

Im Gegensatz zu den anderen drei Typen hat der selbstbewusste Ausbeutertyp keinerlei emotionale Bindung zu seinen Tieren. Er sammelt diese aus rein eigennützigen Zwecken, beispielsweise um seinen gesellschaftlichen Stand oder seinen sozialen Status zum Ausdruck zu bringen. Der Ausbeutertyp „ist narzisstisch veranlagt, hat keinerlei Schuldbewusstsein über das Leid der Tiere und versucht, behördliche Auflagen zu umgehen. Da er über ein eloquentes Auftreten verfügt, kann er Behörden und der Außenwelt etwas vorspielen.“⁵⁷

4.4. Erkennung des Syndroms

Da das Animal Hoarding in Deutschland lange noch nicht so weit verbreitet ist, wie beispielsweise in den USA, steckt die Erforschung dieses Syndroms noch in den Kinderschuhen.

Erfahrungen aus ähnlichen Bereichen, wie dem Messie- und dem Vermüllungssyndrom werden daher teilweise übertragen: Tierhorte reagieren motorisch, emotional sowie verbal entweder sehr schnell oder sehr langsam. Die Steuerung ihres Verhaltens, ihres Tuns, ihres Gedächtnisses einschließlich des Erlebten bereitet ihnen Schwierigkeiten. Weiterhin lassen sich die betroffenen Personen leicht durch innere Reize oder Reize aus der Umwelt ablenken, haben Schwierigkeiten beim setzen

⁵⁶ Ofensberger, E., Animal Hoarding, Tiere Sammeln, S. 117 f.; Gross, W., S. 85 f.; Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 2 f.

⁵⁷ Ofensberger, E., Animal Hoarding, Tiere Sammeln, S. 117 f.

von Prioritäten und gehen davon aus, dass andere Menschen schlecht über sie denken.⁵⁸

Um beginnende Fälle des Animal Hoarding zu erkennen hat der deutsche Tierschutzbund nun außerdem eine Checkliste zu Orientierung herausgebracht. Diese Liste nennt zunächst drei von außen erkennbare Kriterien, welche in ihrer Gesamtheit einen beginnenden Fall des Tierhortens beschreiben:

- das Halten von einer überdurchschnittlichen Anzahl an Tieren
- eine zu hohe Anzahl an Tieren im Verhältnis zu den möglichen Unterbringungsmöglichkeiten
- die betroffene Person sieht nicht ein, den Tierbestand zu reduzieren

Es werden dort außerdem weitere Kriterien bezüglich

- Tierbestand (schlechter hygienischer Zustand der Wohnung bzw. des Geländes)
- Fütterung (Unter- /Fehlernährung, verschmutztes/kein Trinkwasser)
- Pflege (fehlende medizinische Versorgung, bedenklicher Pflegezustand, unkontrollierte Vermehrung, tote Tiere zwischen den Lebenden)
- Tierhalter (kaum Sozialkontakte, Behinderung bezüglich Empfinden und sozialen Verpflichtungen, fehlende Finanzen)
- Verhalten des Tierhalters (verheimlicht die Umstände, verweigert Zutritt zur Wohnung bzw. zum Gelände, lehnt Vermittlung der Tiere trotz Begründungen des Tierarztes ab, aktives Weitersammeln, fehlender individueller Bezug zu den Tieren, Umgehung der Behörden durch Umzug)
- Problembewusstsein (fehlende Einsicht bezüglich dem Zustand der Tiere, des hygienischen Zustandes von Wohnung/Gelände, der

⁵⁸ Gross, W., S. 86.

Kastration der Tiere wegen unkontrollierter Vermehrung sowie Euthanasie schwer kranker und leidender Tiere)

genannt, die mit steigender Anzahl der Übereinstimmungen den Fortschritt des Hortens aufzeigen.⁵⁹

4.5. Probleme bezüglich der Fortnahme

4.5.1. Entdeckung des Problems und Beginn des Verfahrens

Das Animal Hoarding wird in den meisten Fällen erst in einem sehr späten Stadium erkannt. Die Erkrankten nutzen vielerlei Strategien, um sowohl die Behörden, als auch die Personen in ihrer Umgebung zu täuschen. Sie verleugnen ihre Probleme damit, rechtfertigen oder entschuldigen sie. Behörden werden außerdem gezielt durch Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Dienstaufsichtsbeschwerden usw. versucht zu verunsichern oder durch ausgeklügelte Taktiken hingehalten.

Vereinbarungen zwischen der Behörde und der betroffenen Person werden meist nicht eingehalten und Auflagen werden ignoriert.

Die Tierhorte verharmlosen ihre Probleme weitgehend, reden sich heraus und betrachten die Eingriffe der Behörde daher lediglich als reine Schikane ihnen gegenüber. Des Weiteren werden tierschutzrechtliche Überprüfungen in vielen Fällen, beispielsweise durch Zuparken von Dienstfahrzeugen oder Wegjagen der Tiere, versucht zu behindern. Die Arbeit der Amtsveterinäre und sonstigen Mitarbeiter wird hierdurch sowohl erschwert, als auch unnötig in die Länge gezogen.

Zunächst sollte die breite Öffentlichkeit über das Thema Animal Hoarding besser aufgeklärt werden. Personen, die schon einmal von diesem Problem gehört haben und die Symptome kennen, sind vermutlich eher in der Lage einen solchen Fall zu erkennen oder sind aufmerksamer, auch wenn die erkrankte Person ihr Problem zu vertuschen versucht.

⁵⁹ Deutscher Tierschutzbund, Checkliste für das Vorliegen eines echten Falls von Tierhorten

Auch die Behörden sollten umfassend über das Krankheitsbild informiert sein. Sachbearbeiter, die schon einigermaßen mit dem Thema vertraut sind oder klare Vorgaben zur Handhabung solcher Fälle haben, wissen sich eher und vor allem auch schneller zu helfen, als jene, die nichts oder nur kaum etwas über die Krankheit und deren Folgen wissen. Dies betrifft sowohl den Umgang mit der erkrankten Person als auch die Maßnahmen, die in einem solchen Fall zu treffen sind. Zwar handelt es sich dem Grunde nach „nur“ um eine Fortnahme von Tieren nach dem TierschG, jedoch in weit größerem Ausmaß und somit auch vielfältigeren Schwierigkeiten im Gegensatz zu einer Fortnahme mit lediglich ein oder zwei Tieren. Hierfür würde sich eventuell die Erarbeitung von Leitlinien anbieten.⁶⁰

4.5.2. Ortswechsel

Wissen die Tierhorte schon im Voraus von der geplanten Fortnahme, werden die Tiere des Öfteren in andere Städte, Kreise, Bundesländer oder sogar ins Ausland gebracht, um die Wegnahme zu verhindern.

Für die Behörden ist es dann zum einen überaus problematisch, herauszufinden wo sich die Tiere befinden und darüber hinaus wechselt durch das Fortbringen der Tiere meist auch die Zuständigkeit der eingreifenden Behörde.

Besteht für die Tierhorte keine Möglichkeit, ihre Tiere an einem anderen Ort „zu verstecken“, wird für den Fall, dass die Fortnahme vollzogen werden soll, auch schon mal Gewalt angedroht. Handelt es sich bei den erkrankten Personen beispielsweise um den Inhaber einer großen Firma, wird ebenso mit Wegzug und Arbeitsplatzverlust der dort Beschäftigten gedroht.

Viele Tierhorte versuchen, ihre Tiere vor der Fortnahme durch die Tierschutzbehörde wegzubringen, um diese damit zu verhindern. Eine

⁶⁰ Ofensberger, E., Aktuelle Entwicklungen zum Animal Hoarding, S. 272 f.; Ofensberger, E., Animal Hoarding – Problematik, Hintergründe, Rechtslage; Wilczek, Ch., S. 91.

sofortige Fortnahme der Tiere sollte daher geboten sein, sobald sich der Verdacht des Animal Hoarding bestätigt. Dies ist zwar im Rahmen des Sofortvollzugs ohne vorangehende Anordnung möglich, jedoch muss der Zustand der Tiere bereits sehr schlecht sein, um die tierschutzwidrigen Voraussetzungen für eine Fortnahme zu erfüllen.

Das bedeutet aber auch, sofern der Zustand der Tiere noch erträglich ist, dauert das Verfahren ohne den Sofortvollzug eine gewisse Zeit, in welcher der Tierhalter doch noch die Möglichkeit hat, seine Tiere verschwinden zu lassen. Genau das darf nicht passieren. Zu bedenken ist auch, dass sich die Situation in Fällen, in denen Tiere gehortet werden, regelmäßig verschlimmert und nicht verbessert, da sich die Betroffenen nicht selbst helfen (können).

Beim Verdacht auf Animal Hoarding ist daher ein sofortiges Zutrittsrecht für den Amtstierarzt notwendig. Eine daraufhin folgende Fortnahme der Tiere stünde zwar im Konflikt mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, nachdem der betroffene Tierhalter, wenn möglich, zunächst eine Frist zur Nachbesserung der Zustände erhalten soll, jedoch sollte in Fällen des Animal Hoarding der Schutz der Tiere im Vordergrund stehen, nicht zuletzt weil der Tierhalter die Probleme nicht als solche wahrnimmt und daher auch nicht die Absicht hat, etwas an der Situation zu ändern.

Dies bestätigen zahlreiche Beispiele, in welchen die betroffenen Tierhalter versuchen die Behörden zu täuschen, anstatt sich um das Wohl der Tiere zu kümmern. Für den Fall, dass dem Tierhalter nicht alle Tiere fortgenommen wurden, sind zeitnahe veterinärmedizinische Nachkontrollen außerdem unabdingbar, um zu gewährleisten, dass sich der Tierhalter an die Anordnungen der Behörde bezüglich der Tierhaltung hält.

Um einen Überblick über die Animal Hoarding Fälle sowie Tierhalteverbote zu haben, könnte das Anlegen eines Zentralregisters, mit Zugriff für sämtliche Veterinärämter, sinnvoll sein. Außerdem wäre ein

flächendeckendes Beobachtungs- und Meldesystem für die Registrierung von massiven Tierhaltungen denkbar. Sollte ein Tierhalter seine Tiere, um der Fortnahme zu entgehen, doch einmal in ein anderes Bundesland bringen, könnten die Behörden dort Informationen über das Zentralregister und Meldesystem einholen und den Fall weiterverfolgen.⁶¹

4.5.3. Unterbringung und Vermittlung

Eine der größten Schwierigkeiten ist im Falle der Fortnahme von Tieren in einem Fall der Tierhortung oft die fehlende Unterbringungsmöglichkeit. Zwar befinden sich im Umkreis meist Tierheime und/oder Tierschutzverbände, müssen jedoch beispielsweise 80 Pferde im Rahmen des Sofortvollzugs fortgenommen werden, so steht der Behörde eine immense logistische Aufgabe bevor.

Werden exotische Tiere und Wildtiere beschlagnahmt, fehlen die Unterbringungsmöglichkeiten meist komplett, da diese von den örtlichen Tierheimen und Tierschutzorganisationen in den meisten Fällen nur äußerst begrenzt (kleinere Exoten) oder gar nicht (größere Exoten) aufgenommen werden können. Auch sonstige Tierrassen, wie beispielsweise Pferde oder auch Vögel in großer Anzahl bergen oft ein großes Unterbringungs- bzw. Betreuungsproblem.⁶²

Das Problem der Unterbringung kann in manchen Fällen mit hunderten von Tieren trotz der besten Vorbereitungen kaum gelöst werden. Hat die Behörde jedoch vorab überhaupt keine Vorkehrungen getroffen, stellt sich vermutlich jeder Fall als ziemlich problematisch dar, was die Unterbringung der Tiere angeht.

Sämtliche Behörden, die für den Tierschutz zuständig sind, sollten sich für solche Extremfälle rüsten, indem sie beispielsweise Pläne zusammenstellen, welche Tierheime und Tierschutzorganisationen Tiere aufnehmen können, wie viele und welche Tiere dort jeweils untergebracht

⁶¹ Ofensberger, E., Aktuelle Entwicklungen zum Animal Hoarding, S. 272 f.; Wilczek, Ch., S. 91.

⁶² Lawo, H., S. 6.

werden können und was für Ausweichmöglichkeiten es gäbe, sollten zur gegebenen Zeit keine oder nicht genug Unterbringungsmöglichkeiten frei sein.

Auch über die Unterbringungsmöglichkeiten für exotische Tiere oder Wildtiere lohnt es sich Gedanken zu machen. Gegebenenfalls können Absprachen mit Zoos oder Wildparks getroffen werden, welche die Aufnahme der Tiere zumindest grob regeln. Die erstellten Pläne sollten außerdem regelmäßig aktualisiert werden. Das Erstellen der Pläne mag ein relativ hoher Aufwand sein, sollten keine Animal Hoarding Fälle auftreten, kann jedoch im umgekehrten Fall viele Unannehmlichkeiten, viel Zeit, Geld und Ärger sparen.

Eine weitere nicht unerhebliche Problematik tut sich bezüglich der entstehenden Kosten auf, da zwar der Tierhalter grundsätzlich verpflichtet ist, die Kosten der Fortnahme sowie der entstehenden Folgekosten zu begleichen, jedoch läuft die Einforderung der entstandenen Kosten aufgrund der finanziellen Lage der Tierhalter meist ins Leere. Auch Bußgelder und Zwangsgelder führen meist zu keinem Ergebnis. Ebenso reicht die Veräußerung der Tiere meist nicht zur Deckung der Kosten aus. Folgendes Beispiel soll die immensen Kosten, welche bei einer Fortnahme in einem Animal Hoarding Fall entstehen, verdeutlichen:

Im Fall in „Taarstedt“ (Schleswig-Holstein) mussten insgesamt 65 Hunde, darunter 14 Welpen, eine Katze, 9 Papageien sowie ca. 30 Fische für 10 Tage untergebracht werden.

Die zugrundeliegenden Kosten liegen für große Hunde bei 9,- € pro Tag, für mittlere Hunde bei 7,50 € pro Tag und für Welpen bei 1,50 € pro Tag. Insgesamt beliefen sich die Unterbringungskosten im genannten Zeitraum auf 8.397,48 €, die Tierarztkosten auf 4.336,14 €, sowie weitere Nebenkosten (Fahrtkosten, Spezialfutter) auf 1.458,64 €. Der Erlös aus der Vermittlung von Tieren betrug 2.200,- €. Zieht man den Erlös von den Gesamtkosten ab, verbleibt ein Betrag von 10.871,16 €, den die Behörde

*begleichen muss, sofern er nicht vom Tierhalter bezahlt werden kann. Zudem sind in diesem Betrag weder der weitere Verbleib der nicht veräußerten Tiere im Tierheim noch die Kosten für die Verteilung der Tiere auf andere Tierheime eingerechnet.*⁶³

Die aufgenommenen Tiere sind teilweise physisch und psychisch stark behandlungsbedürftig. Unter anderem handelt es sich um schwere Verletzungen, Angst vor Menschen, fehlende Sozialisation und Inzuchtfolgen. Weiterhin sind meist viele Jungtiere unter den gehorteten Tieren, welche eine intensivere Betreuung als die ausgewachsenen Tiere benötigen. Die Behandlung verlangt sowohl einen hohen medizinischen Aufwand als auch eine ganze Reihe an Personal, welches in vielen Fällen nicht ausreichend zur Verfügung steht. Hinzu kommen außerdem häufig viele trächtige Tiere, was bedeutet, dass die Anzahl der aufgenommenen Tiere und damit auch der Betreuungs- und Kostenaufwand nach der Geburt nochmals ansteigt.⁶⁴

Das Problem der immensen anfallenden Kosten in Fällen des Animal Hoarding zu lösen wird kaum möglich sein. Jedoch könnte versucht werden, die Anzahl der Fälle durch frühzeitige Erkennung zu reduzieren, durch nachhaltige psychologische Betreuung der Tierhorte Rückfälle zu vermeiden und bei bekannten (beginnenden) Fällen von Tierhorten schneller und wirkungsvoller – aufgrund verbesserter rechtlicher Grundlagen - einzugreifen. Vorbeugende Maßnahmen können jedoch nur getroffen werden, sofern die Krankheit schon früh erkannt wird. Hierfür sowie für die psychologische Betreuung ist jedoch wiederum eine gezielte Erforschung der Krankheit sowie der Behandlungsmöglichkeiten notwendig. Damit die Politik und die Öffentlichkeit, welche durch Steuergelder schlussendlich die Kosten bezahlen muss, aufmerksam

⁶³ Ofensberger, E.: Animal Hoarding – Problematik, Hintergründe, Rechtslage

⁶⁴ Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 7; Lawo, H., S. 26 f.

darauf wird, was für Kosten Animal Hoarding Fälle bergen, sollten Kostenberechnungen gefertigt und veröffentlicht werden.⁶⁵

Hinsichtlich der Finanzen ergibt sich für Tierschutzorganisationen und Tierheime außerdem folgendes Problem: Sollte der Tierhalter auf Anraten der Behörde hin die Tiere von sich aus abgeben, ist diese aus der Pflicht, die entstehenden Kosten zu begleichen. Das Tierheim/die Tierschutzorganisation muss nun bei Aufnahme der Tiere - welche aus moralischen Gründen nicht verweigert wird - die entstehenden Kosten selbst begleichen, was meist aufgrund des ohnehin knappen Budgets kaum möglich ist. Nachdem die Tiere aufgenommen, medizinisch versorgt und (gesund) gepflegt wurden, kann es durchaus auch Schwierigkeiten bei der Vermittlung geben, wenn sich nicht genügend Abnehmer finden. Folglich bleiben einige Tiere lange im Tierheim oder sind teilweise sogar überhaupt nicht vermittelbar.⁶⁶

4.5.4. Rückfall

Ist die Fortnahme der Tiere vollzogen bedeutet dies jedoch nicht, dass damit die Probleme beseitigt wurden. Selbst wenn zusammen mit der Fortnahme ein Tierhalteverbot gemäß § 16 a S. 2 Nr. 3 TierschG oder eine Maximalgrenze für die Anzahl der gehaltenen Tiere ausgesprochen wurde, so bedeutet dies nicht automatisch, dass sich die betroffene Person daran hält. Im Gegenteil: Wird die Krankheit nicht behandelt, so ist ein Rückfall und damit ein erneuter Fall von Animal Hoarding sehr wahrscheinlich. So auch geschehen im folgenden Fall in Mannheim, welcher am 06.05.08 in einer Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe veröffentlicht wurde:

Im Juni 2007 wurden im Haus der betroffenen Tierhalterin 250 Tiere beschlagnahmt, die nicht artgerecht gehalten und schwer vernachlässigt wurden. Außerdem wurde ein Tierhalteverbot verhängt. Im März des

⁶⁵ Ofensberger, E., Aktuelle Entwicklungen zum Animal Hoarding, S. 272 ; Deutscher Tierschutzbund, Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, S. 8 f.

⁶⁶ Lawo, H., S. 27.

darauf folgenden Jahres wurden im Haus der Betroffenen erneut 60 vernachlässigte Tiere vorgefunden, welche sofort fortgenommen wurden. Die Betroffene hatte sich nicht an das von der Behörde verhängte Tierhalteverbot gehalten.⁶⁷

Die Tierhorte nehmen den Zustand der Tiere aufgrund ihrer Krankheit nicht wahr, es sollte auch bedacht werden, dass die sofortige Wegnahme als Therapie schwierig und für die Betroffenen schwer zu verkraften ist, da sie meist eine sehr starke Bindung zu den Tieren haben. Den Tierhortern muss trotzdem klar gemacht werden, dass die Tiere an geeignete Halter übergeben werden müssen.

Für den nachhaltigen Erfolg der behördlichen Maßnahmen, d.h. um einen Rückfall zu vermeiden und auch um den Tierhortern mit ihrer Krankheit zu helfen, ist eine psychologische Behandlung unabdingbar. Für entsprechende Behandlungen und aufgrund der Tatsache, dass sich die Personen in vielen Fällen nicht helfen lassen wollen, ist es wiederum notwendig, die Forschung hinsichtlich Therapien und vorbeugenden Maßnahmen voranzubringen, um so den Erkrankten psychologische Hilfe leisten zu können und sie wenn möglich psychologisch auch über längere Zeit zu begleiten.

4.5.5. Sonstiges

Eine weitere Strategie der Tierhorte, sich der Fortnahme zu entziehen, ist das Präsentieren eines „Strohmanns“, welcher die Tiere angeblich eigenverantwortlich übernimmt. Je nach schauspielerischem Talent der beteiligten Personen, ist es für die Behörde zum Teil nicht einfach, das Vorhaben zu entlarven und somit die Fortnahme vollziehen zu können.

Problematisch ist außerdem, dass Tierschutzfälle im Vergleich zu anderen Aufgaben von manchen Verantwortlichen oft nicht wichtig genug gewertet werden, was dazu führt, dass die Arbeit in diesen Fällen nur schleppend

⁶⁷ VG Karlsruhe, <http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1219593/index.html?ROOT=1197412> .

voran geht. Langwierige Gerichtsentscheidungen fördern zusätzlich ein zu langsames Voranschreiten des Fortnahme-Vorgangs.⁶⁸

Ein weiteres Problem ist die große psychische Belastung, welche jeder Fall von Animal Hoarding für alle beteiligten Personen, seien es Veterinäre, sonstige bei der Behörde beschäftigte Personen oder die Mitarbeiter der Tierheime/Tierschutzorganisationen, birgt.⁶⁹ Die umfassende Aufklärung der Behörden über das Thema Animal Hoarding ist auch deshalb unerlässlich, um sie auch auf die psychische Belastung, welche in so einem Fall auf sie zukommt, wenigstens teilweise vorzubereiten. Auch das Zusammenstellen einer „Helferliste“ mit Namen und Telefonnummern der Ansprechpartner von Abschleppdienst, Schlüsseldienst, Feuerwehr usw. kann für die Behörde als vorhergehende Maßnahme hilfreich sein für den Fall, dass die Fortnahme durch den/die Tierhalter behindert wird.⁷⁰

Außerdem ist es sinnvoll, mit dem Tierheim bzw. der Tierschutzorganisation, welche die Tiere aufnehmen soll, sobald der Fall bekannt wird, Kontakt aufzunehmen und soweit möglich die etwaigen Versorgungszeiten und benötigten Kapazitäten (Personal) abzuklären, damit sich diese ausreichend vorbereiten können. Je nach Fall sollte darüber hinaus ein eventueller Aufenthalt von Tieren in der Tierklinik mit berücksichtigt und diese ebenfalls vorab informiert werden.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Schlussendlich kann bezüglich der Fortnahme von Tieren und dem Thema Animal Hoarding folgendes festgehalten werden: Es sind durchaus gute Handlungsmöglichkeiten zur Fortnahme von Tieren vorhanden, jedoch sollten einige Problemfelder noch überarbeitet werden.

Dies betrifft beispielsweise die Fristsetzungen im Zuge der Verhältnismäßigkeit. Es darf nicht passieren, dass Tieren erhebliche

⁶⁸ Wilczek, Ch., S. 91.

⁶⁹ Lawo, H., S. 28.

⁷⁰ Wilczek, Ch., S. 91 f.

Schmerzen und Leiden zugefügt werden, weil die Frist zu Verbesserung der Haltungsbedingungen unverhältnismäßig lange ist. Nicht zuletzt deswegen, weil allein die Gefahr von Schmerzen und Leiden eine Fortnahme rechtfertigen. Auch dies fällt unter die Verhältnismäßigkeit der Fortnahme – zugunsten der Tiere.

Weiterhin darf es nicht sein, dass Verstöße gegen das Tierschutzgesetz nicht derart geahndet werden können, dass das Tier fortgenommen wird, weil die Möglichkeit der Unterbringung fehlt. Für Tierschutzfälle müssen in jedem Fall Möglichkeiten gefunden oder geschaffen werden, dass die Tiere untergebracht werden können, auch wenn es in einer Behörde seit Jahren keinen solchen Fall gegeben hat.

Im Rahmen der Fortnahme von Tieren ist es notwendig, die Öffentlichkeit besser und umfassend zu informieren, um die Aufmerksamkeit der Menschen für dieses Problem zu sensibilisieren und dadurch gezielter und effektiver Arbeiten zu können. Es gilt zu informieren, wozu jeder einzelne in der Tierhaltung überhaupt verpflichtet ist: Dem Tier eine angemessene Ernährung und Unterkunft zu bieten, es gut zu behandeln, ihm genügend Bewegung und Freiraum zu bieten, die gesamte Haltung außerdem regelmäßig zu kontrollieren sowie die Unterkunft instandzuhalten und zu säubern. Auch wenn der Tierhalter in der Pflicht ist, sich diese Informationen selbst anzueignen, könnte so versucht werden, Verstößen gegen das TierschG entgegenzuwirken.

Diesbezüglich stellt sich für viele Menschen vielleicht auch die Frage, wo denn Tierquälerei überhaupt anfängt und was man genau tun muss und kann, um dagegen vorzugehen. Möglicherweise würde es sich anbieten, Infobroschüren zu verteilen oder Informationsveranstaltungen anzubieten.

Da Kommunen oft erster Anlaufpunkt für Personen sind, die einen Tierschutzfall melden möchten, sollten auch diese umfassend über die Handhabung und Zuständigkeiten in Tierschutzfällen aufgeklärt werden. Gerade kleine Kommunen, die noch nie mit dem Thema Tierschutz

konfrontiert waren, wissen auf die Schnelle oft nicht, wie sie in diesen Fällen vorgehen müssen, ob sie selbst zuständig sind oder an wen sie sich wenden können sofern dies nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Das Verteilen von Informationsblättern und nennen von Ansprechpartnern wäre diesbezüglich sicher sinnvoll.

Ein sehr strittiges Thema im Bezug auf die Fortnahme ist die Tötung von gesunden Tieren, da diese mit dem Staatsziel Tierschutz nur schwer vereinbar ist. Daher müssen die Voraussetzungen der Tötung auch äußerst streng ausgelegt werden. In jedem Fall dürfen Kostengründe kein Grund für die Tötung sein. Fraglich ist, ob die Tötung von gesunden Tieren überhaupt gerechtfertigt werden kann. Wie lange muss die Behörde versuchen, das Tier zu vermitteln? In welchem Umfang genau müssen Vermittlungsversuche unternommen werden? Fällt die Vermittlung ins Ausland auch unter diese Versuche? Dies sind Fragen, welche künftig geklärt werden sollten, auch um die Voraussetzungen für eine Tötung näher zu definieren und somit den Ermessensspielraum einzuschränken.

Bezüglich des Themas Animal Hoarding ist zunächst festzustellen, dass dieses Thema in Deutschland immer problematischer wird, da die Fälle stetig ansteigen, der Sache an sich jedoch immer noch zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Vor allem hinsichtlich der schnell steigenden Fallzahlen muss dies geändert werden. Ziel sollte sein, die Zahl der Fälle in denen Tiere gehortet werden nachhaltig zu senken oder zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen, um so auch die Probleme, welche bei der Fortnahme entstehen zu minimieren.

Animal Hoarding sollte auch hier als Krankheit anerkannt werden, die Forschung muss vorangetrieben und Therapieformen müssen erarbeitet werden. Werden die Tierhorte nicht behandelt erleiden diese immer wieder Rückfälle, was wiederum erneut Leiden für die Tiere, mehr Arbeit für Behörden, Tierschützer und Tierheime sowie immense Kosten für die Kommunen, Länder und Bund bedeutet. In Verbindung damit sollten auch die rechtlichen Möglichkeiten und damit der Handlungsspielraum der

Behörden erweitert werden, um schneller und effektiver eingreifen zu können. Die betroffenen Personen sollten darüber hinaus neben einer psychologischen Betreuung oder Therapie einige Zeit überwacht werden, um nicht 1-2 Jahre später wieder vor demselben Problem zu stehen, denn auch das bedeutet Menschlichkeit: Die Probleme anderer Menschen rechtzeitig zu erkennen und ihnen zu helfen. Die Befindlichkeit der Tierhorte darf auch deswegen nicht vernachlässigt werden, da für sie die Wegnahme der Tiere ein schwerer Verlust ist und dies zusätzlich zu ihren ohnehin schon vorhandenen Problemen.

Sinken die Zahlen der Animal Hoarding Rückfälle, so senkt sich auch automatisch die Gesamtzahl der Fälle, in denen Tiere gehortet werden. Dies wiederum bedeutet, dass weniger Tiere untergebracht werden müssen und auch weniger Kosten entstehen.

6. Literaturverzeichnis

Akademie für Tierschutz: Eingriffsrecht der Behörden;
<http://www.tierschutzakademie.de/822.html?&0=> [14.07.11].

Akademie für Tierschutz: Staatsziel Tierschutz;
<http://www.tierschutzakademie.de/635.html> [14.07.11].

Akademie für Tierschutz: Zur rechtlichen Bedeutung des Staatsziels Tierschutz; <http://www.tierschutzakademie.de/636.html> [14.07.11].

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 09. Februar 2000.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten;
http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Tier/Tierschutz/GutachtenLeitlinien/HaltungPferde.pdf?__blob=publicationFile
[01.09.11].

Deutscher Tierschutzbund e.V. (Hrsg.): Checkliste für das Vorliegen eines echten Falls von Tierhorten, o.J.;
[http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/Checkliste fuer das Vorliegen AH.pdf](http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/Checkliste_fuer_das_Vorliegen_AH.pdf)
[20.07.11].

Deutscher Tierschutzbund e.V. (Hrsg.): Hintergrundinformationen zum Animal Hoarding, Bonn, 23.03.09;
http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/animal_hoarding.pdf [20.07.11].

Hirt/Maisack/Moritz: Tierschutzgesetz, 2. Auflage, München 2007.

Gross, Werner: Animal Hoarding: Betrachtungen aus sozial-psychologischer Sicht, in: Deutsche Tierärztliche Wochenschrift 116, Heft 3 (2009), S. 84-89.

Köpernik, Kristin: „Die Rechtsprechung zum Tierschutzrecht 1972 bis 2008, Frankfurt am Main, 2010.

Landtag von Baden Württemberg (Hrsg.): Antrag des Abg. Karl Rombach u. a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums für ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Animal Hoarding (krankhaftes Sammeln von Tieren), Drucksache 14/6270, 23.04.10; http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6270_d.pdf [10.09.11].

Lawo, H.: Folgen des Animal Hoarding für Tierheime; Animal Hoarding Seminar 16.04.10.

Listmann, Heike: Wenn Tierliebe zur Sammelsucht wird, in: Der Praktische Tierarzt, Heft 6 (2011), S. 466-467.

Lorz/Metzger: Tierschutzgesetz Kommentar, 6. Auflage, München 2008.

Ludwig, Stephan, Fortnahme/Wegnahme, Einziehung sowie Verwertung von Tieren aus Sicht der Verwaltung, Animal Hoarding - Tagung am 16.04.10.

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Kostentragung in Tierschutzfällen; http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Kostentragung_in_Tierschutzfaellen/94631.html [22.06.11].

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL: "'Animal Hoarding' - ein zunehmendes Problem für Behörden und Tierheime", Pressemitteilung 47/2010;

[http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Staatssekretaerin Friedlinde Gurr Hirsch MdL Animal Hoarding ein zunehmendes Problem fuer Behoerden und Tierheime/82051.html](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Staatssekretaerin_Friedlinde_Gurr_Hirsch_MdL_Animal_Hoarding_ein_zunehmendes_Problem_fuer_Behoerden_und_Tierheime/82051.html) [22.06.11].

Ofensberger, Evelyn: Aktuelle Entwicklungen zum Animal Hoarding, in: Kongreß Bundesverband der Beamteten Tierärzte, 2009, S. 271 – 283.

Ofensberger, Evelyn: Animal Hoarding Problematik, Hintergründe, Rechtslage; Tagung Animal Hoarding: Krankhaftes Sammeln von Tieren, Stuttgart-Hohenheim, 16.04.10.

Ofensberger, Evelyn: Animal Hoarding – Tiere Sammeln, in: Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle, 15. Jahrgang, 2/2008, S. 117-124.

Quandt, Axel: Musterbescheid mit Erläuterungen - Maßnahmen zum Tierschutz, Berlin, 2011.

Sonnenmoser, Marion: Tiersammelsucht: Krankhafte Tierliebe, in: Deutsches Ärzteblatt, PP, Heft 10 (Oktober 2009), S. 461-462.

Stadtverwaltung Pforzheim, Amt für öffentliche Ordnung, Verfügung.

Verwaltungsgericht Karlsruhe: Pressemitteilung vom 06.05.2008; <http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1219593/index.html?ROOT=1197412>, [01.09.11].

Wilczek, Christa: Animal Hoarding: Vollzug aus amtstierärztlicher Sicht, in: Deutsche Tierärztliche Wochenschrift 116, Heft 3 (2009), S. 90-96.

Erklärung der Verfasserin:

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Schömborg, 13.09.2011

Jennifer Senft

Anlagenverzeichnis

Anlage 1:

Akademie für Tierschutz: Eingriffsrecht der Behörden;
<http://www.tierschutzakademie.de/822.html?&0=> [14.07.11].

Anlage 2:

Akademie für Tierschutz: Staatsziel Tierschutz;
<http://www.tierschutzakademie.de/635.html> [14.07.11].

Anlage 3:

Akademie für Tierschutz: Zur rechtlichen Bedeutung des Staatsziels
Tierschutz; <http://www.tierschutzakademie.de/636.html> [14.07.11].

Anlage 4:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(Hrsg.): Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter
Tierschutzgesichtspunkten;
http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Tier/Tierschutz/GutachtenLeitlinien/HaltungPferde.pdf?__blob=publicationFile
[01.09.11].

Anlage 5:

Deutscher Tierschutzbund e.V. (Hrsg.): Checkliste für das Vorliegen eines
echten Falls von Tierhorten, o.J.;
[http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/Checkliste fuer das Vorliegen AH.pdf](http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/Checkliste_fuer_das_Vorliegen_AH.pdf)
[20.07.11].

Anlage 6:

Deutscher Tierschutzbund e.V. (Hrsg.): Hintergrundinformationen zum
Animal Hoarding, Bonn, 23.03.09;
http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Heimtiere/animal_hoarding.pdf [20.07.11].

Anlage 7:

Landtag von Baden Württemberg (Hrsg.): Antrag des Abg. Karl Rombach u. a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums für ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Animal Hoarding (krankhaftes Sammeln von Tieren), Drucksache 14/6270, 23.04.10; http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6270_d.pdf [10.09.11].

Anlage 8:

Lawo, H.: Folgen des Animal Hoarding für Tierheime; Animal Hoarding Seminar 16.04.10.

Anlage 9:

Ludwig, Stephan, Fortnahme/Wegnahme, Einziehung sowie Verwertung von Tieren aus Sicht der Verwaltung, Animal Hoarding - Tagung am 16.04.10.

Anlage 10:

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Kostentragung in Tierschutzfällen; http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Kostentragung_in_Tierschutzfaellen/94631.html [22.06.11].

Anlage 11:

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL: "'Animal Hoarding' - ein zunehmendes Problem für Behörden und Tierheime", Pressemitteilung 47/2010; http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Staatssekretaerin_Friedlinde_Gurr_Hirsch_MdL_Animal_Hoarding_ein_zunehmendes_Problem_fuer_Behoerden_und_Tierheime/82051.html [22.06.11].

Anlage 12:

Ofensberger, Evelyn: Animal Hoarding Problematik, Hintergründe, Rechtslage; Tagung Animal Hoarding: Krankhaftes Sammeln von Tieren, Stuttgart-Hohenheim, 16.04.10.

Anlage 13:

Verwaltungsgericht Karlsruhe: Pressemitteilung vom 06.05.2008;<http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1219593/index.html?ROOT=1197412>, [01.09.11].



Eingriffsrecht der Behörden

Der Vollzug des Tierschutzgesetzes liegt in der Zuständigkeit der Länder (vgl. Art 83, 84 I GG). Die Länder haben in der Regel durch Rechtsverordnung festgelegt, welche Behörden zum Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständig sind. In der Regel ist dies die Untere Kreisverwaltungsbehörde, das Landratsamt oder das Veterinäramt. Die Amtstierärzte sind dann meist für die Ermittlung der Sachverhalte zuständig und werden in bestimmten Fällen als Sachverständige herangezogen. In einigen Bundesländern liegen sowohl die Ermittlung von Tierschutzfällen als auch die Anordnung und der Vollzug von Tierschutzauflagen in der Hand der Amtstierärzte.

Nach § 16a TierSchG sind die Behörden bzw. die Amtstierärzte ausdrücklich befugt, alle notwendigen Anordnungen zu treffen, um Missstände in einer Tierhaltung zu beseitigen. Dies gilt für gewerbliche Tierhaltungen ebenso wie für private.

Gemäß den Vorschriften des § 16a, können die Behörden einem Halter konkrete Vorgaben machen, um etwaige Fehler in der Haltung zu korrigieren. Insbesondere können sie Anweisungen zur richtigen Ernährung, Pflege und Unterbringung des Tieres geben. Wenn der Halter die Anweisungen befolgt, darf er das Tier behalten. Schwerpunkt ist also der Schutz des Tieres unter Mitwirkung des Halters.

Bei schwer vernachlässigten Tieren kann die Behörde das Tier aber vorübergehend beschlagnahmen. Der Halter hat dann die Möglichkeit die Haltebedingungen „nachzubessern“. Er kann das Tier zurückbekommen, wenn gesichert ist, dass er die Anforderungen des Tierschutzes einhalten wird. Ist in der Zwischenzeit eine anderweitige Unterbringung des Tieres auf Kosten des Halters nicht möglich oder ist abzusehen, dass der Halter eine den Anforderungen des § 2 entsprechenden Haltung nicht sicherstellt, kann die Behörde das Tier veräußern.

Ein Tierhalterverbot nach § 16 a Satz 2 Nr. 3 ist das letzte Sanktionsmittel gegen den Halter. Die Behörden ergreifen die Maßnahme neben der Strafanzeige, wenn der Halter immer wieder gegen den Tierschutz verstößt, das Tier dadurch erheblich leidet und zu erwarten ist, dass sich hieran nichts ändern wird. Die Behörde kann entscheiden, ob sich die Haltungs- und Betreuungsuntersagung auf alle Tierarten erstrecken soll oder nur auf eine bestimmte. Der Vorbeugungsgedanke tritt hier in den Vordergrund, weil nicht ein konkretes Tier dem Zugriff des Halters entzogen wird, sondern der Zugang zu Tieren generell verhindert werden soll.

Leider lässt § 16 a TierSchG auch die Tötung von Tieren zu, wenn die Behörde beschlagnahmte Tiere aus „rechtlichen oder tatsächlichen Gründen“ nicht veräußern kann. Dieser Zusatz wurde - gegen den heftigen Widerstand des Deutschen Tierschutzbundes - bei der Novellierung des Tierschutzgesetzes im Jahre 1998 eingefügt. Hintergrund war, dass die Behörden insbesondere exotische Tiere aus Wanderzirkussen oft nicht beschlagnahmen, weil sie keine geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten finden. Denkbar ist nach dieser Regelung aber beispielsweise auch, dass ein beschlagnahmter Hund, der aufgrund seines Alters keine Abnehmer findet („tatsächlicher Grund“), getötet wird. Ein „rechtlicher Grund“ zur Tötung eines Tieres, könnte der Vollzug seuchenrechtlicher Anordnungen sein, was im Bereich landwirtschaftlich genutzter Tier relevant sein kann.

Bei einer Tötung aus „tatsächlichen Gründen“ (fehlende Unterbringungsmöglichkeit, keine Abnehmer) müssen die Behörden auf jeden Fall nachweisen, dass sie alle Mittel zur dauerhaften, sachgerechten Unterbringung des Tieres ausgeschöpft haben. So sieht auch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV) vor, dass die „als letzte in Betracht kommende Maßnahme“ nur veranlasst werden darf, „wenn trotz nachweisbarer, geeigneter Vermittlungsversuche (z.B. „Medienhinweise“) das fortgenommene Tier nicht verkauft, verschenkt oder abgegeben werden kann.“

Der Gesetzgeber hat bei dieser Regelung verkannt, dass eine fehlende Unterbringungsmöglichkeit unter keinen Umständen rechtfertigen kann, ein gesundes Tier zu töten. Wenn die Unterbringungsmöglichkeit fehlt, muss sie geschaffen werden. Mit der Einführung des Staatszieles Tierschutz im Jahre 2002, ist es gänzlich undenkbar, dass die Tötung eines gesunden ungefährlichen Tieres aus „tatsächlichen Gründen“ stattfindet. Bund, Länder und Gemeinden müssen gerade für exotische Tiere Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen, um die Beschlagnahme solcher Tiere zu ermöglichen. Zur Prävention sind klare Regelungen zu treffen, die das Halten von exotischen Tieren und insbesondere das Mitführen solcher Tiere in Wanderzirkussen verbieten. Auch dies haben Gesetz- und Verordnungsgeber bislang versäumt.

Neben dem behördlichen Zugriff nach § 16a unterliegt der Umgang mit Tieren oft auch einer zusätzlichen Erlaubnispflicht nach § 11 TierSchG. Dies gilt vor allem für gewerbliche Tätigkeiten, aber auch für einige nicht-kommerzielle Tätigkeiten wie den Betrieb eines Tierheimes. § 11 stellt vom Grundsatz her eine so genannte betriebsbezogene Erlaubnisnorm dar. Er unterwirft ganze Betriebe der Erlaubnispflicht, stellt Anforderungen an die Sachkunde der verantwortlichen Personen und an die Qualität der Tierhaltung.

Im Hinblick auf die Sachkunde muss der Antragsteller Nachweise vorlegen, die die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten belegen. Bei kommerziellen Tätigkeiten gehen die Behörden vom Vorliegen der erforderlichen Sachkunde aus, wenn der Antragsteller eine Ausbildung als Tierarzt oder Tierpfleger vorweisen kann. Den Sachkundenachweis für den Betrieb eines Tierheimes kann man u.a. in der Akademie für Tierschutz erwerben. Im Übrigen kann die Behörde zum Nachweis der Sachkunde ein Fachgespräch verlangen.

Die §§ 11 und 16a TierSchG sollen ein rasches und wirksames Eingreifen der Behörden ermöglichen, um überall tierschutzgerechte Zustände sicherzustellen. Vor allem im kommerziellen Bereich ist dies bislang nur unzureichend verwirklicht. Es ist daher dringend erforderlich, dass der Gesetzgeber neue Rechtsinstrumente zur Wahrung des Tierschutzes einführt. Eines davon, durch das die Behörden in ihrer Arbeit wesentlich entlastet werden könnten, ist das Verbandsklagerecht für seriöse Tierschutzorganisationen.



DEUTSCHER
TIERSCHUTZBUND E.V.



Tier und Recht

Staatsziel Tierschutz



Seit dem 1. August 2002 steht der Tierschutz im Grundgesetz. Bundestag und Bundesrat hatten am 17. Mai bzw. 21. Juni 2002 mit großer Mehrheit entschieden, in Artikel 20a Grundgesetz, in dem bereits die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt sind, die Worte „und die Tiere“ einzufügen. Artikel 20a GG lautet demzufolge:

"Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung." (Bundesgesetzblatt I Nr. 53 vom 31.07.2002)

In den folgenden Abschnitten werden die Bedeutung des Staatsziels Tierschutz und die politischen Ereignisse bis zu dessen Inkrafttreten resümiert:

- I. Zur rechtlichen Bedeutung des Staatsziels Tierschutz
- II. Staatsziel Tierschutz – Die Vorgeschichte

© 2011 Deutscher Tierschutzbund e.V.
Quelle: <http://www.tierschutzakademie.de/>

Quelle: <http://www.tierschutzakademie.de/635.html>



DEUTSCHER
TIERSCHUTZBUND E.V.



Tier und Recht

I. Zur rechtlichen Bedeutung des Staatsziels Tierschutz

Das Staatsziel Tierschutz richtet sich nicht direkt an die Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr an die Staatsgewalten. Es verpflichtet die Gesetzgeber, die Vollzugsbehörden, die Staatsanwaltschaften und Gerichte, dem Tierschutz einen möglichst hohen Stellenwert beizumessen.

Im Auftrag des Deutschen Tierschutzbundes haben die Staatsrechtler Dr. habil Johannes Caspar und Dr. Michael W. Schroeter ein umfassendes Gutachten zu den Rechtsfolgen des Staatsziels Tierschutz vorgelegt (Köllen-Verlag, Bonn 2003). An dieser Stelle sollen einige Kernpunkte aus dem Rechtsgebiet herausgegriffen und mit der aktuellen Situation konfrontiert werden.

Gesetzgebung
Vollzug und Rechtsprechung

© 2011 Deutscher Tierschutzbund e.V.
Quelle: <http://www.tierschutzakademie.de/>

Quelle: <http://www.tierschutzakademie.de/636.html>



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten

**Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter
Tierschutzgesichtspunkten
vom 9. Juni 2009**

Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Grundlagen.....	4
2.1.	Ethologie	4
2.1.1.	Sozialverhalten	4
2.1.2.	Bewegungsverhalten	5
2.1.3.	Ruheverhalten	5
2.1.4.	Futter- und Wasseraufnahmeverhalten	6
2.2.	Betreuung und Management	7
2.2.1.	Pflegemaßnahmen.....	8
2.2.2.	Hufpflege.....	8
2.2.3.	Tierärztliche Versorgung.....	9
3.	Haltung	9
3.1.	Weide und Auslauf	9
3.1.1.	Witterungsschutz	9
3.1.2.	Einzäunung	10
3.1.3.	Boden	11
3.2.	Stallboden und Einstreu	12
3.3.	Stallklima und Lichtverhältnisse	13
3.4.	Haltungsformen und -verfahren	15
3.4.1.	Einzelhaltung	17
3.4.2.	Gruppenhaltung	17
4.	Bauausführung und Maße.....	20
4.1.	Stallgebäude	21
4.2.	Fütterungs- und Tränkeinrichtungen	21
4.2.1.	Fressstände	21
4.2.2.	Raufen	22
4.2.3.	Durchfressgitter	22
4.2.4.	Bodenvorlage.....	22
4.2.5.	Futterkrippen und -tröge.....	22
4.2.6.	Tränken.....	23
4.3.	Einzelhaltung.....	23
4.3.1.	Boxen	23
4.3.2.	Türen	24
4.4.	Gruppenhaltung	24
4.5.	Stallgassen.....	24
4.6.	Kleinauslauf	25
4.7.	Auslauf	25
5.	Beispiele	25
6.	Weiterführende Literatur	27

1. Einleitung

Innerhalb der Ordnung der Unpaarhufer (*Perissodactyla*) bilden die Pferde oder Einhufer (*Equidae*) eine Säugetierfamilie, die nur eine lebende Gattung (*Equus*) umfasst. Dazu gehören Pferde, Esel und Zebras. Verschiedene Arten werden in ihrem Bestand als gefährdet eingeschätzt. Hauspferd und Hausesel sind indes beinahe weltweit verbreitet.

Das Hauspferd, auf das sich die Ausführungen dieser Leitlinien beschränken, wurde vor mehreren tausend Jahren domestiziert. Im Zuge dieser Entwicklung wurde das Pferd zur Fleischgewinnung, als Zug- und Tragtier sowie zum Reiten genutzt. Grundsätzlich sind diese Nutzungsformen auch heute noch sichtbar; in Deutschland dominiert allerdings die Haltung von Zucht- und Reitpferden. Obwohl das Pferd seit über 5000 Jahren domestiziert ist, sind seine artspezifischen Verhaltensweisen und die daraus resultierenden Bedürfnisse, die es im Laufe seiner Stammesgeschichte entwickelt hat, weitgehend unverändert geblieben.

Der Schutz der Tiere ist durch das Tierschutzgesetz (TierSchG) geregelt. Nach § 1 TierSchG ist es Zweck dieses Gesetzes, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

In § 2 TierSchG ist festgelegt:

„Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen,
2. darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden,
3. muss über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen.“

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurden durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz „Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten“ vom 10. November 1995 herausgegeben.

Bereits in der Fassung von 1995 boten die Leitlinien nicht nur eine wichtige Grundlage der Selbstkontrolle für Pferdehalter, sondern waren auch den für die Durchführung des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben hilfreich. Im Lichte des in den vergangenen Jahren erzielten Kenntnissgewinns erschien es sinnvoll, die Leitlinien zu überarbeiten. Dabei haben Vertreter verschiedener Bundesländer und Verbände so-

wie weitere Sachverständige mitgewirkt, ihr Wissen und ihre Erfahrungen eingebracht. Ihnen sei herzlich gedankt.

Leitlinien sind keine Rechtsnormen und damit nicht rechtsverbindlich. Auch kommt ihnen nicht der Charakter von Verwaltungsrichtlinien zu. Sie sind Orientierungs- und Auslegungshilfe bei der Anwendung der einschlägigen Rechtsvorschriften und nicht Rechtsgrundlage. Sie schränken auch nicht die Zulässigkeit dessen ein, was nach nationalem oder Gemeinschaftsrecht erlaubt ist.

2. Grundlagen

2.1. Ethologie

2.1.1. Sozialverhalten

Pferde sind in Gruppen lebende Tiere, für die soziale Kontakte zu Artgenossen unerlässlich sind. Fehlen diese Kontakte, können im Umgang mit den Pferden Probleme entstehen und bei den Pferden Verhaltensstörungen auftreten. Das Halten eines einzelnen Pferdes ohne Artgenossen widerspricht dem natürlichen Sozialverhalten der Pferde.

Die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Pferden dürfen durch die Haltungsform und ihre konkrete Ausgestaltung nur so wenig wie möglich behindert werden. In jedem Fall ist mindestens Sicht-, Hör- und Geruchskontakt zwischen den Tieren sicherzustellen. Da Pferde ein ausgeprägtes Erkundungs- und Neugierverhalten haben, sollten sie auch am anderweitigen Geschehen im Haltungsumfeld teilhaben können.

Sowohl bei Einzelhaltung als auch bei Gruppenhaltung ist auf das soziale Gefüge und die Verträglichkeit der Pferde untereinander Rücksicht zu nehmen. Dies gilt auch für rasse-, alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede.

Abweichungen von den hier beschriebenen Haltungsbedingungen sind nur in Ausnahmefällen fachlich begründbar. Diese können gegeben sein, bei Pferden, die sich eindeutig als unverträglich im Sinne einer Verhaltensstörung erwiesen haben oder wenn Gefahr für die Gesundheit der betroffenen oder anderer Pferde besteht. Auch Übergangslösungen, z. B. durch die Abgabe eines Tieres, können temporäre Ausnahmen begründen.

Fohlen und Jungpferde dürfen aus Gründen ihrer sozialen Entwicklung nicht einzeln gehalten werden und müssen in Gruppen aufwachsen. Wo immer möglich, sollte die Aufzucht in Gruppen mit Gleichaltrigen erfolgen. Aus Erziehungsgründen ist es von Vorteil in Jungpferdegruppen auch ältere Tiere zu halten.

2.1.2. Bewegungsverhalten

Unter natürlichen Bedingungen bewegen sich Pferde im Sozialverband bis zu 16 Stunden täglich. Dabei handelt es sich normalerweise um langsame Bewegung (Schritt) verbunden mit Futteraufnahme. Pferde haben somit einen Bedarf an täglich mehrstündiger Bewegung.

Mangelnde Bewegung kann die Ursache von Verhaltensstörungen sein und bedingt Schäden, insbesondere am Bewegungsapparat. Darüber hinaus beeinträchtigt Bewegungsmangel auch die Selbstreinigungsmechanismen der Atemwege sowie den gesamten Stoffwechsel.

In allen Pferdehaltungen ist daher täglich für ausreichende, den physiologischen Anforderungen entsprechende Bewegung der Pferde zu sorgen. Kontrollierte Bewegung (Arbeit, Training) beinhaltet nicht die gleichen Bewegungsabläufe wie die freie Bewegung, bei der die Fortbewegung im entspannten Schritt überwiegt, aber auch überschüssige Energie und Verspannungen abgebaut werden können. Daher kann kontrollierte Bewegung die freie Bewegung nicht vollständig ersetzen. Allen Pferden, insbesondere aber Zuchtstuten, Fohlen und Jungpferden muss sooft wie möglich Weidegang und/oder Auslauf angeboten werden.

Bei der Planung von Pferdeställen sollte immer auch geprüft werden, ob ausreichend groß bemessene Auslauf- und/oder Weideflächen verfügbar sind. Eine diesbezüglich ausreichende Flächenausstattung ist insbesondere für Neueinrichtungen unbedingt erforderlich.

2.1.3. Ruheverhalten

Arttypisch für das Fluchttier Pferd sind mehrere Ruhephasen über den 24-Stunden-Tag verteilt. Arttypisch ist das Ruhen im Stehen, in der Bauch- und in der Seitenlage. Um in die durch schnelle Augenbewegungen gekennzeichnete Schlafphase¹ zu gelangen, müssen sich Pferde ablegen. Der Schlafbedarf reduziert sich vom Fohlen bis zum ausgewachsenen Pferd erheblich. Letztere ruhen etwa 7 Stunden am Tag, wovon sie ca. 80 % dösend im Stehen ruhen. Fohlen bis zu einem Alter von 3 Monaten verbringen 70-80 % und Jährlinge etwa 50 % ihrer täglichen Gesamtruhezeit im Liegen.

Der Ruheplatz muss dem Sicherheits- und Komfortbedürfnis genügen, ansonsten legen sich Pferde nicht in die Bauch- und Seitenlage. Zum Liegen bevorzugen Pferde trockenen und verformbaren Untergrund. Auf morastigem Boden legen sie sich nicht bzw. nur ungern ab.

Den Pferden muss arttypisches Ruhen möglich sein. Es ist deshalb sicherzustellen, dass eine ausreichend groß bemessene, trockene und verformbare Liegefläche zur Verfügung steht, damit alle Pferde gleichzeitig in Seitenlage liegen können. In Gruppenhaltungen ist sicherzustellen, dass auch rangniedere Tiere ausreichend Ruhen und Liegen können.

¹ *rapid-eye-movement* (REM) – Schlaf.

2.1.4. Futter- und Wasseraufnahmeverhalten

Das angeborene Verhalten und der Verdauungsapparat des Pferdes sind auf eine kontinuierliche Nahrungsaufnahme eingestellt. Bei der Haltung durch den Menschen dient die Futteraufnahme nicht der Ernährung allein, sondern auch der Beschäftigung. Den Pferden muss genügend Zeit und Ruhe zum Fressen zur Verfügung stehen. Bei Missachtung dieser Gegebenheiten können gesundheitliche Probleme (z. B. Magengeschwüre, Koliken) sowie Verhaltensstörungen auftreten.

Der natürlichen Fresshaltung des Pferdes entspricht die bodennahe Fütterung.

Zur artgemäßen Ernährung des Pferdes ist ausreichend strukturiertes Futter unerlässlich. Falls kein Dauerangebot an rohfaserreichem Futter (ggf. auch Langstroh als Einstreu) erfolgt, ist es mindestens während insgesamt zwölf Stunden täglich anzubieten (Fresspausen möglichst nicht länger als vier Stunden). Gegebenenfalls sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine überhöhte Nährstoffaufnahme zu vermeiden (z. B. engmaschige Heunetze, Sparraufen oder zeitgesteuerte Raufen).

Grundsätzlich muss jedem Pferd, auch in der Gruppe, ein Fressplatz zur Verfügung stehen. Sollte dies nicht der Fall sein (z. B. computergesteuerte Fütterung) muss durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass eine gleichzeitige Aufnahme, zumindest von Raufutter, für alle Pferde möglich ist.

Bei größeren Kraftfuttermengen sind diese auf mehrere, mindestens auf drei Rationen pro Tag zu verteilen. Automatische Fütterungseinrichtungen müssen so gestaltet sein, dass das jeweils fressende Tier nicht von anderen Pferden gestört werden kann, damit es die ihm zustehende Futtermenge in Ruhe aufnehmen kann. Die Funktionsfähigkeit einer automatischen Fütterungseinrichtung ist durch tägliche Kontrolle und regelmäßige Wartung sicherzustellen.

Unabhängig von der Haltungsform muss das Futter hinsichtlich Nährstoff- und Energiegehalt und weiterer qualitätsbestimmender Merkmale sowie hinsichtlich der Menge dem Erhaltungs- und Leistungsbedarf des Einzeltieres entsprechen. Überfütterung ist genauso zu vermeiden wie Mangelernährung.

Futter muss gesundheitlich unbedenklich sein. Behälter, in denen das Futter angeboten wird, sind sauber zu halten. Außenfutterplätze müssen so beschaffen sein und betrieben werden, dass das Futter vor Verderb und Verschmutzung geschützt ist.

Gedankenloses Füttern mit Leckerbissen schafft „unerzogene Bettler“, erzeugt Unruhe im Stall und kann zu unerwünschtem Verhalten führen. Leckerbissen sollten deshalb nur im Zusammenhang mit Erziehung, Ausbildung oder Arbeit als Belohnung gegeben werden.

Wasser muss Pferden grundsätzlich – unabhängig von der Haltungsform – ständig zur Verfügung stehen. Falls dies in Ausnahmefällen nicht möglich ist, muss Wasser mehrmals am Tag, aber mindestens dreimal täglich bis zur Sättigung verabreicht werden. Dies gilt auch für die kalte Jahreszeit. Schnee ist kein Ersatz für eine ausreichende Tränke. Die Ausführungen zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Futters gelten für die Wasserqualität entsprechend. Tränkevorrichtungen müssen sauber sein und täglich auf Verschmutzung überprüft werden. Selbsttränken erfordern darüber hinaus zusätzlich eine tägliche Kontrolle der Funktionsfähigkeit.

2.2. Betreuung und Management

Einleitend wurde bereits auf die Bedeutung der notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten des Pferdehalters hingewiesen. Diese Leitlinien können dabei nur eine theoretische Grundlage bilden; weitere Kenntnisse sowie die erforderlichen Fähigkeiten sollten durch die Teilnahme an geeigneten Kursen und Schulungsmaßnahmen (z. B. der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN), der Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland (VFD), der Zuchtverbände oder der Landwirtschaftskammern) erworben und regelmäßig aufgefrischt werden.²

Um eine angemessene Betreuung der Pferde zu ermöglichen, müssen Pferdehalter über die hierzu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, mit ihren Tieren vertraut sein und dafür Sorge tragen, dass auch die Pferde ausreichend vertraut im Umgang mit Menschen sind. Bezüglich dieser Vertrautheit können erhebliche Unterschiede aus der Nutzungs- und der Haltungsform resultieren. Insbesondere die vergleichsweise geringe Anzahl solcher Pferde, die in naturnahen Habitaten gehalten werden, werden regelmäßig nicht die Vertrautheit mit dem Menschen aufweisen, wie sie für Sport- und Freizeitpferde für notwendig erachtet wird.

Das Wohlbefinden der Pferde muss mindestens einmal täglich überprüft werden; das schließt die Gesundheit und – soweit erforderlich (s. u.) – das Haltungsumfeld ein. Davon kann ggf. abgesehen werden, wenn die Pferde in einer Weise gehalten werden, die eine tägliche Versorgung durch den Menschen unnötig macht. Derart gehaltene Tiere sind in sol-

² Hinsichtlich des Umgangs mit Pferden sowie ihres art eigenen Verhaltens wird hingewiesen auf die Leitlinien „Tierschutz im Pferdesport“. Herausgegeben durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

chen Abständen zu kontrollieren, dass Leiden und Schäden vermieden werden. Diese Haltungsbedingungen sind allerdings nur selten gegeben; sie können sich z. B. aus der Haltung in den bereits erwähnten naturnahen Habitaten ergeben.

Ställe, Stalleinrichtungen und Einfriedungen für Auslauf und Weiden sowie andere Gegenstände, mit denen Pferde in Berührung kommen, müssen aus gesundheitsunschädlichem Material bestehen und so beschaffen sein bzw. angewendet werden, dass sie bei Pferden nicht zu Schmerzen oder vermeidbaren Leiden oder Schäden führen. Alle Haltungseinrichtungen einschließlich Zäune sind in technisch erforderlichen Abständen auf Funktionsfähigkeit und ggf. Verschmutzung zu überprüfen.

2.2.1. Pflegemaßnahmen

Das art eigene Pflegeverhalten des Pferdes sollte durch die Haltungsbedingungen so wenig wie möglich eingeschränkt werden.

Sinnvolle Pflege durch den Menschen ist für das Wohlbefinden des Pferdes unerlässlich. Die Pflege muss ggf. haltungsbedingte Einschränkungen des art eigenen Pflegeverhaltens ausgleichen. Pflegemaßnahmen fördern das Vertrauen der Pferde zum Menschen und sind eine Möglichkeit für soziale Kontakte. Fohlen und Jungpferde sollten in diesem Zusammenhang an den Umgang mit Menschen, das Anbinden, Führen und Hochheben der Hufe gewöhnt werden.

Um die physiologische Funktion des Haarkleides nicht unnötig zu beeinträchtigen, sollen das Eindecken zur Verhinderung des Fellwachstums sowie das Scheren des Fells an den Notwendigkeiten orientiert werden.

Darüber hinausgehende Manipulationen an Haaren, die funktionaler Teil von Organen sind (z. B. Tasthaare) oder besondere Schutzfunktionen haben (z. B. Haare in den Ohrmuscheln), sind ohne veterinärmedizinische Indikation tierschutzwidrig. Das Kürzen von Haaren, die aus den Ohrmuscheln herausragen, ist davon unberührt.

Beim Waschen der Pferde sollte darauf geachtet werden, dass die natürliche Schutzfunktion von Haut und Fell erhalten bleibt. Falls Seifen oder andere Reinigungsmittel verwendet werden, ist es erforderlich, geeignete Produkte maßvoll einzusetzen.

2.2.2. Hufpflege

Fohlen und Jungpferde sind frühzeitig an das Aufhalten der Beine für Hufpflegehandlungen zu gewöhnen. Hufe sind regelmäßig auf ihren Pflegezustand zu prüfen und so zu pflegen, dass die Gesunderhaltung gewährleistet ist. Insbesondere sollten vor und nach jeder Nutzung Sohle und Strahlfurchen gesäubert werden.

Unbeschlagene Pferde sind in der Regel alle 6 bis 8 Wochen auf Stellung und Abnutzung der Hufe zu kontrollieren und nach Bedarf zu korrigieren. Wenn der Zustand der Hufe oder die Nutzung der Pferde es erfordern, ist für fachgerechten Beschlag oder anderweitig geeigneten Hufschutz zu sorgen. Das Beschlagintervall beträgt in der Regel 6 bis 8 Wochen.

Kürzen der Hufe, Verändern der Hufstellung und Hufform, Auswahl und Anbringung von Hufeisen und anderen Hufschutzmaterialien können erhebliche Konsequenzen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Pferde haben. Näheres ist im Hufbeschlaggesetz³ bestimmt.

2.2.3. Tierärztliche Versorgung

Der Pferdehalter muss durch eine artgemäße Haltung, Ernährung und Pflege zur Gesunderhaltung der Tiere beitragen. Bei Erkrankung oder Verletzung eines Pferdes ist rechtzeitig ein Tierarzt hinzuzuziehen. Bei alten Pferden ist häufig ein erhöhter Pflege- und Therapieaufwand erforderlich (z. B. altersgerechte Fütterung, zweimal jährlich Gebisskontrollen, regelmäßige Zahnsanierung).

Darüber hinaus müssen Pferde zur Gesunderhaltung regelmäßig entwurmt werden. Um eine gezielte, planmäßige Behandlung sicherzustellen, dürfen Wurmkuren nur in Absprache mit einem Tierarzt durchgeführt werden.

Gegen Infektionskrankheiten gilt es ebenfalls Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Neben einer guten Bestands- und Haltungshygiene ist hier v. a. die aktive Immunisierung gegen beim Pferd häufig auftretende Krankheitserreger zu nennen. Wegen der besonderen Empfänglichkeit des Pferdes für Wundstarrkrampf ist die Impfung gegen Tetanus aus Tierschutzsicht geboten.

Zu einem guten Haltungsmanagement gehört auch eine einmal jährlich durchzuführende Kontrolle der Zähne.

3. Haltung

3.1. Weide und Auslauf

3.1.1. Witterungsschutz

Arttypischerweise suchen Pferde bei ungünstigen Witterungsbedingungen (z. B. anhaltender Niederschlag, niedrige Temperaturen verbunden mit starkem Wind oder intensive Sonneneinstrahlung bei hohen Temperaturen) oder hohem Aufkommen von Stechinsekten oder anderen Lästlingen einen Witterungsschutz auf.

³ Gesetz über die Reform hufbeschlagrechtlicher Regelungen und zur Änderung tierschutzrechtlicher Vorschriften vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 900 ff.).

Ein Witterungsschutz muss unabhängig vom rassespezifischen Typ vorhanden sein, wenn Pferde ganzjährig oder über einen längeren Zeitraum ganztägig auf der Weide gehalten werden. Auch in anderen Fällen muss geprüft werden, ob ein geeigneter Witterungsschutz erforderlich ist. Nicht notwendig erscheint dieser z. B. dann, wenn die Witterung so ist oder die Zeiträume für die Weide so kurz bemessen sind, dass die Pferde den Witterungsschutz nicht aufsuchen würden oder wenn sie nur so kurz auf die Weide verbracht werden, dass Leiden oder Schäden nicht auftreten können.

Der Witterungsschutz erfüllt nur dann seine Funktion, wenn er alle Tiere gleichzeitig vor ungünstigen Witterungseinflüssen schützen kann. Sowohl ein natürlicher als auch ein künstlicher Witterungsschutz kann diese Anforderung erfüllen. Ein natürlicher Witterungsschutz kann aus Wald, Baum- und Buschgruppen, Felsen oder Ähnlichem bestehen, wobei insbesondere der Schutz gegen die Hauptwindrichtung gewährleistet sein muss. Wenn ein künstlicher Witterungsschutz (Gebäude) errichtet wird, genügt im Sommer, als Schutz vor Sonne und ggf. Belästigung durch Insekten, eine Überdachung ohne Wände.

Die Anforderungen, die an den Liegebereich in einem Offenlaufstall gestellt werden, sind sinngemäß auch auf den Witterungsschutz anzuwenden (vgl. 2.1.3, 3.2 sowie 4.4).

Bei größeren Pferdegruppen sind mehrere kleine Unterstände einem großen Unterstand vorzuziehen. Die Zugänglichkeit muss auch rangniedrigen Tieren möglich sein.

Die vorgenannten Ausführungen über Weiden gelten für Ausläufe entsprechend.

3.1.2. Einzäunung

Die Einzäunung muss so beschaffen sein, dass größtmögliche Sicherheit für Tier und Mensch gewährleistet ist. Dabei sind die arttypischen Verhaltensweisen des Pferdes als Fluchttier und die Besonderheiten seines Gesichtsfeldes zu berücksichtigen. Die Einzäunung muss gut sichtbar, stabil und möglichst ausbruchsicher sein. Die Bedeutung der Stabilität wird bisweilen unterschätzt; sie muss z. B. bei älteren Holzzäunen oder bei alleiniger Verwendung von Elektrozäunen besonders beachtet werden.

Defekte oder unzureichende Einzäunungen, freiliegende Spiralen bei Torgriffen und Torfedern sowie die Verwendung von Stacheldraht und anderen Metalldrähten, ausgenommen gut sichtbare Elektrodrähte, sind tierschutzrelevant. Als *alleinige* Einzäunung ist Stacheldraht oder Knotengitter bei Pferden tierschutzwidrig.

Bei der Zaunausführung sind spezielle Kriterien zu beachten, wie beispielsweise Rasse und Geschlecht der Pferde, Beweidungsform (ganzjährig, zeitweise), Bestandsdichte und Futterangebot, Art, Lage und Größe der Weide (Verkehrsnähe, Risikobereiche) bzw. des Auslaufs

sowie Zaunmaterial. Spitze Winkel und andere Engpässe sind bei der Einzäunung zu vermeiden.

Für die Außenzaunausführung sollten folgende Richtwerte eingehalten werden:

- Zaunhöhe über Grund: $\geq 0,75 \times$ Widerristhöhe (i. d. R. 1/3 des Pfahls im Boden).
- Pfahlabstand: 260 – max. 500 cm je nach Zaunmaterial.
- Querabgrenzung: mindestens 2 – 4 je nach Risikobereich (außer Portionsweiden).
- Höhe der ersten Querabgrenzung über Grund: 40 – 70 cm
(bei Fohlen, kleinen Ponys und Kaltblütern ggf. entsprechend angepasst).
- Abstand der weiteren Querabgrenzungen: je 40 – 70 cm in Abhängigkeit von der Zaunhöhe (bei Fohlen, kleinen Ponys und Kaltblütern ggf. entsprechend angepasst).
- Zaunmaterial: z. B. Holz, Metallrohre, Elektrozaun.
- Elektrogeräte: Impulsgeräte (mind. 2 000 bis max. 10 000 Volt, max. 5 Joule Impulsenergie, mit VDE-, GSE- oder DLG-Prüfsiegel).

Weitere Hinweise können auch dem aid-Heft „Sichere Weidezäune“⁴ entnommen werden.

3.1.3. Boden

Unter natürlichen Bedingungen meiden Pferde arttypischerweise tiefgründigen Morast und versuchen, diesen zu umgehen. Ein vorübergehendes Stehen im Morast hat keine negativen gesundheitlichen Folgen. Gesundheitliche Nachteile wie Strahlfäule und Mauke entstehen, wenn die Tiere andauernd und über einen längeren Zeitraum ausschließlich auf einem mit Exkrementen vermischten morastigen Boden gehalten werden. Auch das Ruheverhalten kann bei (stau)nasser oder tiefgründiger Bodenbeschaffenheit beeinträchtigt werden (vgl. 2.1.3).

Aus diesem Grund müssen alle Pferde, die ganzjährig oder über einen längeren Zeitraum ganztägig im Auslauf gehalten werden, unabhängig vom Rang gleichzeitig auf Flächen stehen können, die nicht morastig aufgeweicht sind. Diese Flächen müssen zusätzlich zum Witterungsschutz zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müssen innerhalb des Auslaufs die Hauptverkehrswege zu den Versorgungs- und Unterstellplätzen morastfrei sein. Ausläufe und Kleinausläufe (*Paddocks*) müssen den hygienischen Anforderungen genügen.

Diesen Anforderungen genügen Naturböden, zumindest in den strapazierten Bereichen, mitunter nicht ausreichend. Ein künstlicher Bodenaufbau kann z. B. aus Tragschicht (erforder-

⁴ Priebe, R., Jahnke, W., Graß, P. und Kulmann, J. (2000; Hrsg.): Sichere Weidezäune. aid Heft 1132/2000, Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid) e.V., Bonn.

lichenfalls mit Drainage), Trennschicht und Tretschicht bestehen. Die Tretschicht sollte staubarm, schnell abtrocknend (keine Staunässe), leicht zu säubern und nicht tiefgründig sein. Empfehlenswert sind zusätzliche Areale, die zum Liegen und Wälzen geeignet sind (z. B. Sandschüttungen). Alle verwendeten Materialien müssen frei von Schadstoffen und möglichen Verletzungsursachen sein. Naturboden in Ausläufen sollte ohne Grasbewuchs sein, da ansonsten die Gefahr für Sandkoliken erhöht sein kann. Ggf. ist die Humusschicht abzutragen.

Je häufiger Pferde auf Naturboden oder ähnlichen Oberflächen Auslauf bekommen, desto besser lernen sie es, ihre Bewegungen den Bodengegebenheiten anzupassen. Das Risiko von Verletzungen des Bewegungsapparates durch schwierige Bodenverhältnisse ist daher bei ungeübten Pferden erhöht. Dieses Risiko kann z. B. auf gefrorenem, unebenem Untergrund bestehen.

3.2. Stallboden und Einstreu

Der Bodenbelag im Aufenthaltsbereich der Pferde muss trittsicher und rutschfest sein sowie den hygienischen Anforderungen genügen. Dazu gehören auch die Stallgasse, Wasch-, Putz-, Beschlag- und Behandlungsplätze sowie die Wege zwischen den einzelnen Bereichen (Stall, Reithalle, Weide etc.).

Der Liegebereich muss trocken und verformbar sein. In Ställen sollten alle Liegeflächen eingestreut sein.⁵ Geeignet sind Einstreumaterialien, die eine gute Nässebindung zeigen. Dabei ist darauf zu achten, dass keine erhöhten Schadgaskonzentrationen (z. B. Ammoniak; vgl. 3.3) entstehen. Je intensiver der eingestreute Bereich von den Pferden benutzt wird, desto häufiger müssen die anfallenden Exkremente und nasse Einstreubereiche entfernt und durch trockene Einstreu ergänzt werden, in der Regel einmal täglich.

Bei der Ausführung des Stallbodens ist darauf zu achten, dass Pferde bevorzugt auf weichen, saugfähigen Böden Harn absetzen.

Die verwendeten Einstreumaterialien (z. B. Langstroh, Strohhäcksel, Hobel- oder Sägespäne) müssen trocken und gesundheitlich unbedenklich sein, d. h. schimmelige, stark staubende Materialien oder giftige Materialien (Imprägniermittel, giftige Hölzer) dürfen nicht verwendet werden.

⁵ Der alleinige Einsatz von Liegematten aus Kunststoff genügt bei Einzelhaltung den Anforderungen nicht. Für die Gruppenhaltung ist der Einsatz von Liegematten noch nicht hinreichend untersucht.

Besonders bei Stroheinstreu muss auf gute Qualität geachtet werden, da Stroh von den Pferden als Raufutter aufgenommen wird.

Die Haltung auf Spaltenböden ist nicht pferdegerecht.

3.3. Stallklima und Lichtverhältnisse

Als ehemaliges Steppentier hat das Pferd einen hohen Licht- und Frischluftbedarf. Seine großen, leistungsstarken Lungen sind auf eine ausgiebige Frischluftversorgung angewiesen, um gesund und funktionsfähig zu bleiben. Unabhängig von der Rasse verfügen Pferde angeborenermaßen über hervorragende Mechanismen (Thermoregulation), um sich der Umgebungstemperatur anzupassen. Bei entsprechender Gewöhnung vertragen Pferde ohne Probleme Hitze und Kälte sowie größere Temperaturschwankungen.

Pferdeställe sollen deshalb so gebaut, betrieben und belüftet werden, dass eine der Außenluft entsprechende Qualität angestrebt wird. Das bedeutet, dass im Stall eine ausreichende Frischluftversorgung und angemessene Luftzirkulation sicherzustellen ist und Staub- sowie Keimgehalt, relative Luftfeuchtigkeit und Schadgaskonzentrationen in einem Bereich gehalten werden, der für die Pferdegeseundheit unbedenklich ist. Dies wird durch eine geeignete Lüftung, Pflege der Einstreu sowie Vorlage von staub- und keimarmen Einstreu- und Futtermitteln erreicht. Staubintensive Arbeitsprozesse sollten in Anwesenheit der Pferde vermieden werden. Nur qualitativ unbedenkliches Raufutter darf Verwendung finden (vgl. 3.2 sowie 2.1.4).

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich vorwiegend auf geschlossene Stallgebäude aber auch auf andere Ställe können die Anforderungen sinngemäß übertragen werden. Bei korrekt angelegten Außenklimaställen ist eine ausreichende Frischluftzufuhr regelmäßig gewährleistet.

Die Stalltemperatur soll der Außentemperatur im Tages- und Jahresrhythmus unter Vermeidung von Extremwerten folgen. Die Beibehaltung einer konstanten Stalltemperatur ist von Nachteil, da die Thermoregulation nicht trainiert wird. Pferde, die in Offenstall- oder Freilandhaltung wechseln sowie Pferde, die an hiesige Klimaverhältnisse nicht angepasst sind, müssen ihre Thermoregulation, bevor sie diesen Klimaverhältnissen ständig ausgesetzt sind, in ausreichendem Maße trainieren können.

Die optimale relative Luftfeuchtigkeit im Stall beträgt 60 – 80 %. Eine andauernde Luftfeuchtigkeit von über 80 % ist zu vermeiden, sofern die Außenklimabedingungen dies zulassen, da Bakterien, Schimmelpilze und Parasiten im feuchten Milieu ideale Vermehrungs-

bedingungen finden. Zudem wird die Möglichkeit der Pferde, ihre Körpertemperatur durch Schwitzen zu regulieren, eingeschränkt.

Durch einen ausreichenden Luftaustausch müssen Wasserdampf, Schadgase, Staub und Keime ab- sowie Frischluft zugeführt werden. Als Richtwert kann eine Luftgeschwindigkeit von mindestens 0,2 m/s angesehen werden. Dabei erhöhen hohe Luftgeschwindigkeiten die Wärmeabgabe der Tiere und sind daher bei hohen Temperaturen wünschenswert. Ganz- oder großflächig auf den Körper auftreffende Luftströmung ist für das Pferd keine Zugluft⁶, auch wenn sie vom Menschen als solche empfunden wird. Eine angepasste Luftströmung kann die Thermoregulation der Pferde unterstützen und sich positiv auf ihre Gesundheit auswirken.

Die Kohlendioxidkonzentration (CO₂) sollte im Pferdestall unter 1000 ppm (0,10 Volumen %) liegen. Ein erhöhter CO₂ - Gehalt weist auf eine ungenügende Lüftung des Stalles hin und kann mit erhöhten Konzentrationen anderer unerwünschter Substanzen (z. B. Bakterien, Staub) verbunden sein.

Ammoniak (NH₃), der hinsichtlich Atemwegserkrankungen und Strahlfäule von Bedeutung ist, ist das wichtigste Schadgas im Pferdestall. Es entsteht durch die mikrobielle Zersetzung von Kot und Harn. Die Ammoniakkonzentration darf 10 ppm nur kurzfristig und ausnahmsweise überschreiten. Durch entsprechende Einstreupflege und ausreichenden Luftaustausch sind erhöhte Konzentrationen zu verhindern.

Schwefelwasserstoff (H₂S) kommt im Pferdestall normalerweise nicht vor. Werden Spuren ($\geq 0,2$ ppm) nachgewiesen, ist dies ein Hinweis auf extrem unhygienische Zustände.

Das natürliche Spektrum des Sonnenlichtes hat starken Einfluss auf das Tierverhalten sowie auf den gesamten Stoffwechsel, wodurch Widerstandskraft, Leistungsfähigkeit und Fruchtbarkeit positiv beeinflusst werden. Deshalb sollen sich Pferde täglich im natürlichen Licht aufhalten können (Auslauf, Außenklappen etc.). Handelsübliche Lichtquellen können das natürliche Spektrum des Sonnenlichts nicht ersetzen.

Die Fensterfläche soll sich auf mindestens $\frac{1}{20}$ der Stallfläche belaufen und bei Verschattung entsprechend größer sein.

⁶ Unter Zugluft versteht man einen Luftstrom, der kälter als die Umgebungstemperatur ist, im Vergleich zur herrschenden Luftbewegung eine hohe Luftgeschwindigkeit hat und nur partiell auf Körperteile auftrifft. Es kommt dadurch zu einem kleinflächigen Kältereiz, der von der Thermoregulation unbeantwortet bleibt. Demgegenüber spricht man von bewegter Luft (Wind), wenn die Temperatur des Luftstroms in etwa der Umgebungstemperatur entspricht. Der Luftstrom trifft dabei auf große Teile der Körperoberfläche. Entsprechend kommt es zu einem großflächigen Kältereiz, auf den die Thermoregulation reagiert (in Anlehnung an MEHLHORN, 1979).

Als Richtwert für die Beleuchtungsstärke sind im Pferdestall mindestens 80 Lux im Tierbereich über mindestens 8 Stunden je Tag anzusetzen.

Tabelle 1 gewährt eine Übersicht über die zuvor erläuterten Stallklimadaten.

Tabelle 1: Richtwerte für das Pferdestallklima.

Merkmal	Richtwert
Lufttemperatur	Stalltemperatur soll Außentemperatur gemäßigt folgen
Relative Luftfeuchtigkeit	60 – 80 %
Luftgeschwindigkeit im Tierbereich	$\geq 0,2$ m/s
Kohlendioxidgehalt der Luft	< 1.000 ppm
Ammoniakgehalt der Luft	< 10 ppm
Schwefelwasserstoffgehalt der Luft	0 ppm

3.4. Haltungsformen und -verfahren

Als Haltungsformen werden die Einzel- und die Gruppenhaltung unterschieden. Diese Haltungsformen sind als unterschiedliche Haltungsverfahren konzipierbar. Tabelle 2, die sich an die Gliederung der Haltungsverfahren durch den „Nationalen Bewertungsrahmen Tierhaltungsverfahren“ anlehnt, gewährt einen Überblick.

Alle Haltungsverfahren sind so zu gestalten, dass sie dem einzelnen Pferd die größtmögliche Entfaltung seines arttypischen Verhaltens ermöglichen, es vor Schäden bewahren und in seiner Entwicklung nicht behindern.

Tabelle 2: Haltungsverfahren für Pferde.

Bezeichnung	Erläuterung
Einzelhaltung⁷	
Ständerhaltung	Anbindehaltung.
Innenbox	Einzelbox in einem Stallgebäude ohne für das Pferd nutzbare Öffnung nach draußen.
Außenbox	Einzelbox in einem Stallgebäude mit einer Öffnung, durch welche das Pferd Kopf und Hals nach draußen richten kann (vgl. Abb. 1).
Außenbox mit Kleinauslauf	Einzelbox in einem Stallgebäude mit ständig zugänglichem, direkt angrenzenden Kleinauslauf (vgl. Abb. 1).
Mehrraum-Außenbox mit Kleinauslauf	Einzelbox in einem Stallgebäude mit über den Kleinauslauf zugänglichem separaten Fressbereich.
Gruppenhaltung	
Einraum-Innenlaufstall	Gruppenlaufstall im Stallgebäude ohne für die Pferde nutzbare Öffnung nach draußen (vgl. Abb. 2).
Mehrraum-Innenlaufstall	Gruppenlaufstall im Stallgebäude ohne für die Pferde nutzbare Öffnung nach draußen, mit Unterteilung in Funktionsbereiche (Fress-, Trink-, Ruhe- und evtl. separater Laufbereich).
Einraum-Außenlaufstall	Gruppenlaufstall im Stallgebäude mit Öffnung(en), durch welche die Pferde Kopf und Hals nach draußen richten können (vgl. Abb. 2).
Mehrraum-Außenlaufstall	Gruppenlaufstall im Stallgebäude mit Öffnung(en), durch welche die Pferde Kopf und Hals nach draußen richten können und mit Unterteilung der Stallfläche in Funktionsbereiche (Fress-, Trink-, Ruhe- und evtl. separater Laufbereich).
Einraum-Außenlaufstall mit Auslauf (Offenlaufstall)	Gruppenlaufstall in einem Stallgebäude mit ständig zugänglichem, direkt angrenzendem Auslauf (vgl. Abb. 3).
Mehrraum-Außenlaufstall mit Auslauf (Offenlaufstall)	Gruppenlaufstall im Stallgebäude mit für die Pferde ständig zugänglichem direkt angrenzendem Auslauf und mit Unterteilung der Fläche in Funktionsbereiche (Fress-, Trink-, Ruhe-, Laufbereich). Der Fress- und Ruhebereich sind i.d.R. über den Auslauf getrennt (vgl. Abb. 3).
Weidehaltung mit Witterungsschutz	Saisonal oder ganzjährig.

⁷ Der Begriff „Einzelhaltung“ besagt nicht, dass an dem jeweiligen Standort nur ein einzelnes Pferd gehalten wird.

3.4.1. Einzelhaltung

Einzelhaltung in Anbindehaltung

Die dauerhafte Anbindehaltung (Ständerhaltung) von Pferden ist tierschutzwidrig.

Einzelhaltung in Boxen

Unerlässlich sind soziale Kontaktmöglichkeiten zu Artgenossen und eine Beschäftigung durch Beobachtung des Haltungsumfeldes. Dies ist durch entsprechende bauliche Einrichtungen wie z. B. permanent zugängliche Kleinausläufe, Außenklappen oder zumindest hälftig zu öffnende Boxentüren zu gewährleisten. Jede Einzelhaltung muss so gestaltet sein, dass die Pferde mindestens Sicht-, Hör- und Geruchskontakt zu ihren Artgenossen haben. Abbildung 1 zeigt zwei Beispiele.

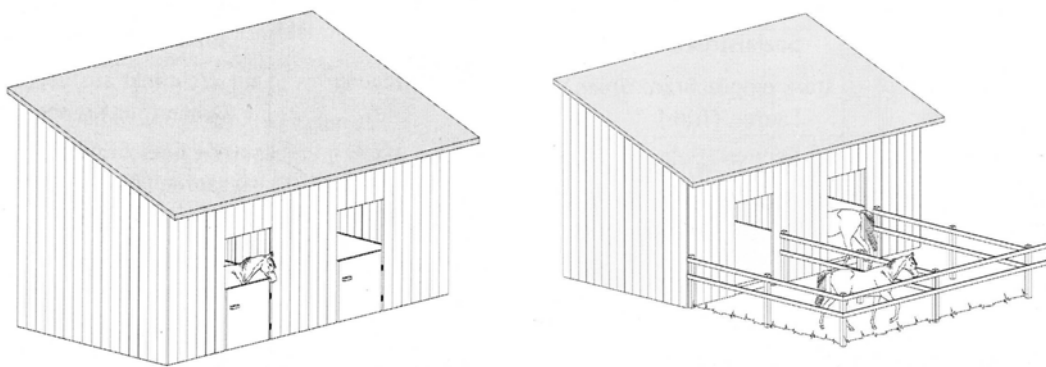


Abbildung 1: Außenbox (links) und Außenbox mit Kleinauslauf.

Hochgeschlossene Trennwände sollten nur in Ausnahmefällen (z. B. Klinik-, Quarantäneställe sowie Abfohlboxen) installiert werden und dann regelmäßig nur unter der Voraussetzung, dass die Pferde mindestens einen Artgenossen über die Frontseite sehen, riechen und hören können.

Zu beachten ist bei der Aufstallung in Einzelboxen, dass miteinander unverträgliche Pferde nicht nebeneinander aufgestellt werden. Erkennungsmerkmale für Unverträglichkeit sind z. B. häufiges Drohen gegen den Boxennachbarn oder Ausschlagen gegen die Trennwand.

3.4.2. Gruppenhaltung

Grundsätzlich sind alle Pferde, unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht und Nutzungsart für die Gruppenhaltung geeignet. Wo immer möglich, sollten Pferde in Gruppen gehalten werden. Dies erfordert eine hohe Qualifikation der für die Pferdehaltung verantwortlichen Person (Kenntnisse und Beurteilungsvermögen des Verhaltens von Pferden), ein fachge-

rechtes Management sowie eine ordnungsgemäße Gestaltung des Haltungsverfahrens. Auch bei der Gruppenhaltung von Pferden bestehen gegenüber den natürlichen Bedingungen Einschränkungen (begrenztes Raumangebot, eingeschränkte Ausweichmöglichkeiten). Deshalb liegt bei dieser Haltungsform eine besondere Herausforderung darin, dass alle Pferde einer Gruppe ihre Grundbedürfnisse befriedigen können.

Folgende Voraussetzungen müssen bei Gruppenhaltung erfüllt werden:

- Schrittweise Eingliederung neuer Pferde in eine bestehende Gruppe.
- Möglichkeit der Separierung einzelner Tiere oder von Untergruppen.
- Aufmerksame Beobachtung von Rangveränderungen in der Gruppe sowie des Befindens der Tiere, um ggf. rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen (vgl. 2.1).
- Herausnahme von auf Dauer nicht integrierbaren Pferden aus der Gruppe.
- Einhaltung der Richt- und Funktionsmaße (vgl. 4).
- Keine Sackgassen und spitze Winkel im gesamten Aufenthaltsbereich der Pferde.

In der Regel sollen Pferde in Gruppenhaltung an den Hinterhufen unbeschlagen sein. Bei Verträglichkeit innerhalb der Gruppe und ausreichender Bewegungsfläche sind Ausnahmen möglich.

Nachfolgend wird auf zwei Merkmale eingegangen, die zur Beschreibung von Gruppenhaltungen von wesentlicher Bedeutung sind: die „Gliederung in unterschiedliche Funktionsbereiche“ und den „Auslauf“. Hinsichtlich der „Klimaführung“ wird auf die vorangegangenen, allgemeinen Ausführungen (vgl. 3.3) verwiesen.

Gliederung in Funktionsbereiche

Im Gegensatz zum Einraumlaufstall wird im Mehrraumlaufstall eine Gliederung des Stalls in unterschiedliche Funktionsbereiche (z. B. Fress-, Lauf- und Liegebereich) vorgenommen. Durch entsprechende stallbauliche Konzepte, welche den spezifischen Anforderungen an die jeweiligen Funktionsbereiche entsprechen und auf die arttypischen Bedürfnisse der Pferde zugeschnitten sind, werden Bewegungsanreize vermittelt und das Risiko von Auseinandersetzungen sowie die Benachteiligung rangniederer Tiere reduziert.

Der Fressbereich sollte möglichst nicht unmittelbar vom Liegebereich aus zugänglich sein.

Die Gliederung sollte den Auslauf einbeziehen. Dadurch kann eine wirksame räumliche Trennung der Funktionsbereiche vorgenommen werden (z. B. Fressbereich in einiger Distanz von der Liegefläche).

Im Mehrraum-Innenlaufstall und im Mehrraum-Außenlaufstall sind die Bedingungen für eine pferdegerechte Gliederung sowie für Bewegungsanreize demgegenüber erschwert. Diese Haltungsverfahren sind nur für Betriebe mit wenig Pferdewechsel und nur für gut aneinander gewöhnte Pferde geeignet.

Eine Haltung in einem gänzlich unstrukturierten, geschlossenen Einraum-Innenlaufstall oder Einraum-Außenlaufstall kann den Anforderungen der Gruppenhaltung von Pferden ausschließlich bei einem seltenen Wechsel der Pferde gerecht werden. Die genannten Haltungsverfahren sind in Abbildung 2 dargestellt.

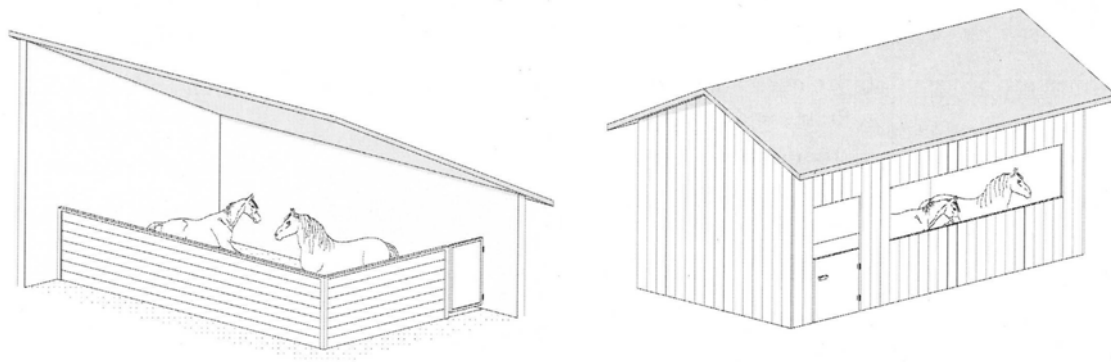


Abbildung 2: Einraum-Innenlaufstall (links) und Einraum-Außenlaufstall.

Es wird empfohlen, innerhalb der Funktionsbereiche Strukturierungen (z. B. Rundläufe um Bäume, liegende Holzstämme) vorzunehmen.

Auslauf

Ställe, die einen dauerhaft zugänglichen Auslauf aufweisen, werden in den vorliegenden Leitlinien als „Offenlaufstall“ bezeichnet (vgl. Tabelle 2). Diese Ställe haben durch den Auslauf immer auch ein Mindestmaß an räumlicher Gliederung. Der Fressbereich ist in diesem Fall innerhalb und / oder außerhalb des Stallgebäudes angeordnet. Abbildung 3 zeigt zwei Beispiele.

Vorteile dieser Haltungsverfahren sind gute Bewegungsmöglichkeiten mit entsprechenden Anreizen, Möglichkeit von Sozialkontakten, aber auch frische Luft und Klimareize, so dass die Pferde aufgrund dieser verhaltensgerechten Unterbringung i. d. R. gesund und ausgeglichen sind. Neben den bereits genannten Voraussetzungen für die Gruppenhaltung müssen

alle den Pferden zugänglichen Gebäude mit mindestens zwei Zu-/Ausgängen (vgl. 4) versehen sein oder über eine offene Frontseite verfügen.

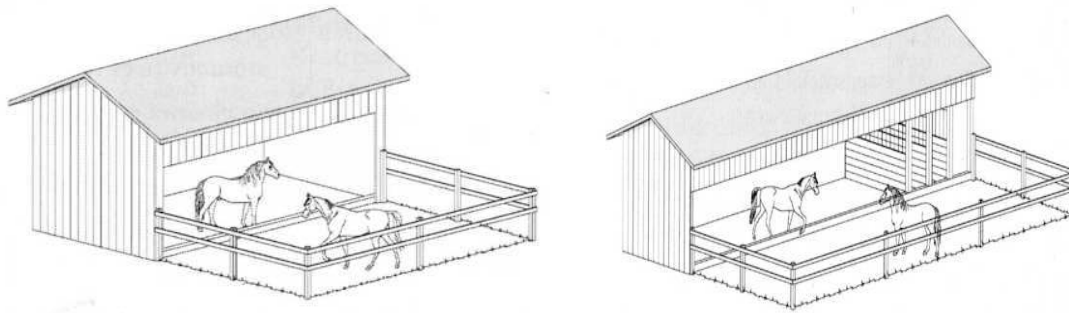


Abbildung 3: Einraum- (links) und Mehrraum-Außenlaufstall jeweils mit Auslauf.

4. Bauausführung und Maße

Die nachfolgend angegebenen Maße sind als Richtwerte anzusehen. Bei der Beurteilung des einzelnen Betriebes ist zu berücksichtigen, dass Haltungsumfeld und Nutzung in sehr komplexer Weise auf das Pferd einwirken. Abweichungen von den Abmessungen sind möglich, wenn diese tierschutzfachlich begründet werden können und die Pferde ein ausgeglichenes Verhalten und einen guten körperlichen Zustand zeigen.

Einige der Maße stellen Mindest- (\geq) oder Höchstmaße (\leq) dar. Bei den anderen Maßen wird die Funktion in der Regel nur dann erfüllt, wenn sie eingehalten werden. Für die Haltung von Fohlen, kleinen Ponys und Kaltblütern sind bei diesen Maßen ggf. Anpassungen erforderlich. Das gilt insbesondere dann, wenn die Maßangaben nicht auf die Widerristhöhe (Wh) bezogen sind. Bei Angaben zur Widerristhöhe handelt es sich um das Stockmaß.

Berechnungsbeispiele finden sich in Abschnitt 5. Angaben von Abständen (z. B. Stababstand) beziehen sich auf die lichte Weite.

Für Minipferde liegen bisher keine hinreichenden Erkenntnisse vor. Hilfsweise sollte bei den nachfolgenden Berechnungen in der Regel eine Widerristhöhe von nicht weniger als 110 cm eingesetzt werden. Ausnahmen gelten z. B. für die Berechnung der Fress- und Tränkenhöhe.

Alle Bauteile und Einrichtungsgegenstände sind so zu gestalten, dass sich Pferde nicht festklemmen oder an scharfen oder hervorstehenden Teilen verletzen können. Erfahrungsgemäß sind Stababstände, Spalten und sonstige Öffnungen mit einer lichten Weite von ca. 6 - 30 cm risikobehaftet (zu Fohlen, kleine Ponys und Kaltblüter s.o.).

4.1. Stallgebäude

- Lichte Deckenhöhe $\geq 1,5 \times Wh$,
Empfehlung für Neubauten: $\geq 2 \times Wh$ (bei Gruppenhaltung $\geq 2,5 \times Wh$).
- Luftraum $\geq 30 \text{ m}^3/500 \text{ kg}$.
- Elektroabgrenzungen in Boxen und Kleinausläufen ($\leq (2 \times Wh)^2/\text{Pferd}$) sind tierschutzwidrig.
- Fenster aus zerbrechlichen Materialien in einer von den Pferden erreichbaren Höhe, müssen gesichert sein.
- Leuchten, Elektroleitungen und –anschlüsse dürfen sich nur in gesichertem Zustand in Reichweite der Pferde befinden.
- Wasserleitungen müssen ausreichend gesichert sein.
- Alle Metallteile müssen geerdet sein.

4.2. Fütterungs- und Tränkeinrichtungen

4.2.1. Fressstände

- Fressstandlänge $\geq 1,8 \times Wh$ (einschließlich Krippe).
- Fressstandbreite = 80 cm.
- Trennwandhöhe $\geq 1,3 \times Wh$.
- In Fressständen, in denen kein Ausfallschritt möglich ist, darf die Futtervorlage nicht auf dem Boden erfolgen. Hier muss die Fressebene auf 20 cm bis maximal 60 cm angehoben werden.
- Bei den Trennwänden ist seitliche Transparenz (Sichtschlitze) zwischen den Pferden erforderlich, ohne dass jedoch gegenseitiges Beißen oder Schlagen möglich ist. Zur Vermeidung von Verletzungen sollten Fressstände im unteren Bereich vollständig geschlossen sein.
- Fressstände werden für Gruppenhaltung empfohlen, können aber durch andere Maßnahmen zur individuellen Futterversorgung ersetzt werden.
- Der Bereich hinter den Fressständen muss ausreichend groß bemessen sein (mindestens $1,5 \times Wh$ Tiefe).

4.2.2. Raufen

- Bei Raufen ist besonders darauf zu achten, dass die Pferde nicht hineinsteigen oder mit den Hufen durch die Stäbe schlagen und hängen bleiben können.
- Stababstand von Senkrechstäben für Raufen ≤ 5 cm (ausgewachsene Pferde).
- Stäbe/Rohre dürfen unter Last nur schwer verformbar sein.
- Wandraufen müssen eine physiologische Fresshaltung ermöglichen (Fressbereich $\leq Wh$). Über Widerristhöhe angebrachte Hochraufen sind ungeeignet (unphysiologische Fresshaltung, Augenentzündungen durch herabfallende Futterbestandteile und Staub).
- In Boxen mit Fohlen besteht die Gefahr, dass sich die Fohlen die Hufe zwischen den Stäben einklemmen. Daher sollten in Boxen mit Fohlen keine Stabraufen installiert sein.

4.2.3. Durchfressgitter

- Stababstand der Senkrechstäbe = 30 - 35 cm.
- Die Fressebene muss auf ca. 20 bis 60 cm angehoben werden, wenn kein Ausfallschritt möglich ist.
- Bei benachbarten Gruppen oder Einzelboxen sollte im Übergangsbereich zwischen den Boxen eine Verblendung vorgenommen werden. Hier sollten die Durchfressgitter über eine Gesamtbreite von ca. 80 cm, mindestens aber 2 Durchlässe, geschlossen oder vergittert sein.

4.2.4. Bodenvorlage

- Die Vorlage von Raufutter am Boden ist ohne Raufe unter Berücksichtigung der allgemeinen hygienischen Anforderungen möglich.

4.2.5. Futterkrippen und -tröge

- Futterkrippen sollten die natürliche Fresshaltung weitgehend ermöglichen.
Empfohlene Höhe der Fressebene $\leq 0,3 \times Wh$ (max. $0,4 \times Wh$).
- Futterkrippen sollten möglichst in Boxenecken angebracht werden.
- Futterkrippen sind so zu installieren, dass jedes Pferd in Ruhe fressen kann.
- Empfohlene Größe rechteckiger Futtertröge: ca. 60 bis 80 x 50 cm.
Bei dreieckigen Futtertrögen sollten die beiden Schenkel, die zur Befestigung dienen, mindestens 50 cm lang sein.

4.2.6. Tränken

- Tränken sollten eine natürliche Trinkhaltung weitgehend ermöglichen.
Empfohlene Höhe des Wasserspiegels = ca. $0,3 \times Wh$ (max. $0,4 \times Wh$).
Nicht pferdegerecht sind Tränken unter Standflächenniveau.
- Anzahl der Tränken in Gruppenhaltung:
Selbsttränkebecken: 1 Tränke für ca. 15 Pferde;
Lange Trogtränken: 1 Tränke für ca. 20 Pferde.
- Tränken sind möglichst entfernt von der Futterstelle anzubringen, um ein ungestörtes Trinken zu ermöglichen sowie Verschmutzungen von Futtertrog und Tränkbecken vorzubeugen.
- Tränken sollten für den Winter frostgeschützt sein.

4.3. Einzelhaltung

4.3.1. Boxen

- Boxenfläche für ein einzeln gehaltenes Pferd $\geq (2 \times Wh)^2$.
- Boxenfläche für eine Stute mit Fohlen $\geq (2,3 \times Wh)^2$
- Länge der Boxenschmalseite $\geq 1,75 \times Wh$.
- Trennwandhöhe:
einfache brusthohe Trennwand: ca. $0,8 \times Wh$;
Trennwand mit Aufsatzgitter $\geq 1,3 \times Wh$.
- Boxenabtrennungen müssen so ausgeführt werden, dass keinesfalls ein Einklemmen der Hufe möglich ist.
- Außendurchmesser der senkrechten Stäbe (Rohre) = 19 - 25 mm (3/4 - 1 Zoll);
Außendurchmesser der waagerechten Stäbe (Rohre) = 38 - 51 mm (1,5 - 2 Zoll).
- Materialstärke der Rohre:
Stäbe/Rohre dürfen unter Last nur schwer verformbar sein.
- Trennwanddicke:
Trennwände müssen durchtrittfest sein. Orientierungsmaße:
Trennwanddicke (bei Ausführung in Hartholz, z. B. Eiche): ca. 4 cm;
Trennwanddicke (bei verleimten Mehrschichtplatten): ca. 2,5 cm.

4.3.2. Türen

- Türhöhe bei Außenboxen und bei Schiebetüren (Laufschiene) $\geq 1,4 \times \text{Wh}$.
- Türbreite $\geq 1,20 \text{ m}$ (Ponys $\geq 1,10 \text{ m}$).
- Bei einer hälftig zu öffnenden Boxentür,
Höhe der unteren Hälfte der Tür $= 0,8 \times \text{Wh}$.

4.4. Gruppenhaltung

- Liegefläche im geschlossenen Laufstall (Einraum-Innenlaufstall, Mehrraum-Innenlaufstall, Einraum-Außenlaufstall oder Mehrraum-Außenlaufstall)
 $\geq (2 \times \text{Wh})^2 / \text{Pferd}$ (Angabe ohne den Platz für den Fressbereich).
- Liegefläche im Offenlaufstall ohne Trennung von Liege- und Fressbereich (Einraum-Außenlaufstall mit Auslauf):
 $\geq (2 \times \text{Wh})^2 / \text{Pferd}$ (Angabe ohne den Platz für den Fressbereich).
- Liegefläche im Offenlaufstall mit Trennung von Liege- und Fressbereich (Mehrraum-Außenlaufstall mit Auslauf):
 $\geq 3 \times \text{Wh}^2 / \text{Pferd}$. Eine Reduzierung ist möglich bis $2,5 \times \text{Wh}^2 / \text{Pferd}$, wenn günstige Voraussetzungen hinsichtlich Raumstruktur und Management vorhanden sind.
Gleiches gilt für den Witterungsschutz (Angabe ohne den Platz für den Fressbereich).
- Jeder Durchgang muss entweder so schmal sein, dass nur ein Pferd hindurch gehen kann ($0,80 - 0,90 \text{ m}$) oder so groß bemessen sein, dass zwei Pferde problemlos aneinander vorbeigehen können ($\geq 1,80 \text{ m}$).
- Für die Ausführung von Abtrennungen gelten die Ausführungen zur Einzelhaltung entsprechend.

4.5. Stallgassen

- Stallgassenbreite bei geschlossenen Boxentüren:
 $\geq 2,00 \text{ m}$ (Kleinpferde) bzw. $\geq 2,50 \text{ m}$ (Großpferde).
- Stallgassenbreite bei hälftig zu öffnenden Boxentüren:
 $\geq 2,50 \text{ m}$ (Kleinpferde) bzw. $\geq 3,00 \text{ m}$ (Großpferde).

4.6. Kleinauslauf⁸

- Kleinauslauffläche für ein einzeln gehaltenes Pferd $\geq (2 \times Wh)^2$.
- Kleinauslauffläche für eine Stute mit Fohlen $\geq (2,3 \times Wh)^2$.

4.7. Auslauf

- Auslauffläche:
bis 2 Pferde $\geq 150 \text{ m}^2$,
bei mehr als 2 Pferden, für jedes Pferd zusätzlich 40 m^2 .
- Eine rechteckige Ausführung des Auslaufs wird empfohlen (Erhöhung des Bewegungsanreizes).
- Raumteiler im Auslauf sind für Pferdeguppen anzuraten.

5. Beispiele

Die nachfolgende Berechnung der Abmessungen erfolgt nach den Angaben im vorangegangenen Abschnitt. In den folgenden Tabellen werden Beispiele für drei Widerristhöhen angegeben.

Tabelle 3: Mindestdeckenhöhe in Stallgebäuden, am Beispiel dreier Widerristhöhen (bei Gruppenhaltung ist regelmäßig eine höhere Decke erforderlich, für Neubauten werden höhere Decken empfohlen, vgl. 4.1).

	Widerristhöhe		
	1,30 m	1,48 m	1,68 m
Deckenhöhe [m]	1,95	2,22	2,52

⁸ Direkt an die Box angrenzend, vgl. Tabelle 2.

Tabelle 4: Mindestmaße für die Gruppenhaltung, am Beispiel dreier Widerristhöhen.

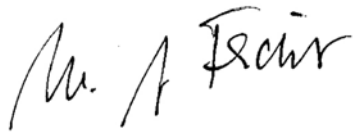
	Widerristhöhe		
	1,30 m	1,48 m	1,68 m
Liegefläche/Pferd [m ²] im geschlossenen Laufstall (ohne Auslauf)			
	6,76	8,76	11,29
Liegefläche/Pferd [m ²] im Mehrraum-Außenlaufstall mit Auslauf			
	5,07	6,57	8,47
Fressstandlänge [m]			
	2,34	2,66	3,02
Trennwandhöhe der Fressstände [m]			
	1,69	1,92	2,18

Tabelle 5: Mindestmaße für die Einzelhaltung, am Beispiel dreier Widerristhöhen.

	Widerristhöhe		
	1,30 m	1,48 m	1,68 m
Boxenfläche [m ²] für ein einzelnes Pferd			
	6,76	8,76	11,29
Boxenfläche [m ²] für eine Stute mit Fohlen			
	8,94	11,59	14,93
Mindestlänge der Schmalseite der Box [m]			
	2,28	2,59	2,94
Höhe der Trennwand [m] mit Aufsatzgitter			
	1,69	1,92	2,18
Türhöhe [m] einer Boxenaußentür und von Schiebetüren (Laufschiene)			
	1,82	2,07	2,35
Höhe [m] der unteren Hälfte einer Boxenaußentür			
	1,04	1,18	1,34
Fläche [m ²] eines Kleinauslaufs			
	6,76	8,76	11,29

6. Weiterführende Literatur

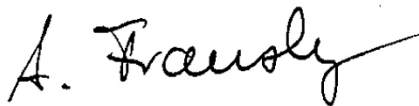
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.)(1992): Leitlinien Tierschutz im Pferdesport. Berlin.
- FN (Hrsg.)(2003): Richtlinien für Reiten und Fahren. Band 4: Haltung, Fütterung, Gesundheit und Zucht. FN-Verlag, Warendorf.
- Hoffmann, G. (2009): Orientierungshilfen Reitanlagen- & Stallbau. FN-Verlag, Warendorf.
- Islandpferde- Reiter- und Züchterverband e. V. (Hrsg.)(2009): Bemerkungen zur artgerechten Haltung von Islandpferden. Bad Salzdetfurth.
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (Hrsg.)(2006): Nationaler Bewertungsrahmen Tierhaltungsverfahren. KTBL-Schrift 446, Darmstadt.
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (Hrsg.)(2008): Gruppenhaltung von Pferden. KTBL-Heft 80, Darmstadt.
- Kurtz, A.; Pollmann, U.; Schnitzer, U.; Zeeb, K. (2000): Gruppenhaltung von Pferden. Eingliederung fremder Pferde in bestehende Gruppen. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Freiburg, Freiburg.
- Mehlhorn, G. (1979): Lehrbuch der Tierhygiene. VEB Gustav Fischer Verlag, Jena.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bezirksregierung Weser-Ems, Dez. 509, Tierschutzdienst Niedersachsen (Hrsg.)(1999): Empfehlungen zur Freilandhaltung von Pferden. Hannover und Oldenburg.
- Pirkelmann, H.; Ahlswede, L.; Zeitler-Feicht, M. H. (2008): Pferdehaltung. Eugen Ulmer Verlag, Stuttgart.
- Priebe, R.; Jahnke, W.; Graß, P.; Kulmann, J. (2000): Sichere Weidezäune. aid Heft 1132/2000. Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid) e.V., Bonn.
- Zeitler-Feicht, M. H.; Buschmann, S. (2002): Überprüfung der Ständerhaltung von Pferden auf Tiergerechtigkeit. In: Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (Hrsg.) Aktuelle Arbeiten zur artgemäßen Tierhaltung 2001. KTBL-Schrift 407: 193 - 407.
- Zeitler-Feicht, M. H. (2008): Handbuch Pferdeverhalten. 2. überarbeitete Auflage, Eugen Ulmer Verlag, Stuttgart.



Dr. Margit H. Zeitler-Feicht
Lehrstuhl für Ökologischen Landbau
AG Ethologie, Tierhaltung und
Tierschutz,
Wissenschaftszentrum Weihenstephan
für Ernährung, Landnutzung und Umwelt
Technische Universität München



Dr. Christiane Müller
Sachverständige für Pferdehaltung,
-zucht und -sport ö.b.v.
Trenthorst



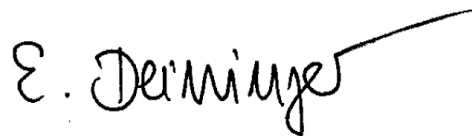
Dr. Andreas Franzky
Niedersächsisches Landesamt für
Verbraucherschutz und
Lebensmittelsicherheit
Tierschutzdienst
Lüneburg



Dr. Michael Pettrich
Amt für Veterinärwesen und
Verbraucherschutz
Göppingen



Dr. Willa Bohnet
Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz
Bramsche



Dr. Elke Deininger
Deutscher Tierschutzbund
Bonn



Dr. Michael Düe
Deutsche Reiterliche Vereinigung (FN)
Warendorf



Dr. Peter Witzmann
Bundestierärztekammer
Bonn

Die Leitlinien können unentgeltlich beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Postfach, Referat Tierschutz, 53107 Bonn, bezogen werden. Eine Vervielfältigung der Leitlinien ist ohne Genehmigung gestattet, jedoch nur unverändert und vollständig

Herausgeber

Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Referat Tierschutz

Postfach, 53107 Bonn
Internet: www.bmelv.de

Text

Sachverständigengruppe tierschutzgerechte Pferdehaltung

Stand

Juni 2009

Gestaltung

BMELV

Abbildungen

Bundesamt für Veterinärwesen, Schweiz

Druck

BMELV

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
www.bmelv.de

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Ausdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Akademie für Tierschutz
Spechtstr. 1
85579 Neubiberg
Tel: 089/600291-0
Fax: 089/600291-15

Checkliste für das Vorliegen eines echten Falls von Tierhorten **(„Animal hoarding“)**

(Beetz, Gross, Wilczek, Deininger – Stand 05/08)

Wenn die folgenden drei Kriterien erfüllt sind, handelt sich um einen beginnenden Fall von Tierhorten.

- Es werden mehr als die durchschnittliche Anzahl Tiere gehalten (Anlehnung an durchschnittliche Tierhaltung in Deutschland: bis ca. 3 Hunde, ca. 3-4 Katzen, ca. 5 Nager, etc.)
- Es leben für das vorhandene Platzangebot zu viele Tiere in den Räumlichkeiten bzw. auf dem Gelände (Minimalanforderungen nach TSchG, Einschätzung des Veterinärs)
- Die Person zeigt trotz überdurchschnittlich hoher Tierzahl und zu geringem Raumangebot keine Einsicht, dass der Tierbestand reduziert werden muss

Je mehr der folgenden Kriterien erfüllt sind, desto fortgeschrittener ist der Fall von Tierhorten.

1. Tierbestand

1.1 Unterbringung

- Der hygienische Zustand der Wohnung/des Geländes ist bedenklich (Kot/Urin auf dem Boden, mit Fäkalien deutlich verschmutzte Katzenklos, Käfige oder Zwinger, überweidete verschlammte Weideflächen)

1.2 Fütterung

- Die Tiere sind unterernährt, fehlernährt, es ist kein oder nur verschmutztes Trinkwasser bereitgestellt

1.3 Pflege

- Die Tiere sind krank und werden trotz bestehender gesundheitlicher Beschwerden nicht nachweislich tiermedizinisch versorgt, erforderliche Nachversorgung durch den Tierhalter unterbleiben
- Die Tiere sind nicht geimpft
- Der Pflegezustand der Tiere ist bedenklich (verkotetes und/oder verfilztes Fell, Ohrenentzündungen, Zahnstein, Ungezieferbefall, fehlende Huf- und Klauenpflege)
- Es findet innerhalb der Spezies trotz fehlender Kastration ohne aktives Verfolgen von Zucht keine Geschlechtertrennung statt – die Tiere vermehren sich unkontrolliert
- Es werden tote Tiere zwischen den lebenden Tieren aufgefunden

2. Tierhalter

2.1 Sozialkontakte und Finanzen

- Die Person hat kaum noch Sozialkontakte
- Die Person ist aufgrund der Lage (Verschmutzung, Anzahl der Tiere) in ihrem Befinden und sozialen Verpflichtungen stark behindert (Miete, Selbstversorgung, Geldmangel)
- Die Person kann die finanziellen Belastungen einer solchen Anzahl von Tieren trotz idealen Wirtschaftens nicht aus ihren eigenen Einnahmen bestreiten

2.2 Verhalten

- Die Person versteckt vor anderen die Gesamtzahl der Tiere, verheimlicht Umstände und verweigert Außenstehenden den Zutritt zum Areal und den Kontakt zu den Tieren
- Die Person weigert sich trotz offensichtlicher und zahlreicher Begründungen des Veterinärs davor, dass Tiere weitervermittelt werden
- Die Person sammelt aktiv weitere Tiere (oft aus dem Bereich Tierschutz, Schlachthof- Abkauf etc.)
- Die Person hat keinen individueller Bezug mehr zu den Tieren
- Die Person hat sich bereits zuvor rechtlichen Schritten durch Umzug mit den Tieren entzogen

2.3 Problembewusstsein

- Die Person zeigt trotz offensichtlich schlechten Zustandes der Tiere kein Einsehen für das Vorliegen eines Problems
- Die Person zeigt sich trotz offensichtlich untragbaren hygienischen Zustands der Wohnung/des Geländes, keine Einsicht für das Vorliegen eines Problems
- Die Person weigert sich ohne eine offensichtliche Begründung Tiere zu kastrieren lassen, obwohl es zu einer unkontrollierten Vermehrung kommt
- Die Person verweigert trotz schwer kranker und leidender Tiere die Euthanasie durch den Tierarzt

3. Informationen zur Person

Lebt die Person allein, ist sie / er in einer Partnerschaft oder hat seine Familie um sich?
(bitte zutreffendes einkreisen)

Alter: _____

Geschlecht : _____

Wird ein Beruf ausgeübt, wenn ja welcher? : _____

Wenn soziale Kontakte vorhanden sind, zu wem?

Bestehen evtl. seelische Krankheiten (erste, oberflächliche Einschätzung)? (bitte zutreffendes einkreisen)?

Demenz

Sucht (Alkohol, Drogen, Medikamente..)

Zwang/Depression/Angst

Bindungsstörungen

AD(H)S. Psychose/Borderline

Behinderungen

andere: _____

Handelt es sich um einen aktiven Sammler? ja/nein

Sind missionarische Ambitionen zu erkennen?

(„Rettertyp“, „Befreier“, Radikalität gegen Euthanasie, „Ärzte sind schädlich für die Tiere“)

(bitte zutreffendes einkreisen)



Bonn, den 23.03.2009

Hintergrundinformationen zu Animal Hoarding

Baumschulallee 15
53115 Bonn
Tel: 0228/60496-0
Fax: 0228/60496-40

E-Mail:
bg@tierschutzbund.de

Internet:
www.tierschutzbund.de

Animal Hoarding – was ist das?

„Polizei hebt Tierhölle aus – Messie-Frau hauste mit 24 Hunden und 2 Katzen“, „35 Hunde im Wohnzimmer“, „Vier Kinder, vierzehn Hunde – Polizei räumt völlig verwahrloste Wohnung“, „Frau verwandelte Wohnung zum Stall“, „Wenn Tierliebe zur Tierqual wird“...

Diese und ähnliche Schlagzeilen häufen sich in unseren täglichen Medien und stellen einen Versuch dar, das Phänomen des „Tiersammelns“ zu erfassen. Was jahrelang einseitig als Tierschutzfall beschrieben wurde, erhält eine zweite Dimension – die Seite des psychisch kranken Menschen.

Der englische Begriff „Animal Hoarding“ kann mit Tiersammel-Sucht oder Tierhorten übersetzt werden. Es beschreibt ein Krankheitsbild, bei dem Menschen Tiere in einer großen Anzahl halten, sie aber nicht mehr angemessen versorgen können. Es fehlt an Futter, Wasser, Hygiene, Pflege und tierärztlicher Betreuung. Der Halter ist aber nicht oder nur eingeschränkt in der Lage zu erkennen, dass es den Tieren in seiner Obhut schlecht geht.

Der Blick auf den Menschen

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen, die bisher verfügbar sind, stammen aus den USA. 1997 gründete sich hier eine interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeitsgruppe (Hoarding of Animals Research Consortium – HARC). 1999 wurde die erste systematische Studie veröffentlicht. Hiernach sind statistisch gesehen:

- 76 Prozent der Animal Hoarder weiblichen Geschlechts
- 46 Prozent über 60 Jahre alt
- mehr als 50 Prozent allein lebend
- knapp 60 Prozent der Kranken nehmen das Problem nicht wahr
- häufigste betroffene Tierarten: Katzen (65 Prozent) und Hunde (60 Prozent)
- durchschnittliche Anzahl der Tiere: 39 (in vier Fällen mehr als 100)
- in 69 Prozent der Fälle ist der Boden der Wohnung mit Exkrementen der Tiere bedeckt (bei einem Viertel der Fälle sogar das Bett des Hoarders)
- in 80 Prozent der ausgewerteten Fälle gibt es kranke und tote Tiere

Auch wenn diese Statistik aus den USA stammt und sich sicherlich nicht eins zu eins auf deutsche Verhältnisse übertragen lässt, gibt sie doch ein paar Hinweise auf den „typischen“ Hoarder. Wichtiger als die oben dargestellte Statistik ist die ebenfalls auf Grundlage von amerikanischen Studien erarbeitete Einteilung in verschiedene Hoarder-Typen:

1. Übertriebener Pfleger

- versucht sich um die Tiere zu kümmern
- kann Probleme nicht effektiv lösen
- alles wächst ihm über den Kopf
- Tiere vermehren sich (mehr passiv, nicht so sehr aktiver Sammeltyp)
- introvertiert, sozial isoliert
- spielt die Probleme herunter (aber leugnet sie in der Regel nicht vollständig)
- Tiere haben für ihn einen hohen Stellenwert (sieht Tiere als Menschen)



Nicht selten leben die Menschen selbst unter unhygienischen Umständen. Wichtig: Dies trifft jedoch nicht auf alle Menschen, die an Tiersammel-Sucht leiden, zu.

2. Retter / Befreier

- Tiere aufnehmen versteht er als Mission
- hat eigene Todesangst und lehnt Euthanasie von Tieren strikt ab
- glaubt, dass er der einzige ist, bei dem es die Tiere gut haben
- starke aktive Sammel Tendenz, irgendwann überschreitet die Anzahl der Tiere die Möglichkeiten der Versorgung
- kann kein Tier ablehnen
- vermeidet Autoritäten / Weisungen werden nicht befolgt
- ist nicht unbedingt sozial isoliert

3. Züchter

- schafft sich die Tiere an, mit dem Vorsatz, sie zu züchten, auszustellen und zu verkaufen
- verliert im Laufe der Zeit immer mehr den Überblick über seinen „Tierbestand“, den er ausschließlich für Ausstellungs- und Verkaufszwecke vermehrt hat
- Tiere vermehren sich weiter; der Verkauf findet nicht oder nur eingeschränkt statt; die Tierbestände wachsen.

4. Ausbeuter

- Tiere werden aus eigennützigen Zwecken angeschafft
- Mensch ist egoistisch, oft narzisstisch, hat keine Schuldgefühle oder Mitgefühl (fehlende Empathie)
- Auftreten ist selbstbewusst
- können Behörden und andere Menschen beeindrucken und lange in die Irre führen („gute Schauspieler“)

Selbstverständlich existieren nicht nur die vier dargestellten „Hoarder-Typen“ in Reinform. Es gibt auch Übergänge und Zwischenformen – vor allem im Anfangstadium.

Die psychischen Hintergründe, die zum unkontrollierten Sammeln und Halten von lebenden Tieren führen, sind sehr uneinheitlich. Suchtkrankheiten können ebenso Ursache sein wie Zwangskrankheiten sowie die gesamte Palette von Neurosen (Depressionen, Angst, Beziehungsstörungen und andere.). Daneben können Persönlichkeitsstörungen wie zum Beispiel Borderline und Psychosen (Schizophrenie, manisch-depressive Erkrankungen) ursächlich für das Entstehen von Animal Hoarding sein. Relativ häufig finden sich bei den Tiersammlern auch Alterserkrankungen (Demenz, Alzheimer) und A(D)HS (Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Syndrom).

Aber auch hier wird klar, dass es nicht die eine Ursache gibt, sondern es liegen oft mehrere Gründe vor. Häufig finden sich massive Verletzungen und Kränkungen in der Krankheitsgeschichte des Hoarders, was dazu führt, dass er sich vom Menschen abwendet. Diese inneren Konflikte und ungelösten Probleme sammelt der Mensch im Laufe seiner Lebensgeschichte an. Häufig eskaliert die Situation bedingt durch eine konkrete Situation (zum Beispiel Tod eines nahen Angehörigen, Scheidung, Arbeitslosigkeit) oder das subjektive Erleben einer individuellen Katastrophe, die von Außen vielleicht gar nicht zu erkennen ist. Man könnte sagen, dass der Auslöser der letzte Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Beim Tier wird zunächst „Trost“ und „Ersatz“ gesucht, bis das Tier selber zum Opfer wird.

Animal Hoarding, das „Tierhorten“ oder die „Tiersammel-Sucht“, ist eine ernste psychische uneinheitliche Störung des Menschen, die zum unkontrollierten Sammeln und Halten von lebenden Tieren führt. Die Menschen sind definitiv behandlungsbedürftig. Ohne professionelle Therapie ist die Tiersammel-Sucht nicht zu stoppen.

Der Blick auf das Tierleid

Das Elend der Tiere ist unbeschreiblich groß. Oftmals wird erst am Tag der Sicherstellung durch Behörden und Tierschützer das volle Ausmaß des Tierschutzfalles sichtbar: Eine riesige Anzahl von verwahrlosten, kranken und nicht selten auch toten Tieren kommt zum Vorschein. Hinzu kommt, dass häufig die Unterkünfte der Tiere und in vielen Fällen auch der Wohnraum der Menschen mit Exkrementen und Müll übersät sind.

Das Tierelend wird im Folgenden anhand des Beispiels einer Pferdeherde dargestellt, welche unter einem Hoarder zu leiden hatte:

Hengste, Wallache, Stuten und Fohlen wurden zusammen auf einer Weide gehalten. Rangordnungskämpfe mit Verletzungen und eine ständige Vermehrung des Pferdebestandes waren die Folgen. Die Pferde tummelten sich auf unstrukturierten Matschkoppeln. Bei Regenwetter standen die Pferde bis zu den Sprunggelenken im Matsch. Da eine derartig geschädigte Bodenoberfläche auch bei drei Tagen Sonnenschein nicht abtrocknet, standen die Pferde dauerhaft im Morast.



Die Pferde standen tief im Morast – Futter wurde einfach in Matsch geworfen.

Das Heu wurde einfach auf die Matschkoppeln geworfen und nicht in dafür notwendigen Vorrichtungen untergebracht. Ein Großteil des Heus wurde zertrampelt sowie von ebenfalls auf dem gleichen Gelände gehaltenen Schweinen als Suhl- und Mistplatz genutzt. Parasiten, die auf der Haut nicht zu übersehen waren, konnten sich ungehindert ausbreiten. Die meisten Pferde wiesen massive Schäden in der Haut- und Fellbeschaffenheit auf.

Viele alte Pferde hatten nicht mehr die Energie, sich bei den ständigen Rangordnungskämpfen durchzusetzen und wurden von den Futterplätzen vertrieben. Etliche waren bis zu den Knochen abgemagert, viele starben. Pferdeleichen lagen teilweise tagelang auf dem Hof herum, bis sie beseitigt wurden.

Zahlreiche Pferde wiesen offene Wunden auf, die sie sich in den ständigen Auseinandersetzungen zuzogen. Aber auch viele alte unbehandelte Schäden waren sichtbar: hochgradige Beinverletzungen mit Lahmheiten, Hufdeformationen und vermutlich auch alte Frakturen.



Die Hufe der Pferde wurden nicht gepflegt und so kam es zu schlimmsten Hufdeformationen.

Das ganze Jahr waren trächtige Stuten in der Gruppe. Die Geburtstermine waren nicht bekannt. Teilweise wurden kleine Ponystuten durch Großpferdhengste gedeckt. Alte und kranke Stuten, die vom Schlachter „gerettet“ wurden, waren jedes Jahr tragend. Stuten gingen bei der Geburt grausam ein und auch für viele neugeborene Fohlen gab es keine Überlebenschance: Zum einen führte der tiefe Matsch, zum anderen die ständigen Rangordnungskämpfe in der Herde dazu, dass Fohlen nach der Geburt starben. Ein Teil der Fohlen wurde tot getrampelt.



Dieses Fohlen hatte keine Chance zu überleben.

Die Pferde waren in einem katastrophalen Pflege- und Gesundheitszustand. Sie waren tiermedizinisch völlig unterversorgt. Dringend nötige Zahn- oder Hufbehandlungen wurden oftmals nicht durchgeführt.

Das Leid der Tiere, hier am Beispiel einer Pferdeherde dargestellt, ist in jedem Fall von Animal Hoarding unbeschreiblich groß. Ähnliche Beschreibungen gibt es von Katzen oder Hunden, die zu Massen in Wohnungen oder Hinterhöfen gehalten werden, oder aber auch von Kleintieren wie Ratten, Meerschweinchen oder Kaninchen sowie von Reptilien und Spinnen. Animal Hoarding – die Krankheit, Tiere zu sammeln – kann alle Tierarten betreffen.

Das Problem von Seiten des Tierschutzes

Auch für engagierte tierschutzorientierte Veterinärämter ist der Umgang mit manifesten oder beginnenden Fällen von Animal Hoarding sehr schwierig. Viele Tiersammler schotten sich nach Außen hin ab. Sie halten ihre Tiere in eingezäunten, nicht einsehbaren Grundstücken oder Wohnungen. Oftmals ahnen die Nachbarn bereits längere Zeit, dass etwas nicht stimmt. Aktiv werden sie aber erst dann, wenn ihr eigenes Wohlbefinden leidet (zum Beispiel wegen des Gestanks, ständigem Gebelle). Das Veterinäramt, das dann eingeschaltet wird, versucht Zutritt zu dem Grundstück zu erlangen. Wird ihm das nicht freiwillig gewährt, muss der Amtstierarzt über die zuständige Staatsanwaltschaft das Betretungsrecht erwirken. Hierzu muss das Veterinäramt dem Staatsanwalt Beweise für einen Anfangsverdacht liefern, was aber – bei völliger Abschottung des betreffenden Tierhalters – oftmals in der Praxis schwierig ist.

Selbst wenn das Veterinäramt den Zutritt zum Grundstück erlangt und offensichtliche Mängel feststellt, beginnt oftmals ein jahrelanges „Katz- und Maus-Spiel“. Bis vor kurzem war selbst vielen Veterinärämtern der Begriff „Animal Hoarding“ noch völlig unbekannt. Mit Gesprächen, Bußgeldern und im letzten Schritt durch Tierzahlbegrenzungen oder Beschlagnahme des Tierbestandes versuchen die Veterinärämter, die betreffenden Tierhalter zum „Umdenken“ zu bewegen. Die Tierwegnahme ist dann meist der letzte Schritt, nachdem alle anderen Maßnahmen versagt haben. Bis dahin ist die Situation allerdings häufig bereits so schlimm, dass tote und schwer kranke Tiere im Bestand vorgefunden werden und der Tierbestand stark angewachsen ist.



Eine verwahrloste, alte Hündin, die aus einem Animal Hoarding Fall gerettet wurde.

Ist der Zeitpunkt der Beschlagnahmung der Tiere durch das Veterinäramt gekommen, muss alles ganz schnell gehen und so sind Tierheime plötzlich mit einer großen Anzahl an Tieren konfrontiert. Darunter sind auch sehr häufig schwer kranke, intensiv pflegebedürftige und verhaltensgestörte Tiere. Der Aufwand und die Kosten für die pflegerische und tiermedizinische Versorgung sowie die Unterbringung der Tiere sind enorm. Es sollte auch nicht vergessen werden, welche starken psychischen Belastungen die Konfrontation mit einer oftmals großen Anzahl von verwahrlosten und kranken Tieren für die tierliebenden Tierpfleger in einem Tierheim bedeutet.

Die Höhe der Kosten, die auf ein Tierheim zukommen, wird deutlich am Beispiel eines Hoarding-Falls, in dem circa 60 Hunde beschlagnahmt wurden. Die Kostenberechnung wurde für die Unterbringung von 43 Hunden in einem Tierheim vorgenommen:

Kostenberechnung für den Zeitraum von 138 Tagen in einem Tierheim

Tieranzahl: 43 Hunde – Ø 8,- EUR/Tag – Verweildauer
(Durchschnitt): 146,7 Tage

Unterbringungskosten je Hund:	1.361,13 EUR (1.173,39 EUR + 16 % MWSt.)
Unterbringungskosten der 43 Hunde:	58.528,96 EUR
Tierarztkosten:	6.500,00 EUR
Gesamtkosten:	65.028,96 EUR

Nicht eingerechnet: weitere Tierarztkosten, Fahrtkosten zur Verteilung aller Hunde auf mehrere Tierheime sowie die dort anfallenden Kosten

Ist die betreffende Tierhaltung aufgelöst und „verschwindet“ der Tierhalter aus dem Zuständigkeitsgebiet der Behörde, ist der Fall für viele Veterinärämter „abgeschlossen“. Die regionalen Zuständigkeiten der Veterinärämter erschweren die Weiterverfolgung der verdächtigen Tierhalter. Aber eines ist klar: Animal Hoarding ist eine Krankheit, die nicht durch die Tierwegnahme beendet ist.

Untersuchungen zeigen, dass die Tieraufnahme oftmals bereits kurze Zeit nach der Tierwegnahme wieder von neuem beginnt. Und alle Folgeprobleme wiederholen sich damit ebenfalls (anwachsende Tierzahlen, Verwahrlosung, kranke und tote Tiere und immense Kosten bei Beschlagnahmung).

Schutz der Tiere – Hilfe für den Mensch

Letztendlich bleibt festzuhalten: Animal Hoarding stellt ein drängendes Problem dar. Ohne neue Wege zu gehen, ist es nicht möglich, das Tierschutzproblem nachhaltig zu lösen und dem betreffenden kranken Menschen zu helfen. Aus diesem Grund hat sich im März 2008 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gegründet, in der Tierschutz-Experten der Akademie für Tierschutz (Tierärzte und Rechtsanwälte) gemeinsam mit Psychologen und Amtstierärzten versuchen, das Thema systematisch anzugehen, Informationen auch in Fachkreisen zu streuen, Probleme aufzuzeigen und Lösungen zu erarbeiten.

Es ist wichtig, Animal Hoarding von anderen Tierschutzfällen abzugrenzen und vor allem das Anfangsstadium richtig zu erkennen. Hierfür hat die Arbeitsgruppe bereits eine Checkliste zur Erkennung eines echten Falls von Tierhorten ausgearbeitet. Sie finden die komplette Checkliste (Beetz, Gross, Wilczek, Deininger; Stand: 05/2008) im PDF-Format unten auf dieser Seite: <http://www.tierschutzbund.de/02775.html>

Hier ein Auszug zur ersten Information:

Woran erkenne ich Animal Hoarding?

Wenn die folgenden drei Kriterien erfüllt sind, handelt sich um einen beginnenden Fall von Tierhorten.

- es werden mehr als die durchschnittliche Anzahl Tiere gehalten (Anlehnung an durchschnittliche Tierhaltung in Deutschland: bis zu etwa drei Hunden, drei bis vier Katzen, fünf Nager, etc.)
- für das vorhandene Platzangebot leben zu viele Tiere in den Räumlichkeiten oder auf dem Gelände (Minimalanforderungen gemäß Tierschutzgesetz, persönliche Einschätzung des Veterinärs)
- Person zeigt trotz überdurchschnittlich hoher Tierzahl und zu geringem Raumangebot keine Einsicht, dass der Tierbestand reduziert werden muss

Häufig kann bei einem fortgeschrittenen Fall folgendes beobachtet werden:

- hygienische Zustand der Wohnung/des Geländes ist bedenklich (Kot/Urin auf dem Boden, mit Fäkalien deutlich verschmutzte Katzenklos, Käfige oder Zwinger, überweidete verschlammte Weideflächen)
- Tiere sind unterernährt, fehlernährt, es ist kein oder nur verschmutztes Trinkwasser bereitgestellt

- Tiere sind krank und werden trotz bestehender gesundheitlicher Beschwerden nicht nachweislich tiermedizinisch versorgt, erforderliche Nachversorgung durch den Tierhalter unterbleiben
- Pflegezustand der Tiere ist bedenklich (verkotetes und/oder verfilztes Fell, Ohrenentzündungen, Zahnstein, Ungezieferbefall, fehlende Huf- und Klauenpflege)
- innerhalb der Spezies trotz fehlender Kastration keine Geschlechtertrennung (ohne aktives Verfolgen von Zucht) – Tiere vermehren sich unkontrolliert
- Person versteckt vor anderen die Gesamtzahl der Tiere, verheimlicht Umstände und verweigert Außenstehenden den Zutritt zum Areal und den Kontakt zu den Tieren
- Person weigert sich trotz offensichtlicher und zahlreicher Begründungen des Veterinärs, dass Tiere weitervermittelt werden
- sie zeigt trotz offensichtlich schlechten Zustandes der Tiere und untragbaren hygienischen Zustandes der Wohnung/des Geländes kein Einsehen für das Vorliegen eines Problems

Je nachdem wie weit der Fall fortgeschritten ist, muss entschieden werden, ob eine sofortige Tierwegnahme erfolgt oder ob eine feste Tierzahl auferlegt wird, welche nicht überschritten werden darf. Es ist jedoch immer wieder nötig zu erwähnen, dass ein Verbot, sei es in Form einer Tierzahlbegrenzung oder einem vollständigem Verbot der Tierhaltung, ohne angemessene Begleitung und Kontrolle auf die Dauer wirkungslos bleibt.

Es ist nötig, dem kranken Menschen eine professionelle psychologische Hilfe beiseite zu stellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann eine solche Maßnahme i.d.R. nur freiwillig in Anspruch genommen werden. In Zukunft wäre es wünschenswert, dass Gerichte auch eine solche psychologische Begleitung anordnen können.

Was ist zu tun?

Es ist sehr viel zu tun und wir stehen am Anfang.

- Die Informationen über Animal Hoarding müssen in Fachkreisen (Tierärzte, Amtstierärzte, Juristen, Psychologen, Sozialarbeiter) weiter verbreitet werden.
- Der Amtstierarzt benötigt bei dem Vorliegen eines Verdachtes auf Animal Hoarding ein Zutrittsrecht.
- Es ist ein Zentralregister nötig, auf das alle Veterinärämter Zugriff haben, und in welchem Informationen über Tierhalter, die wegen Verstöße gegen das Tierschutzgesetz aufgefallen sind, abgerufen werden können.
- Forschungsarbeiten aus der Psychologie und Humanmedizin, vor allem im Hinblick auf Therapie und Prophylaxe, sind nötig.

- Um den Menschen und den Tieren zu helfen, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, den kranken Menschen professionell durch geschulte Therapeuten zu helfen.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zur Krankheit, Forschung und zu einzelnen Fällen finden Sie auch auf unserer Website

www.tierschutzbund.de und www.tierschutzakademie.de

Antrag

der Abg. Karl Rombach u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz

Animal Hoarding (krankhaftes Sammeln von Tieren)

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Fälle es davon in Deutschland gibt;
2. ob es im Land Fälle von Animal Hoarding gibt;
3. welche Ursachen das krankhafte Sammeln von Tieren hat;
4. wie im konkreten Fall vorgegangen wird;
5. welche Kosten im Einzelfall entstehen;
6. was sie unternimmt, um die Öffentlichkeit und die Kommunen zu informieren.

20. 04. 2010

Rombach, Dr. Schüle, Fischer, Röhm, Traub CDU

Begründung

Immer wieder berichten die Medien von Fällen, bei denen Menschen krankhaft Tiere sammeln. Dabei sollen sowohl die Tiere als auch die Tierhalter oft einer Verwahrlosung ausgesetzt sein. Kommunen und Tierheime, die hier eingreifen müssen, stehen vor einem Berg von Aufgaben. Bei solchen Fällen entstehen offenbar riesige Kosten. Der Antrag soll ausloten, inwiefern dies auch ein Problem in Baden-Württemberg ist.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 14. Mai 2010 Nr. Z (34) – 0141.5/ nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Sozialministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Fälle es davon in Deutschland gibt;

2. ob es im Land Fälle von Animal Hoarding gibt;

Zu 1. und 2.:

Das krankhafte Sammeln von Tieren wurde bundesweit bislang nicht systematisch statistisch untersucht. Derzeit läuft eine entsprechende Umfrage im Rahmen einer Dissertation an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Für Baden-Württemberg hat das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz eine aktuelle Umfrage bei den Veterinärbehörden durchgeführt mit der Vorgabe, Fälle von Animal Hoarding in den Jahren 2007 bis 2009 mitzuteilen.

Definiert wurde „Animal Hoarding“ hierbei folgendermaßen:

1. Es handelt sich um Heimtiere oder Exoten oder hobbymäßig gehaltene Nutztiere einschließlich Pferde,
2. die Tierzahl überschreitet den „normalen“ Umfang (z. B. mehr als 3 Hunde, 5 Katzen, 10 Vögel, Kleintiere, Schafe o. ä.) und
3. der Fall geht mit einer erheblichen und länger andauernden Verwahrlosung der Tierhaltung, ggf. auch des Wohnumfelds einher.

Die „psychologische Einschätzung“ der betreffenden Tierhalter/Betreuer soll für die Einordnung als Fall von Animal Hoarding nicht ausschlaggebend sein.

Die 44 Unteren Verwaltungsbehörden in Baden-Württemberg haben Folgendes berichtet:

Zahl der Fälle in den 3 Jahren des Berichtszeitraums: 88.

Betroffene Tierarten: Übliche Heimtiere wie Hunde, Katzen, Kaninchen, Goldhamster, Wellensittich, aber auch Pferde und Exoten wie Waschbär, Schildkröten und andere Reptilien.

Betroffene Tierzahl: Hierzu liegen keine exakten Zahlen vor. Nach einer aktuellen Darstellung des Landestierschutzverbandes sind aber regelmäßig größere Bestände, bis über 100 Tiere in einem einzigen Fall, kurzfristig unterzubringen.

3. welche Ursachen das krankhafte Sammeln von Tieren hat;

Zu 3.:

In den USA ist „Animal Hoarding“ als Erkrankung anerkannt. Das Verhalten ist gekennzeichnet durch einen suchtartigen Realitätsverlust, der dazu führt, dass das Sammeln oder Züchten von Tieren nicht mehr kontrolliert werden kann und die real existierenden Probleme in der Tierhaltung verdrängt werden.

Animal Hoarding ist Symptom einer multifaktoriellen psychischen Störung mit hauptsächlich folgenden Komponenten:

- *Zwangsanteile* (zwanghaftes Sammeln, auch anderer Dinge)
- *Suchtanteile*
- *Kontrollverlust* (Unfähigkeit, den Tierbestand adäquat zu kontrollieren, z. B. durch Verkaufen, Kastrieren etc.)
- *Selbstvernachlässigung* (eigener Lebensbereich wird aufgegeben)
- *Depression*

In der US-amerikanischen Literatur sind 4 Haupttypen von „Hoardern“ definiert. Diese sind:

- *Züchter* hält Tiere ursprünglich zum Zweck der Ausstellung und/oder Veräußerung
- *Ausbeuter* hält Tiere zur eigenen Aufwertung (zum Angeben, Repräsentieren)
- *Pfleger* versucht, sich um Tiere zu kümmern, die Tiere haben sehr hohen Stellenwert
- *Retter* sammelt aktiv Tiere „zu deren Schutz“ vor Tötung, Kastration etc.

(Angaben aus Vortrag Munz, Uni Hohenheim, April 2010, modifiziert)

4. wie im konkreten Fall vorgegangen wird;

Zu 4.:

Die einzelnen Fälle unterscheiden sich in Art und Ausmaß naturgemäß erheblich.

Aufgabe der Veterinärbehörden ist es, die ordnungsgemäße Haltung der Tiere sicherzustellen. Die Behörde trifft hierzu die erforderlichen Maßnahmen, die rechtlichen Grundlagen bieten die §§ 16 bis 20 a des Tierschutzgesetzes sowie das allgemeine Verwaltungsverfahrens- und Vollstreckungsrecht.

Infrage kommen insbesondere: Kontrolle und ggf. Untersuchung des Tierbestandes (häufig erst nach Verschaffung eines Zutritts zu Wohnräumen möglich), mündliche/schriftliche Belehrung, Anordnung von Maßnahmen (z. B. Behandlung von Tieren, Reduzierung des Bestandes, ggf. Tierhaltungsverbot), Androhung/Festsetzung von Zwangsmitteln, Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren.

Bei Fällen von Animal Hoarding stellt sich darüber hinaus bei den betroffenen Personen die Frage der Aufarbeitung der Probleme in einer psychotherapeutischen Behandlung.

5. welche Kosten im Einzelfall entstehen;

Zu 5.:

Die den Behörden entstehenden Kosten sind mit vertretbarem Aufwand nicht ermittelbar.

In der Regel sind die Kosten in derartigen Fällen jedoch erheblich. Wesentliche Faktoren sind:

- meist zahlreiche/regelmäßige Kontrollbesuche,
- Untersuchung, Behandlung und ggf. Tötung, Wegnahme und Unterbringung von Tieren (ggf. wiederholt),
- Einziehung und Veräußerung/Verwertung von Tieren,
- Verwaltungsaufwand,
- häufig geringe bis keine Möglichkeit, die Kosten beim Verursacher geltend zu machen.

Die Fälle ziehen sich in der Regel über viele Jahre hin, da die Betroffenen stark dazu neigen, auch nach zunächst erfolgreichen Maßnahmen wieder Tiere zu sammeln. Bei starkem behördlichen Druck ist häufig auch ein Wegziehen von Betroffenen in andere Landkreise/Bundesländer zu beobachten, was den Vollzug zusätzlich erschwert.

Seitens der Tierschutzverbände, namentlich des Landestierschutzverbandes Baden-Württemberg, entsteht ein erheblicher Aufwand durch Beteiligung an der Wegnahme von Tieren, deren Versorgung, Unterbringung und Weitervermittlung. Nicht selten ist die Weitervermittlung derartiger Tiere, aufgrund des Gesundheitszustands oder des Verhaltens (insbesondere depriviertes Verhalten wegen fehlender Umwelterfahrungen, Ängstlichkeit, Aggression, fehlende Stubenreinheit u. a.) schwierig bis unmöglich.

Der Landestierschutzverband gibt hierzu Folgendes an:

- Hohe zusätzliche Tierzahlen in Relation zu den Kapazitäten der Tierheime, 90 % der Fälle sind vom zunächst betroffenen Tierheim/Tierschutzverein nicht allein zu bewältigen,
- personeller Aufwand sehr hoch,
- Tiere sind z. T. stark behandlungsbedürftig, physisch verwahrlost, krank, Parasitenträger, verletzt, ungeimpft, unkastriert; medizinischer Aufwand sehr hoch (Behandlung, Kastration),

- in manchen Fällen Schäden durch Inzucht,
- psychische Störungen (sehr scheu, traumatisiert, nicht sozialisiert, Inzucht usw.),
- viele trächtige Tiere – besonderer Betreuungsbedarf für gebärende/säugende Muttertiere und viele Jungtiere,
- kaum Unterbringungsmöglichkeiten für bestimmte Tierarten (Exoten, [Mini-]Schweine, Wildtiere [Waschbären], Pferde),
- viele Tiere sind lange in den Tierheimen, z. T. nicht mehr vermittelbar,
- Kapazitäten dauerhaft belegt,
- *extrem kostenintensiv* (z. B. 130 Vögel: über 5.000 EUR; 130 Kaninchen: über 10.000 EUR; 50 Hunde: 25.000 EUR),
- hohe psychische Belastung der Tierschutzpersonen, die an der Bearbeitung der Fälle beteiligt sind.

6. was sie unternimmt, um die Öffentlichkeit und die Kommunen zu informieren.

Zu 6.:

Das Thema „Animal hoarding“ war bereits mehrfach Thema im Landesbeirat für Tierschutz beim Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz. Mehrfach wurde auch bereits in Pressemitteilungen auf das Thema aufmerksam gemacht mit dem Ziel, die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Aufgrund der geschilderten Problematik hat das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Landestierschutzverband am 16. April 2010 eine Tagung zum Thema „Animal Hoarding“ in Stuttgart-Hohenheim durchgeführt. Teilnehmer waren insbesondere Vertreter von Veterinärbehörden, Gemeinden, Tierschutzorganisationen und aus dem sozialen Bereich.

Die Tagesordnung und die teils auch hier zitierten Beiträge sind unter <http://www.landwirtschaft-bw.info/servlet/PB/menu/1299383/index.html> auf der Homepage der Akademie Ländlicher Raum abrufbar.

Die anwesenden Pressevertreter haben die Inhalte bundesweit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz wird sich dieses Themas auch weiter annehmen. Als konkretes Ergebnis der o. g. Tagung wurde u. a. vereinbart, dass den Beteiligten über die Beiträge hinaus eine Handreichung zur Kostentragung in derartigen Fällen zur Verfügung gestellt wird. Diese wird nach Fertigstellung auf der Homepage des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz eingestellt.

In Vertretung

Dr. Rittmann
Ministerialdirektor

Seminar Animal Hoarding

Folgen des Animal Hoarding für Tierheime



Freitag, 16. April 2010

Inhalt

1. Tierheime / Tierschutzvereine in Baden-Württemberg
2. Fälle von Animal Hoarding in Baden-Württemberg
3. Folgen für den karitativen Tierschutz (Tierheime / TSchVereine)
4. Forderungen

Struktur des karitativen Tierschutzes in Ba-Wü

- 107 gemeinnützige TSchVe im Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V. organisiert (ca. 50.000 Mitglieder)
 - mit ca. 50 angeschlossenen Tierheimen/Tierauffangstationen
 - Vertragliche (z. T. stillschweigende) Übernahme der kommunalen Aufgaben im Fund- und Verwahrtierrecht – dafür i. d. R. teilweise Kostenerstattung
 - Vertragliche (z. T. stillschweigende) Übernahme der Verwahrtiere aus tierschutzrechtlichen Fällen (VetÄmter) und polizeirechtlichen Fällen
 - TSchVe ohne Tierheime arbeiten mit privaten Aufnahmestellen bzw. mit anderen Tierheimen des Landestierschutzverbandes oder bei Bedarf bundesweit (DTSchB) zusammen
 - Koordination durch den Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V.

Struktur des karitativen Tierschutzes in Ba-Wü

- Geschätzt weitere 25-50 Tierschutzvereine (meist kleinere) vornehmlich im karitativen Bereich in Ba-Wü tätig
- Ca. weitere 5-8 Tierheime und einige Tieraufnahmestationen, z. T. unter anderen Dachverbänden organisiert, z. T. ohne feste Zuordnung zu einem Dachverband, manche mit Übernahme der kommunalen Fundtiertieraufgaben, andere nicht

Struktur des karitativen Tierschutzes in Ba-Wü

- Kapazität der Tierheime / Auffangstationen:
 - Hunde 2 bis ca. 200
 - Katzen 5 bis ca. 200
 - Kleintiere / Vögel abhängig von der Art der Unterbringung und vorhandener Räumlichkeiten / „Behältnissen“
 - bei Anforderungen für kurzfristige nur vorübergehende Unterbringung 0 bis 300
 - bei Anforderungen für längerfristige Unterbringung 0 bis 150 (wegen Vorbildcharakter erstrebenswert, aus Platzgründen nur in einigen Tierheimen überhaupt möglich)

Struktur des karitativen Tierschutzes in Ba-Wü

- durchschnittliche Kapazität der Tierheime /
Auffangstationen:
 - Hunde ca. 35
 - Katzen ca. 50
 - Kleintiere ca. 60
 - Vögel (halbwegs tiergerecht) nur wenige Tierheime
 - Exoten
 - kleinere in manchen Tierheimen in geringer Anzahl möglich
 - größere auch in Tierheimen praktisch **nicht** tiergerecht möglich

Auslastung andauernd 60 bis (über) 100 %

(vermehrt ältere/krankte Tiere – längere Verweildauer,
höhere Kosten)

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü

Exemplarisch vergangene ca. 1 ½ - 2 Jahre, Auswahl:

- 17.03.2009 Mannheim **130 Katzen** auf 54 Quadratmetern
- März 2009 über **75 Kaninchen** von priv. Züchter - Tierheim Ludwigsburg
- März 2009 **Zahllose Zebrafinken** aus einer Haltung, Kreis Ludwigsburg
- 02.03.2009 Pforzheim Eiterige Zähne, Gestank, Schmutz: **50 Hunde aus verwahrloster Haltung** geborgen
- In der Pforzheimer Haltung befinden sich **mindestens ca. weitere 100 Tiere** verschiedenster Arten, **darunter Wildtiere**; Übernahme möglicherweise in nächster Zeit erforderlich
- 23.01.09 Heidelberg **Bürgeramt rettet 25 Hunde** aus „gammeligem Verschlag“

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü

Fortsetzung:

- **25 Schrottplatz-Hunde** suchen neues Zuhause Die Vierbeiner sind teilweise blind, taub und menschenscheu - Halter war krank
(Anmerkung: es wurden **nachträglich noch einmal 8 dieser Hunde** gefunden und ins Tierheim gebracht, die die Halterin zurückgehalten und anderweitig versteckt hatte)
- 21.01.2009 Karlsruhe **Städtisches Veterinäramt und Polizei beschlagnahmen 30 Hunde**
- In den letzten Monaten des vergangenen und Anfang diesen Jahres weitere Fälle, z. T. mit weit höheren Tierzahlen, z. B. mit ca. **131 Kaninchen** in Pforzheim, mit **über 200 Meerschweinchen** in Ulm, mit **29 Hunden in Schwäbisch Hall**, mit weit **über 200 Tieren unterschiedlicher Arten** in Mannheim, mit **13 Hunden, 5 Katzen, 14 Kaninchen, vielen weiteren Kleintieren, Waschbär, Papagei** in Triberg, **mehrmals über 100 Kleintiere** in Stuttgart, ebenso in Böblingen, **mehrfach 2stellige Anzahl von Hunden** am Bodensee, **35 Katzen** in Heilbronn usw.

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Animal Hoarding
Seminar 16.04.2010

Landestierschutzverband Baden-
Württemberg e. V., H. Lawo



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Animal Hoarding
Seminar 16.04.2010

Landestierschutzverband Baden-
Württemberg e. V., H. Lawo



13

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Animal Hoarding
Seminar 16.04.2010

Landestierschutzverband Baden-
Württemberg e. V., H. Lawo



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Animal Hoarding
Seminar 16.04.2010

Landestierschutzverband Baden-
Württemberg e. V., H. Lawo

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Animal Hoarding
Seminar 16.04.2010

Landestierschutzverband Baden-
Württemberg e. V., H. Lawo



16

Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Fälle von Animal Hoarding in Ba-Wü



Auswirkungen für den karitativen Tierschutz (Tierheime / TSchVereine)

- Hohe zusätzliche Tierzahlen in Relation zu den Kapazitäten, ca. 9 von 10 Fällen sind von betroffenen TH / TSchV nicht zu bewältigen
- Tiere z. T. stark behandlungsbedürftig, **physisch** (verwahrlost, krank, Parasiten, verletzt, Inzuchtfolgen usw.) und **psychisch** (sehr scheu, traumatisiert, nicht sozialisiert, Inzucht usw.)
- Viele Tiere trächtig – viele Jungtiere mit besonderem Betreuungsbedarf

Auswirkungen für den karitativen Tierschutz (Tierheime / TSchVereine)

- kaum Unterbringungsmöglichkeiten für bestimmte Tierarten (Exoten, (Mini-)Schweine, Wildtiere (Waschbären), Pferde ...)
- viele Tiere sind lange in den Tierheimen, z. T. nicht mehr vermittelbar
- medizinischer Aufwand sehr hoch (Behandlung, Kastration)
- personeller Aufwand sehr hoch
- Kapazitäten dauerhaft belegt
- **extrem kostenintensiv** (z. B. 130 Vögel über 5.000 EUR; 130 Kaninchen über 10.000 EUR; 50 Hunde 25.000 EUR ...)

Auswirkungen für den karitativen Tierschutz (handelnde Personen)

- **Hohe psychische Belastung der Tierschutzpersonen, die bei der Bearbeitung der Fälle beteiligt sind**
 - konfrontiert mit extremem Tierleid (tote, verhungerte, getötete ... Tiere)
 - konfrontiert mit verwahrlosten, vermüllten Wohnungen
 - konfrontiert mit kranken Menschen
 - konfrontiert mit der Wahrscheinlichkeit, dass das Sammeln wieder beginnt

Forderungen

- schnelles und konsequentes Eingreifen aus tierschutzrechtlichen Gründen durch die zuständigen Behörden
- Adäquate Kostenerstattung
- Anerkennung der Erstattungsverpflichtung ohne Feilschen
- eindeutige Trennung der tierschutzrechtlichen Aufnahme von Tieren von der ordnungsrechtlichen Aufnahme, d. h. klare Trennung von „Fundtierkostenverträgen“ (insbesondere relevant in Stadtkreisen)

Forderungen

- Veterinärbehörden müssen Versuche unterlassen, Tierhalter zur „privaten Abgabe“ der Tiere zu veranlassen, um die Behörden aus der Kostenpflicht zu bekommen oder gar „wegzuschauen“ wenn der Tierschutz die betroffenen Tiere nicht auf eigene Kosten aufnimmt / aufnehmen kann
- konsequentes Durchgreifen (Tierwegnahme, Tierhalteverbot oder strikte Begrenzung der Tierzahl nach vorheriger Kastration)

Forderungen

- klare Vorgaben zur künftigen Tierhaltung mit nachhaltiger Überwachung der Vorgaben ► **Personal bei den Behörden**
- Nachbetreuung der beteiligten Personen
- Vernetzung und Informationsaustausch der beteiligten Behörden und Ämter untereinander (Soziale Einrichtungen u. Betreuer, Veterinäramt)

Forderungen

➤ Vorbeugung:

- Anweisungen an Betreuungspersonal bezüglich Früherkennung
- professionelle Nachbetreuung der Suchtkranken, um Rückfälle möglichst zu reduzieren
- rechtliche Möglichkeiten, frühzeitig einzugreifen
- klare Vorgaben für die Erlaubnis zur Tierhaltung allgemein







Landratsamt Göppingen

Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Tierschutz

Animal Hoarding – Tagung am
16.04.2010

Fortnahme / Wegnahme,
Einziehung sowie Verwertung von
Tieren aus Sicht der Verwaltung

Stephan Ludwig, Diplom-Verwaltungswirt FH



Tierschutz – Grundlagen behördliches Verfahren

- Verwaltung ist als Exekutive an Gesetz und Recht gebunden, Art. 20 Abs. 3 GG
- Vorbehalt des Gesetzes/Eingriffsvorbehalt:
 - Staat darf in Rechte von Bürgern nur aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen eingreifen, z.B. § 16 a TierSchG
 - daraus folgt auch: tierschutzrechtliche Mindestanforderungen können umgesetzt werden, nicht „optimale, wünschenswerte“ Haltungsbedingungen und für Tierfortnahmen müssen gesetzl. Tatbestände vorliegen



Tierschutz – Grundlagen behördliches Verfahren

- Amtsermittlungs-/Untersuchungsgrundsatz
(z.B. § 24 LVwVfG Baden-Württemberg):
 - Behörde ermittelt Sachverhalt von Amts wegen und bestimmt Umfang Ermittlung
 - daraus abgeleitet: Behörde ist zum Nachweis von Verstößen vor rechtlichen Maßnahmen gegenüber Tierhalter angehalten



Tierschutz – behörtl. Verfahren

- Verfahrensbeginn in der Regel durch „Anfangsverdacht“ bzw. Hinweis auf tierschutzrechtlichen Verstoß z.B. durch:
 - „Anfangsverdacht“ bei planmäßiger Kontrolle durch „ersten Augenschein“
 - Hinweise anderer Veterinärämter, Schlachthöfe, Behörden
 - Bürgerbeschwerde



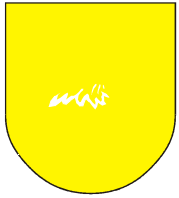
Tierschutz Probleme in der Praxis

- zeitweise weit über 50% der Anzeigen unbegründet (d.h. Bindung erheblicher Personalkapazitäten), weil
 - sachfremde Motive u.a. Beziehungs-/Nachbarschaftsstreitigkeiten ursächlich für Anzeigen
 - „wünschenswerte, optimale“ Bedingungen werden seitens Beschwerdeführer verlangt anstelle rechtlicher Mindestvorgaben; nicht umsetzbar, s.o. klassischer Eingriffsvorbehalt



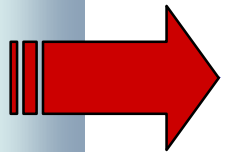
Tierschutz Probleme in der Praxis

- ursprünglich belastbar erscheinende Zeugenaussagen halten konkreten Rückfragen (wer, was, wie, wann) nicht Stand
- z.B. Beschwerden über unzureichenden Auslauf von Pferden o.Ä. sind schwer nachprüfbar, s.o. Amtsermittlungsgrundsatz (Beweis über Indizienketten, weil Observation „rund um die Uhr“ nicht möglich)
- im Gegensatz zum Lebensmittelrecht hohe Anzahl von Rechtsbehelfen der Tierhalter verursachen ebenso hohen Personalaufwand



Tierschutz – behörtl. Verfahren

- ggf. Problematik bei Prüfung des Verstoßes:
 - Tierhaltung in geschlossenem, von außen nicht einsehbarem Stall
 - Tierhaltung in Wohnung



Betretungsrecht § 16 Abs. 3 TierSchG;
Besondere Voraussetzungen für Betreten
von Wohnungen mit Tierhaltung: dringende
Gefahr = drohender ernsthafter Schaden für
wichtiges Rechtsgut (Tierschutz Art. 20a GG)
und regelmäßig vorher Vorführen der Tiere
vor Wohnung wegen Verhältnismäßigkeit



Tierschutz – behörtl. Verfahren

- Betretungsrecht kann unter Beachtung Verhältnismäßigkeit grundsätzlich durchgesetzt werden:
 - ausschließlich mündlich bei Gefahr in Verzug unter Bezeichnung VA als Notstandsmaßnahme, siehe § 80 Abs. 3 VwGO und § 21 LVwVG
 - ansonsten Schriftform für Begründung sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 3 VwGO und Androhung unmittelbarer Zwang nach § 20 Abs. 1 LVwVG erforderlich, ggf. Mustervordrucke (Frist nicht notwendig wegen Duldungsanordnung, § 20 Abs. 1 Satz 2 LVwVG)



Beispiel

Durchsetzung Betretungsrecht

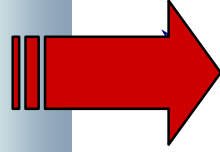
- Landwirt verweigert Zutritt zu Stall, tritt Amtstierärztinnen auf den Fuß, bewirft sie mit Mist und Wassereimer.





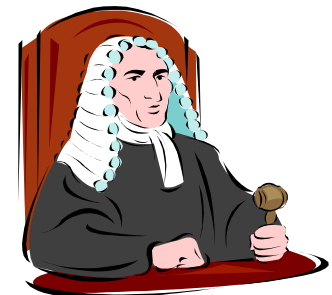
Beispiel Betretungsrecht



 Kontrolle wird mit vollstreckbarer Verfügung und Polizei durchgesetzt, Verstöße werden festgestellt und durch Maßnahmen des Veterinäramtes behoben

➤ Tierhalter wurde im Ergebnis auch strafrechtlich zu empfindlicher Geldbuße verurteilt wegen

- Tierquälerei
- Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- Körperverletzung





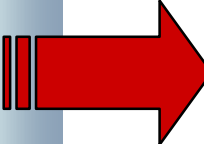
Betretungsrecht - Frage oftmals: gewaltsam Öffnen oder nicht?

Beschwerde über unversorgte Tiere
über längere Zeit in Wohnung;
Tierhalter nicht erreichbar; Öffnen?





Beispiel Betretungsrecht gewaltsam Öffnen oder nicht?

 aufgrund Beurteilung Tiere durch
Glastür und Geruch vor Wohnung
wurde geöffnet, Tiere fortgenommen





Gewaltsames Öffnen von Tierhaltungen - Schadensersatz?

- falls Gefahr richtig eingeschätzt wurde, ist Maßnahme regelmäßig rechtmäßig und es folgt kein Schadensersatz, auch wenn keine Verstöße festgestellt wurden (Anscheinsgefahr)
- sofern die Behörde „irrtümlich“ Gefahr angenommen hat und vorwerfbar Sachverhalt (völlig) falsch eingeschätzt, ist Maßnahme regelmäßig rechtswidrig und Schadensersatz kommt in Betracht (Putativgefahr)



Fortnahme von Tieren § 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG

- Fortnahme nach § 16a Satz 2 Nr. 2.
TierSchG ist besondere Ermächtigung zur Gefahrenbeseitigung im Wege der unmittelbaren Ausführung, ohne seitens Behörde zwingend Verwaltungsakt erlassen zu müssen, u.a. nach:
 - Beschluss OVG Frankfurt/Oder vom 25.05.1998, 4 E 24/98
 - Beschluss VGH Baden-Württemberg vom 17.03.2005, 1 S 381/05



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG

- Fortnahme als unmittelbare Ausführung: ordnungsrechtliche Maßnahme sui generis ohne Regelungscharakter im Sinne § 35 LVwVfG und daher sog. Realakt, d.h. Erlass VA ist nicht zwingend erforderlich
 - z.B. bei Unerreichbarkeit Adressat, klassisch für unmittelbare Ausführung
 - oder besonderer Eilbedürftigkeit im Tierschutz

Rechtsschutzmöglichkeit Tierhalter bei Realakt ausschließlich: § 123 VwGO (einstweilige Anordnung), bei VA zudem Eilrechtsschutz nach § 80 VwGO



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG

➤ Tatbestandsvoraussetzungen:

- Mängel gemäß § 2 TierSchG und
- Vernachlässigung der Tiere oder
- schwerwiegende Verhaltensstörung



nach Gutachten beamteter (Rechtspr.: auch angestellter) Tierarzt; Amtstierarzt hat besondere Stellung als Sachverständiger nach TierSchG



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG

- Anforderungen an Gutachten gemäß Urteil VG Stuttgart vom 25.06.2007 - 4 K 1937/07
 - „einfacher“ Aktenvermerk reicht nicht
 - d.h. mindestens Sachverhalt + Rechtsgrundlagen und entsprechende rechtliche + fachliche (amtstierärztliche) Einordnung = sogenannte Subsumtion
 - Formalien = gesetzlich (+Rechtspr.) vorgegebene Anforderungen an behördliche Prüfung vor schwerwiegendem Rechtseingriff (Kontrollfunktion)



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG

➤ Rechtsfolgen, d.h. mögliche behördliche Handlungen:

- Fortnahme vom Halter, ggf. mit Polizei
- Unterbringung auf Kosten des Halters bis Haltung nach § 2 TierSchG sichergestellt
- Fristsetzung gegenüber Halter zur Sicherstellung § 2 TierSchG und Anhörung zur möglichen Konsequenz: Veräußerung; danach ggf. Duldung der Veräußerung anordnen
- ultima ratio: Tötung wenn Veräußerung unmöglich oder nicht behebbare erheblichen Schmerzen, Leiden, Schäden



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG Verfahren

- vor Veräußerung Anhörung wegen Grundrechte rechtliches Gehör sowie Rechtsschutzmöglichkeit (§ 123 VwGO) sowie Duldungsanordnung bzgl. Veräußerung als rechtsgestaltender VA
- mangels Regelungen im TierSchG zum Verfahren der Verwertung ist Rückgriff auf Landesrecht erforderlich, siehe Beschluss VG Aachen vom 11.09.2003, Az. 6 L 734/03, Kommentar Lorz/Metzger, § 16a Rz. 19



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG Verfahren

➤ ggf. Veräußerung / Verwertung:

in der Regel öffentliche Versteigerung; falls Versteigerung erfolglos oder von Beginn an aussichtslos auch anderweitige, freihändige Verwertung möglich; siehe neben VG Aachen auch § 3 DVO PolG B.-W. i.V.m. § 34 Abs. 2 PolG B.-W.;



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG Verfahren

- mögliche Gründe für vorhersehbare Aussichtslosigkeit einer öffentl. Versteigerung (Praxisfälle):
 - unklarer Tierseuchenstatus
 - hohe Anzahl von Tieren und/oder speziell erforderliche Versorgung (z.B. milchgebende Kühe), sodass Zeitraum für Organisation einer Versteigerung und Kosten unangemessen
 - kein Erlös zu erwarten, möglicherweise aufgrund Vernachlässigung durch Tierhalter



§ 16 a Satz 2 Nr. 2. TierSchG Verfahren

Tierhalter als ehem. Eigentümer erhält Erlös
(dingliche Surrogation; Erlös tritt anstelle
verwerteter Sache), ggf. nach Verrechnung mit
behördlichen Kosten der Vollstreckung usw.





§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG Verfahren siehe ATD IV/2009

- Tatbestand: wiederholte oder grobe Verstöße und Annahme künftiger Verstöße
- Verfahren siehe ATD IV/2009:
 - I. Entscheidung 1:
 1. VA Tierhalteverbot bzw. -untersagung
 2. VA zur Auflösung innerhalb angem. Frist
 3. sofortige Vollziehung
 4. Androhung Wegnahme im Wege unmittelbarer Zwang, sofern innerhalb o.g. Frist nicht aufgelöst wird



§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG Verfahren siehe ATD IV/2009

II. Falls nicht aufgelöst wurde, Wegnahme im
Wege Vollstreckung

III. Entscheidung 2:

- Beschlagnahme ergänzend zur Wegnahme, rechtsgestaltender VA als formale Voraussetzung für Einziehung (vorsorglich gebührenfrei)
- Einziehung (für rechtmäßigen Übergang Eigentum und Verfügungsbefugnis auf Behörde als Voraussetzung für Verwertung)
- sofortige Vollziehung



§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG Verfahren siehe ATD IV/2009

- Mit Wirksamkeit, d.h. Bekanntgabe Einziehung geht Eigentum auf Behörde über (Urteil VGH Baden-Württemberg vom 14.04.2007, 1 S 1422/06, zu Kampfhund)
- Verwertung, s.o. nach Landesrecht; öffentliche Versteigerung oder anderweitige bzw. freihändige Vergabe falls Versteigerung aussichtslos; Tierhalter erhält Erlös



§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG Verfahren siehe ATD IV/2009

- Gründe, wonach § 16a TierSchG ausreichende Ermächtigungsgrundlage für Einziehung:
 - Maßnahmenkatalog in Satz 1 nicht abschließend wegen „...insbesondere..“
 - schwerwiegender Rechtseingriff Eigentumsübergang „bereits“ nach Satz 2 Nr. 2 vorgesehen und Nr. 3 weitergehende Ermächtigung (Stufenverhältnis, s. Lorz/Metzger, § 16a Rz. 19)
 - Art. 20a GG



§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG Verfahren siehe ATD IV/2009

- § 16a TierSchG ausreichende Ermächtigungsgrundlage für Einziehung:
 - wohl zwischenzeitlich überwiegende Auffassung u.a. RP Stuttgart, RP Karlsruhe, VG Stuttgart u.a. Beschluss vom 28.10.2004 -4 K 3529/04-, VG Braunschweig -Urteil vom 27.4.2007-, VG Aachen Beschluss vom 25.10.2006 -6 K 3359/04-, Veterinäramt Göppingen

(ggf. vorsorglich § 16a i.V.m. § 34 PolG)



§ 16 a Satz 2 Nr. 2 TierSchG

§ 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG

- Tatbestände Fortnahme und Tierhaltungsuntersagung können gleichzeitig gegeben sein, d.h.
 - sofortige Fortnahme von Tieren bei Kontrolle und Haltungsuntersagung nach § 16 a Satz 2 Nr. 3 TierSchG wegen Unzuverlässigkeit aufgrund wiederholter oder grober Verstöße möglich, sodass Fristsetzung nach Satz 2 Nr. 2 entbehrlich



Fortnahme und Untersagung Tierhaltung

- Bsp.: Haltung von vernachlässigten 7 Hunden, 4 Katzen, Fischen und einem Hängebauchschwein in hochgradig verkoteter Wohnung





Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !!!



Stephan Ludwig, Geschäftsteilnehmer Lebensmittel-
überwachung / Verwaltung
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz
Landratsamt Göppingen
Tel.: 07161-202-708
s.ludwig@landkreis-goeppingen.de

Kostentragung in Tierschutzfällen

 Hinweise des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

14. Februar 2011

In den letzten Jahren haben sich in Baden-Württemberg immer wieder Fälle ergeben, in denen im Rahmen tierschutzrechtlicher Vollzugsmaßnahmen größere Tierbestände regelmäßig kontrolliert und ggf. auch betreut werden mussten. Aufgrund notwendiger behördlicher Anordnungen nach § 16 a Tierschutzgesetz müssen Tiere weggenommen und pfleglich untergebracht sowie nicht selten auch eingezogen und weiter betreut werden. Hierbei entsteht Behörden und Tierschutzvereinen/Tierheimen nicht selten ein erheblicher Aufwand, der mit teilweise sehr hohen Kosten verbunden ist.

Die Behörden sind z.B. bei der Unterbringung, Pflege, Versorgung und Weitervermittlung von Tieren auf die Hilfe der Tierschutzorganisationen angewiesen. In vielen Fällen werden auch ehrenamtliche Helfer beteiligt.

Zu den Hintergründen wird auf die Unterlagen zur Tagung "Animal hoarding" verwiesen, die das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V. im April 2010 veranstaltet hat.

 **LEL Schwäbisch Gmünd**

Bei Behörden und Tierschutzverbänden fallen insbesondere folgende Kosten an:

Bei der zuständigen Behörde (im Regelfall der Unteren Verwaltungsbehörde), einschließlich von ihr beauftragter Dritter, entstehen Kosten durch:

- Kontrollaufwand,
- Verwaltungsaufwand,
- Maßnahmen vor Ort (Notbehandlung und ggf. Einschläfern und Entsorgen von Tieren, Transport von Tieren),
- Untersuchungskosten (Diagnostik),
- Maßnahmen im Rahmen der Unterbringung von Tieren: Versorgung und Pflege, tierärztliche Behandlungen,
- Veräußerung/Verwertung von Tieren (Verkauf, bevorzugt im Wege der Versteigerung).

Tierschutzvereine sind häufig schon im Vorfeld behördlicher Maßnahmen an Tierschutzfällen beteiligt. Im Rahmen der o.g. geschilderten Maßnahmen sind sie regelmäßig in die Versorgung, den Transport, die Unterbringung und

Pflege, tierärztliche Behandlung sowie ggf. Weitervermittlung von Tieren eingebunden.

Im Rahmen der o.g. Veranstaltung zu "Animal Hoarding" sind im Beitrag von Herrn Lawo, Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V., "Folgen des Animal Hoarding für Tierheime" Ausführungen zu den entstehenden Kosten enthalten. Ebenso wird auf den Antrag der Abgeordneten Karl Rombach u.a. CDU und die Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz "Animal Hording (krankhaftes Sammeln von Tieren)", Drucksache 14/6270 verwiesen.

Kostentragung

Grundsätzlich kann der Verursacher zur Deckung der entstehenden Kosten herangezogen werden. Dies gelingt regelmäßig dann, wenn z.B. bei der Auflösung von Tierbeständen die Tiere einen erheblichen Wert darstellen und eine Veräußerung der Tiere möglich ist oder wenn der Adressat tierschutzrechtlicher Maßnahmen über ausreichende Finanzmittel verfügt und damit eine Beitreibung bei Nichtbezahlung des behördlichen Kostenbescheides erfolgreich erscheint.

Oft ist es nicht möglich bzw. aussichtslos, die Kosten beim Verursacher geltend zu machen.

Bei der Frage der Kostentragung ist in solchen Fällen zwischen Kosten der Behörde und Kosten der Tierschutzvereine/Tierheime zu unterscheiden:

Kostentragung durch die Behörde:

Die Kosten der durch behördliche Anordnungen getroffenen Maßnahmen fallen dem Betroffenen zur Last.

In Fällen, in denen die Beitreibung nicht möglich ist, trägt grundsätzlich die Behörde die Kosten für die von ihr veranlassten Maßnahmen. Dies gilt insbesondere für die behördliche Wegnahme und die Unterbringung und Pflege von Tieren, die in der Verfügungsgewalt oder im Eigentum der Behörden stehen.

Die Möglichkeit der Behörde, beim Adressaten der tierschutzrechtlichen Maßnahmen insbesondere Verwahrungskosten für weggenommene Tiere geltend zu machen, endet regelmäßig ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit einer Einziehung der Tiere und dem damit verbundenen Eigentumsübergang auf die Behörde bzw. einer Veräußerung nach § 16a Satz 2 TierSchG.

Für besondere Einzelfälle, für die bei den Landkreisen Kosten von mehr als 10.000 EUR anfallen, die nachweislich nicht bei Dritten, also beim Adressaten der Maßnahme, eingefordert werden können, regelt § 52 Abs. 2

Landkreisordnung Baden-Württemberg die Möglichkeit einer Kostenübernahme durch das Land auf Antrag. Hierunter fallen insbesondere Kosten, die dem Landkreis für die Durchführung der Vollstreckung von Verwaltungsakten durch Ersatzvornahme oder durch unmittelbare Ausführung

von Maßnahmen zur Abwehr oder Beseitigung gesetzeswidriger Zustände entstanden sind, oder Kosten von über 50.000 EUR im Einzelfall.

Die Regelung ist auf die Landkreise beschränkt, für die Stadtkreise besteht keine vergleichbare Vorgabe.

Kosten der Tierheime/Tierschutzvereine:

Für untergebrachte Tiere, die in der Verfügungsgewalt oder im Eigentum einer Behörde stehen, trägt die Behörde die Kosten.

Für Tiere, die im Eigentum der Tierheime/Tierschutzvereine stehen, tragen diese die Kosten.

Nur ein Teil der Kosten kann ggf. im Rahmen von Vermittlungsgebühren ausgeglichen werden.

Ansonsten gibt es über die Unterbringung von Fundtieren hinaus (s. hierzu auch: Herrenlose Tiere) keine allgemeine Regelung zur Unterstützung der Tierheime - dies wird in den Kommunen und Landkreisen unterschiedlich gehandhabt.


Quelle: <http://www.mlr.baden->

[wuerttemberg.de/Kostentragung_in_Tierschutzfaellen/94631.html](http://www.wuerttemberg.de/Kostentragung_in_Tierschutzfaellen/94631.html)

Pressemitteilung 47/2010

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL: "'Animal Hoarding' - ein zunehmendes Problem für Behörden und Tierheime"

Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz in Stuttgart / Schülerwettbewerb zum Tierschutz

 11.03.2010 "Das Thema 'Animal Hoarding', das krankhafte Sammeln von Tieren, hat in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung für den Tierschutz erlangt. Tierschutzverbände und Veterinärbehörden berichten zunehmend über Tierhaltungen, deren Zustand und Umfang jedes normale Vorstellungsvermögen übersteigt. So gibt es Wohnungen, in denen Menschen mit über 100 Katzen leben oder Fälle, wie kürzlich in Berlin, als eine Tierhaltung mit etwa 1700 Wellensittichen in einer Wohnung mit 62 Quadratmeter aufgelöst werden musste", sagte die Staatssekretärin im baden-württembergischen Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, am Donnerstag (11. März) im Nachgang zur Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz in Stuttgart.

"Derartige, sich häufende Fälle, stellen Behörden und Tierschutzorganisationen vor große Herausforderungen, die nur schwer zu bewältigen sind. Eine große Zahl von Tieren aller möglichen Arten muss versorgt und untergebracht und bei Bedarf medizinisch behandelt werden, Wohnungen müssen gegebenenfalls kurzfristig ausgeräumt werden. In vielen Fällen ist darüber hinaus eine Betreuung der Tierhalter notwendig", so die Staatssekretärin.

Auf Anregung des beim Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg angesiedelten Landestierschutzbeirats, führt die Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Landestierschutzverband Baden-Württemberg e. V. am 16. April 2010 im Euroforum der Universität Hohenheim zu diesem Thema eine ganztägige Fortbildungsveranstaltung durch. Teilnehmen kann jeder interessierte Bürger. Von besonderem Interesse ist die Veranstaltung aber für Tierschutzorganisationen, Tierheime, Veterinär-, Gesundheits- und Ordnungsämter, Vollzugsbehörden, behördliche sowie private psychologische und soziale Dienste.

"Ich freue mich, dass es gelungen ist, diese Fortbildung anzubieten. Ziel ist es, die Umstände und Gründe für 'Animal Hoarding' bewusst zu machen, die Folgen für alle Beteiligten aufzuzeigen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen" sagte die Staatssekretärin.

Um noch stärker auf das Thema Tierschutz hinzuweisen, hat das Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Kultusministerium den Wettbewerb 'Schülerinnen und Schüler machen sich für Tiere stark' gestartet. Die Bewerbung für Schülerinnen und Schüler der 4. bis

7. Klassen läuft noch bis zum 30. April 2010. "Das ist eine tolle Chance für die Kinder und Jugendlichen ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen und dabei etwas für den Tierschutz zu tun. Außerdem gibt es tolle Preise zu gewinnen", betonte Friedlinde Gurr-Hirsch.

Weitere Informationen zum Thema 'Tierschutz' und zum Wettbewerb sind auf der Internetseite des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz unter www.mlr.baden-wuerttemberg.de abrufbar.

Hinweise zur Anmeldung zur Fortbildungsveranstaltung in der Universität Hohenheim gibt es unter Telefon: (07171) 917-340, E-Mail: Tagung@lel.bwl.de oder www.laendlicher-raum.de.

Quelle: http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Staatssekretaerin_Friedlinde_Gurr_Hirsch_MdL_Animal_Hoarding_ein_zunehmendes_Problem_fuer_Behoerden_und_Tierheime/82051.html

Animal Hoarding

Problematik, Hintergründe, Rechtslage

**Evelyn Ofensberger
Akademie für Tierschutz,
Deutscher Tierschutzbund e.V.**

**Tagung Animal Hoarding: Krankhaftes Sammeln von Tieren
Stuttgart-Hohenheim 16. April 2010**

Animal Hoarding

Die Krankheit Animal Hoarding

Animal Hoarding, das so genannte „Tierhorten“ oder die „Tiersammel-Sucht“, ist eine psychische Störung, die zum unkontrollierten Sammeln und Halten von lebenden Tieren führt, die nicht angemessen versorgt und betreut werden. Der Halter ist nicht mehr oder nur eingeschränkt in der Lage zu erkennen, dass es den Tieren in seiner Obhut schlecht geht.

Animal Hoarding

Die Krankheit Animal Hoarding

Das Bild eines typischen Hoarders

- ➔ 76 % sind weiblich, alleinstehend und über 50 Jahre alt
- ➔ häufigste Tierarten sind Katzen und Hunde
- ➔ in 80 % der Fälle wurden im Umfeld des Hoarders auch tote Tiere gefunden, von denen dieser in 60 % der Fälle keine Notiz nahm
- ➔ unhygienisches Lebensumfeld des Menschen
 - ➔ in 69 % der Fälle ist der Boden des Wohnbereichs mit tierischen Exkrementen bedeckt
 - ➔ in über 25 % der Fälle befanden sich Kot und Urin sogar im Bett



Bildquelle: Internet

Animal Hoarding

Die Krankheit Animal Hoarding



Bildquelle: Internet

Übertriebener Pflegertyp

- ➔ versucht, sich um die Tiere zu kümmern
 - ➔ kann Probleme nicht effektiv lösen
 - ➔ alles wächst ihm über den Kopf
-
- ➔ Tiere vermehren sich (mehr passiv, nicht so sehr aktiver Sammeltyp)
 - ➔ introvertiert, isoliert
 - ➔ der „Typ“ spielt die Probleme herunter (aber leugnet sie in der Regel nicht vollständig)
 - ➔ Tiere haben für ihn einen hohen Stellenwert (siehe Tiere als Menschen)

Animal Hoarding

Die Krankheit Animal Hoarding

Retter, Befreier

- ➔ Tiere aufnehmen versteht er als Mission
- ➔ hat eigene Todesangst und lehnt Euthanasie von Tieren strikt ab
- ➔ glaubt, dass er der einzige ist, bei dem es die Tiere gut haben
- ➔ starke aktive Sammeltendenz, irgendwann überschreitet die Anzahl Tiere, die Möglichkeit der Versorgung
- ➔ kann kein Tier ablehnen
- ➔ vermeidet Autoritäten / Weisungen werden nicht befolgt
- ➔ ist NICHT unbedingt sozial isoliert



Animal Hoarding

Die Krankheit Animal Hoarding

Züchterttyp

- ➔ schafft sich die Tiere an, mit dem Vorsatz, sie zu züchten, auszustellen und zu verkaufen
- ➔ verliert im Laufe der Zeit immer mehr den Überblick über seinen „Tierbestand“, den er ausschließlich für Ausstellung- und Verkaufszwecke vermehrt hat



Außerdem gibt es noch:

- ➔ den Ausbeutertyp (fehlende Empathie; extreme Ablehnung; manipulativ; narzistisch; kriminelle Energie)
- ➔ den beginnenden Hoarder

Tierschutzfälle vor Gericht

Rechtliche Beurteilung und gesetzliche Rahmenbedingungen

Tierhaltung bei Animal Hoardern:

Die Tiere leiden vor allem an Mangelernährung, Parasiten, Infektionen, unbehandelte Verletzungen und Krankheiten sowie Stress durch zu hohe Bestandsdichte, fehlende Rückzugsmöglichkeiten und mangelnder Fürsorge.

Folge:

länger anhaltende erhebliche Schmerzen und Leiden

Der Straftatbestand der Tierquälerei (§ 17 Nr. 2 b TierSchG) wird erfüllt durch Unterlassen (§ 13 StGB).

Tierschutzfälle vor Gericht

Rechtliche Beurteilung und gesetzliche Rahmenbedingungen

§ 2 Nr. 1 Tierschutzgesetz: Tierhalterpflichten

Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen, darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, dass ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden, muss über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen.

Bei Hunden gilt zusätzlich die Tierschutz-Hundeverordnung!

Tierschutzfälle vor Gericht

Rechtliche Beurteilung vom Animal-Hoarding-Fällen

Schwierig:

- ➔ Animal Hoarder können Umgebung und Behörden lange täuschen oder treffen Vereinbarungen, die nicht eingehalten werden
- ➔ bagatellisieren das Problem
- ➔ benutzen Ausreden; Auflagen werden ignoriert
- ➔ strafrechtlich relevante Tierhortung erst ab zunehmender Bestandsgröße
- ➔ Behördenauflagen werden als Schikane empfunden
- ➔ Ausschöpfung aller Rechtsmittel
- ➔ Vollstreckung wird boykottiert durch Wegzug oder Drohung mit Gewalt gegen sich oder Dritte

Animal Hoarding

Was ist zu tun?

- ➔ Aufklärung der breiten Öffentlichkeit und Fachgremien (Amtstierärzte, Juristen, Psychologen, Tierärzte, Sozialarbeiter)
- ➔ Kostenberechnungen
- ➔ Forschungsarbeiten im Hinblick auf Therapie und Prophylaxe
- ➔ Zutrittsrecht für Amtstierärzte bei Vorliegen eines AH-Falles
- ➔ psychologische Begleitung, Hilfe durch Therapeuten
- ➔ flächendeckendes Beobachtungs- und Meldesystem mit Zentralregister, auf das alle Veterinärämter Zugriff haben
- ➔ Checkliste zum Erkennen eines Animal Hoarding - Falles

Animal Hoarding

Was ist bereits geschehen

Öffentlichkeitsarbeit - Veröffentlichungen zu Animal Hoarding

- ➔ Vorträge an verschiedenen Fachtagungen
- ➔ Broschüre des Deutschen Tierschutzbundes „Animal Hoarding“ – Die Sucht, Tiere zu sammeln
- ➔ Ofensberger – „Animal Hoarding“ – Tiere sammeln (Amtstierärztlicher Dienst, 15. Jhg. - 2/2008, S. 117-124)
- ➔ Gross – „Animal Hoarding“ – Betrachtung aus sozial psychologischer Sicht (Deutsche Tierärztliche Wochenschrift 116, Heft 3, 2009, S. 84-89)
- ➔ Wilczek – „Animal Hoarding“ – Vollzug aus amtstierärztlicher Sicht (Deutsche Tierärztliche Wochenschrift, Heft 3, 2009, S. 90-96)

Animal Hoarding

Kosten aus den Animal Hoarding Fällen

- ➔ Keine Zahlen aus den Veterinärämtern
- ➔ April 2009: Kleine Anfrage an Landtag Nordrhein-Westfalen
 - ➔ 2005-2008 werden in NRW 145 Tierhaltungsverbote durch Vet.-Behörde ausgesprochen
 - ➔ 45 Animal Hoarding – Fälle mit Beschlagnahmung des ges. Tierbestands
 - 23 Animal Hoarding – Fälle mit Beschlagnahmung eines Teilbestands
 - ➔ 36 Wiederholungsfälle, trotz Tierhaltungsverbot; in 35 Fällen musste Behörde mehrfach gegen denselben Tierhalter vorgehen
 - ➔ LReg NRW hat keine Maßnahmen zur Verhinderung von Animal Hoarding geplant oder Betroffene über Therapieangebote aufgeklärt
- ➔ Oktober 2009: Anfrage an Hamburger Bürgerschaft: Keine gesonderte Erfassung – keine Zahlen

Animal Hoarding

Kostenübersicht im Fall Taarstedt

65 Hunde (14 Welpen), 1 Katze, 9 Papageien, ca. 30 Fische

Kostenberechnung für den Zeitraum 24.07.-02.08.2007 = 10 Tage		
große Hunde 9,-/Tag – mittlere Hunde 7,50/Tag – Welpen 1,50/Tag		
Unterbringungskosten:		8.397,48 EUR
Tierarztkosten:		4.336,14 EUR
Nebenkosten:	Fahrtkosten:	337,54 EUR
	Spezialfutter:	1.121,10 EUR
		13.071,16 EUR
Erlös aus Vermittlung:		2.200,00 EUR
		<u>10.871,16 EUR</u>

Ø 943,00 EUR/Hund und 140,00 EUR/Welpe

Nicht berechnet: weiterer Verbleib der Tiere im TH, Verteilung auf andere TH in Schleswig-Holstein.

Animal Hoarding

Kostenübersicht im Fall Fulda

Kosten vom: 11.05.2006 – 25.09.2006

Kostenberechnung für den Zeitraum von 138 Tagen	
Tieranzahl: 43 Hunde – Ø 8,- EUR/Tag – Verweildauer: 146,67 Tage	
Unterbringungskosten je Hund:	1.361,13 EUR (1.173,39 EUR + 16 % MWSt.)
Gesamtkosten:	58.528,96 EUR
Tierarztkosten:	6.500,00 EUR
	<u>65.028,96 EUR</u>

Nicht berechnet:

weitere Tierarztkosten, Fahrtkosten zur Verteilung der Tiere in TH Essen, Düsseldorf, Köln, Schleswig, Itzehoe, Wilhelmshaven etc.

Animal Hoarding - Checkliste

Für das Vorliegen eines echten Falls von Tierhorten („Animal Hoarding“)

(Beetz, Gross, Wilczek, Deininger – Stand 05/08)

Bei Erfüllung folgender drei Kriterien, handelt es sich um einen beginnenden Fall von Tierhorten:

- ➔ es werden mehr als die durchschnittliche Anzahl Tiere gehalten,
- ➔ es leben für das vorhandene Platzangebot zu viele Tiere in Räumlichkeiten bzw. auf dem Gelände,
- ➔ die Person zeigt trotz überdurchschnittlich hoher Tierzahl und zu geringem Raumangebot keine Einsicht, dass der Tierbestand reduziert werden muss.

Die komplette Checkliste als Pdf-Format finden Sie unter <http://www.tierschutzbund.de/02775.html>

Animal Hoarding - Checkliste



Bildquelle: Internet

Je mehr der folgenden Kriterien erfüllt sind, desto fortgeschrittener ist der Fall von Tierhorten:

Tierbestand

- ➔ der hygienische Zustand der Wohnung/Geländes ist bedenklich

Fütterung

- ➔ Tiere sind unterernährt (Mangelernährung) und haben kein Trinkwasser

Pflege

- ➔ Tiere sind krank, kaum tierärztliche Versorgung, keine Nachversorgung, Tiere sind nicht geimpft
- ➔ Pflegezustand der Tiere ist bedenklich, tote Tiere zwischen Lebenden
- ➔ keine Geschlechtertrennung, unkontrollierte Vermehrung

Animal Hoarding - Checkliste

Je mehr der folgenden Kriterien erfüllt sind, desto fortgeschrittener ist der Fall von Tierhorden:

Tierhalter

- ➔ kaum Sozialkontakte, in Befinden und sozialen Verpflichtung behindert, keine finanzielle Entlastung

Verhalten

- ➔ Verheimlichung Umstände/Tierzahl, Zutrittverweigerung an Außenstehende,
- ➔ Ablehnung von Weitervermittlung der Tiere, aktives Sammeln,
- ➔ kein Bezug zu den Tieren, Entgegensetzung durch Umzug.

Problembewusstsein

- ➔ Kein Einsehen für Probleme (Zustand der Wohnung, schlechter Haltung),
- ➔ Weigerung (Kastration, Euthanasie)



Bildquelle: Internet

Animal Hoarding - Checkliste

Informationen zur Person:

Lebt die Person allein, ist sie/er in einer Partnerschaft oder hat seine Familie um sich? (bitte zutreffendes einkreisen)

Alter: _____

Geschlecht: _____

Wird ein Beruf ausgeübt, wenn ja welcher?: _____

Wenn soziale Kontakte vorhanden sind, zu wem?: _____

Bestehen eventuell seelische Krankheiten (erste oberflächliche Einschätzung)? (bitte zutreffendes einkreisen)

Demenz, Sucht (Alkohol, Drogen, Medikamente ...), Zwang/Depression/Angst, Bindungsstörungen, AD(H)S, Psychose/Borderline, Behinderungen, andere ...

Handelt es sich um einen aktiven Sammler?: Ja / Nein

Sind missionarische Ambitionen zu erkennen?

(„Rettertyp“, „Befreier“, Radikalität gegen Euthanasie, „Ärzte sind schädlich für die Tiere“)

Animal Hoarding

Doktorarbeit aus Bereich Veterinär-/Sozialmedizin

Abfrage bei Veterinärämtern nach bekannt gewordenen Animal Hoarding - Fällen

- ➔ Alter / Geschlecht der Animal Hoarder,
- ➔ leben Kinder im Haushalt,
- ➔ welche Tiere (Art) wurden gehortet,
- ➔ Zustand der Tiere,
- ➔ Art der ergriffenen Maßnahmen / Erfolg / Kosten

Animal Hoarding – Krankhaftes Sammeln von Tieren

Fazit

- ➔ Animal Hoarding Fälle sind ein großes tierschutzrechtliches Problem, da es eine Vielzahl von Tieren betrifft
- ➔ starke Zunahme von Animal Hoarding Fällen stellt Behörde vor logistische und finanzielle Probleme
- ➔ **Dringender Handlungsbedarf ist geboten!**
- ➔ länderübergreifende Informationen und Zusammenarbeit der Behörden in Animal Hoarding Fällen
- ➔ konsequente Ausschöpfung des Rechtsrahmens
- ➔ wo möglich, frühzeitige Wegnahme der Tiere

Trotz Tierhaltungsverbots erneut Tiere gehalten

Datum: 06.05.2008

Kurzbeschreibung: Pressemitteilung vom 06.05.2008

Die Wegnahme von mehr als 60 Tieren aus einem Wohnhaus in Mannheim und deren anderweitige Unterbringung ist voraussichtlich rechtmäßig. Die Tiere müssen nicht an die Tierhalterin zurückgegeben werden. Dies entschied die 11. Kammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe in ihrem heute bekannt gegebenen Beschluss und lehnte damit einen Eilantrag der Tierhalterin ab.

Die Stadt Mannheim hatte der Tierhalterin bereits im Juni 2007 untersagt, jegliche Art von Tieren zu halten, nachdem sie in ihrem Haus über 250 Tiere beschlagnahmt hatte, die nicht artgerecht gehalten und schwer vernachlässigt worden waren. Die Tierhalterin hielt sich jedoch nicht an das Verbot. Bei einer erneuten Durchsuchung im März 2008 wurden wieder mehr als vernachlässigte 60 Tiere vorgefunden, die der Tierhalterin sofort weggenommen wurden. Dagegen erhob diese Widerspruch und forderte die Rückgabe der Tiere. Sie machte geltend, die Tiere gehörten nicht ihr selbst, sondern ihren Kindern und einer dritten Person.

Ihr Antrag beim Verwaltungsgericht, die Stadt Mannheim im Wege der einstweiligen Anordnung zu verurteilen, ihr die Tiere vorläufig, bis zur endgültigen Klärung der Rechtmäßigkeit der Fortnahme zurückzugeben, scheiterte jedoch. Das Gericht führte aus, die Fortnahme und anderweitige Unterbringung der Tiere seien voraussichtlich rechtmäßig. Der Antragstellerin stehe daher kein Anspruch auf deren Rückgabe zu. Die im März 2008 in ihrem Haus aufgefundenen Tiere hätten in ihrer Obhut gestanden, weshalb sie deren Halterin im Sinne des Tierschutzgesetzes gewesen sei. Auf die Eigentumsverhältnisse komme es nicht an. Im Übrigen dränge sich der Eindruck auf, dass die Antragstellerin ihre Kinder unter Druck gesetzt habe, eidesstattliche Versicherungen über die angeblichen Eigentumsverhältnisse abzugeben. Nach den Gesamtumständen sei aber davon auszugehen, dass die Kinder als Strohmänner fungieren sollten. Da die Tiere stark vernachlässigt gewesen und nicht artgerecht gehalten worden seien, habe die Stadt ermessensfehlerfrei deren Fortnahme und anderweitige Unterbringung angeordnet.

Gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 05.05.2008 – 11 K 645/08 – steht den Beteiligten innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg zu.

Quelle: <http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1219593/index.html?ROOT=1197412>